

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung

H20318 · 33. Jahrgang

206 | Juli/August 2011 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

Betrieb und Gesellschaft

Dribbeln, flanken, organisieren 3
Interview mit Ulf Baranowsky, Geschäftsführer der deutschen Fußballspielergewerkschaft VDV

Die Kunst des richtigen Wehtuns 5
Soziale Verantwortung im Arbeitskampf – aktuelle Erfahrungen und Überlegungen zur Streikkultur

Ein hausgemachtes Problem
Die Entmachtung der christlichen CGZP hat maximal eine
Marktbereinigung zur Folge, die Misere löst sie nicht

Grenzen des Amateurhaften. 7
Der Fußballverein Roter Stern Leipzig sucht einen Weg zwischen Basisdemokratie und Professionalisierung

Zeitlupe

„Sport, der die Arbeiter befreit“ 8
Arbeitersportbewegung und Arbeiterolympiaden 1925–1937



Globales

Ein Trikot für den Scab. 9
Streiks, Aussperrungen, verschleppte Verhandlungen – auch im internationalen Profisport werden Arbeitskämpfe geführt

Spanische Revolution?. 11
In Spanien hat sich eine neue Protestbewegung gebildet. Die Erwartungen an sie sind (zu) hoch.



Hintergrund

Im Bann des magischen Dreiecks. 13
Die wirtschaftlichen und soziale Dimensionen von „Mega-Sport-Events“

Kultur

Rakis ante portas 15
Die „Rotzfreche Asphaltkultur“ machte dieses Jahr in Köln Station – und übertraf dabei alle Erwartungen



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Wettbewerb total

Durch die Ökonomisierung des Sports wird der Trainingsplatz zum Marktplatz. Gehandelt werden Berufssportler in allen Preisklassen

Es ist wieder Fußball-WM in Deutschland, diesmal der Frauen. Ein kleines „Sommermärchen“ hat es zu sein, wie schon bei den Männern 2006, als die Republik in nationalistischer Euphorie taumelte. Und noch einen anderen Herzenswunsch scheinen die MacherInnen zu hegen: den verwertungs- und imagemäßigen Durchbruch des Frauenfußballs. Tatsächlich wächst im DFB der Frauenbereich am stärksten. Dennoch lässt der finanzielle und mediale Boom auf sich warten. Die Nationalmannschaft, mit der sich leichter Emotionen mobilisieren lassen, scheint sich da als Zugpferd anzubieten. Die kommerzielle Einwirkung auf den Frauen-Fußball rund um die WM ist zumindest nicht zu übersehen. Verkrampft wirkt dabei die auf Weiblichkeit setzende Vermarktungsstrategie, mit der man eine Art emanzipatorischen Befreiungsschlag herbeireden möchte.

Auch wenn oft zu hören ist, man solle den Frauenfußball gar nicht mit dem der Männer vergleichen, wird einmütig stets eine große Bürde der Frauen genannt: ohne Profistrukturen könne sich der Sport nicht, wie bei den Männern, auf höherem Niveau entfalten. Ob die Professionalisierung und Verwertung des Sports überhaupt wünschenswert ist, wird kaum gefragt.

Wer heute im sportlichen Wettbewerb hoch hinaus will, muss sich einiges antun, etwa eine maximale körperliche Ausbeute. Viele Sportarten sind derart durchprofessionalisiert und haben ein so hohes Leistungsniveau erreicht, dass Mithalten nur mit intensivstem Training und qualifiziertem Umfeld möglich ist. Der „Sachzwang“ reicht dabei so weit, dass häufig nur mit Doping – ob legal oder illegal – Spitzenplätze winken. Auch in sozialer Hinsicht wird BerufssportlerInnen einiges abverlangt. Ihre Lebensbahn folgt oft sehr eng gezogenen Kreisen, nicht selten von Kindheit an. Durchgeplante Kalender und eine höchst disziplinierte Lebensführung zeugen nicht gerade von hedonistischen Ausschweifungen. Nicht zu vergessen die mangelnde Sinnhaftigkeit und der enorme Druck, die manche Profi-Psyche belasten.

Kein Grund zum Jammern, mag man meinen. Bei der guten Bezahlung sei das allemal zumutbar. Doch BerufssportlerInnen, das sind nicht nur hochdotierte Stars. Es sind häufig auch TopspielerInnen in Rand- und sogar niedrigklassige Spieler in Massensportarten. Und die waten zweifellos nicht im Luxus. Im Fußball etwa reichen die ökonomischen Zwänge in die Tiefen des Amateurbereichs hinein, wo das Buhlen um Spieler beginnt, etwa mit Honoraren und Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen (siehe S. 7). Die Grenze zwischen Profis und Amateuren ist dabei unklar. Die Spieler selbst schwanken nicht selten zwischen sportlich-beruflicher Doppelbelastung oder prekärer Existenzsicherung, immer mit dem Risiko, dass eine Verletzung ohnehin alles beenden könnte. Wer sich kein berufliches „Standbein“ geschaffen und nur auf den Sport gesetzt hat, kann da schnell vor dem Nichts stehen.

Vor einem schnellen Ende sind allerdings auch die „Großen“ nicht ganz gefeit. Umsatteln muss dann, wer nicht ausreichend vorgesorgt hat – oder seinen Reichtum verprasst. Generell ist die aktive Zeit von Profisportlern sehr begrenzt. Sie sind gewissermaßen Frührentner. Und dies scheint sich v.a. im Fußball noch zu verstärken, ist doch ein Trend zu jungen Spielern – selbst ausgebildet versprechen sie hohe Gewinnspannen – deutlich erkennbar, der mit der Einführung des „Financial Fair Play“ (siehe S. 12) noch zunehmen dürfte.

Dass in der Belle Etage des Sports nicht alles rosig ist, darauf verweist allein schon die Existenz von Gewerkschaften in diesem Bereich. Tatsächlich sieht etwa die VDV (siehe S. 3) einiges anzupacken in Sachen Arbeitsbedingungen. Manches wurde schon getan. Legendär ist etwa das Bosman-Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 1995: Der belgische Profi Jean-Marc Bosman erstritt damals, unterstützt von verschiedenen europäischen Spielergewerkschaften, u.a. das Recht für Profifußballer, nach Vertragsende ablösefrei zu wechseln.

Doch nach wie vor werden Spieler in der Sportökonomie wie ein Stück Fleisch gehandelt. Dies kann, menschlich und moralisch, sehr bedenkliche Formen annehmen. Wie etwa in den USA, wo sich Teams bei sog. „Drafts“ junge Spieler anschauen und sich die Lizenz an ihnen sichern können. Oder jene Events in armen Ländern, bei denen europäischen Scouts Spieler wie auf dem Basar präsentiert werden. Die viel beschworene Karriere vom Fawela-Kind zum Fußballprofi kann da auch schon mal zum Dorfverein in den Schweizer Alpen führen. Aber ein Verein, der auf der Höhe der Zeit ist, der unterhält heute ein ganzes Reservoir an Zusatzspielern – eigens zu dem Zweck, sie an andere Vereine auszuleihen. Ja, Leiharbeit gibt es auch in der Bundesliga.

Holger Marcks

Mehr zum Thema Sportökonomie auf den Seiten 3, 7, 8, 9, 11, 12, 13 u. 14.

Bewegung hält warm

Mit höheren Heizkosten stellt der Klimawandel auch soziale Fragen: Gemeinsam kämpfen oder Pulli überziehen?

Seit Jahrzehnten betonen AtomkraftgegnerInnen, dass der „billige Atomstrom“ auch ohne „unwahrscheinliche Unfälle“ mehr Kosten verursacht als der Marktpreis abbildet. Doch blieb dies bisher eine rein theoretische, kaum greifbare Erkenntnis. Ähnlich verhält es sich mit dem Klimawandel. Im Zuge der „Energiewende“ scheint sich dies nun zu ändern. Derzeit wird ja allerorts Quietschpappe (Styropor) an die Häuser geklebt, und prompt setzt eine Diskussion ein, von wem diese Sanierungskosten bei der gesellschaftlich sinnvollen Wärmedämmung getragen werden sollen. Der Deutsche Mieterbund etwa kritisiert das Modell der Bundesregierung und fordert die paritätische Finanzierung zu je einem Drittel durch Vermieter, öffentliche Hand und MieterInnen.

Wohlgemerkt: Diese Kosten kommen noch zu Miete und Nebenkosten hinzu, die wesentlich auch von den Energiepreisen abhängig sind. Und die wiederum legen kräftig zu. So heißt es im Wohngeld- und Mietenbericht 2010 zur Entwicklung beim Heizöl: „2010 trat wieder ein erheblicher Preisanstieg um knapp 23 Prozent ein. 2010 liegt der Preis für leichtes Heizöl um rund 10 Prozent höher als 2006 (bzw. 22 Prozent höher als 2005).“ Ebenso haben sich Gas und Strom verteuert, seit 2005 um 19 bzw. 25%. Allein für die Miete werden heute durchschnittlich 22% des Nettoeinkommens aufgewandt. Der Mieterbund geht davon aus, dass jährlich bis zu 400.000 Wohnungen neu gebaut werden müssten, und zwar in Ballungsräumen und Universitätsstädten, um die Wohnkosten auch nur einigermaßen stabil zu halten. Insgesamt wurden 2009 jedoch nur knapp 160.000 Wohnungen fertiggestellt. Ein weiteres Emporschnellen der Mieten scheint also vorprogrammiert.

Auch insgesamt schrumpft die Kaufkraft. Im EU-Durchschnitt lag die Inflation im Zeitraum von Mai 2010 bis Mai 2011 bei 2,7%; die Teuerung fiel hierzulande mit 2,3% etwas geringer, in Österreich mit 3,2% höher aus. Für das laufende Jahr rechnet die Deutsche Bundesbank derzeit mit 2,5%. Man darf sich jedoch nicht täuschen lassen: Auch so geringe Raten summieren sich, so liegen die Preise heute um ein Viertel höher als noch im Jahr 2000.

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Das wissen nicht nur die Beschäftigten im Niedriglohnbereich, die gewerkschaftlich schlecht organisiert sind und Lohnerhöhungen daher nur aus der *Tagesschau* kennen. Denn der „Verbraucherpreisindex“ ist nur eine statistische Größe, die mit der Lebenswirklichkeit insbesondere der ärmeren Bevölkerungsschichten nicht viel zu tun hat. Wichtiger ist hier der sog. „Miniwarenkorb“, in dem vor allem Grundnahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs Beachtung finden. In diesem Bereich stiegen die Preise im vergangenen Jahr, nach Informationen der *FTD*, um das Dreifache der allgemeinen Inflationsrate, nämlich um 7%. Die wollen, sofern man denn in Lohn und Brot steht, in Tarifauseinandersetzungen erstmal wieder reingeholt sein. Sollte der nächste Winter wieder so kräftig ausfallen wie in den vergangenen Jahren, dann ist auch dieses Jahr eigentlich ein „heißer Herbst“ notwendig, um auch nur die Effekte von Klimawandel, Energiewende und Inflation aufzufangen.

André Eisenstein

Catwalk



Weiter Stunk beim Sklavenhändler

Die Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beim internationalen Leiharbeitskonzern OTTO Workforce gehen weiter. Zuletzt entledigte sich das Unternehmen in betrügerischer Weise eines polnischen Arbeiters, der in Belgien einen schweren Arbeitsunfall erlitt. Nun steht er mit Schulden bei den Ärzten da und ohne Lohnfortzahlung, die ihm im Krankheitsfall zustehen sollte. Seine finanzielle Situation ist sehr schwierig. Die polnische ZSP unterstützt den Kollegen und ruft zur Solidarität auf.
Wie ihr helfen könnt, erfahrt ihr auf www.otto.zsp.net.pl. Dort hat die ZSP auch eine Vorlage für Protestmails eingerichtet.

Wettbewerb total

Zur neuen DA gibt es wieder eine Releaseveranstaltung in Berlin, wo sich alles um das sommerliche Thema der Sportökonomie drehen wird. Schonungslos werden die Professionalisierung und Kommerzialisierung eines schönen Zeitvertreibs ins Visier genommen und dessen ökonomische und soziale Dimensionen analysiert. Auch geschlechtertheoretische Perspektiven zur ökonomischen Entwicklung im Frauensport kommen zur Sprache.
Es diskutieren: Gerd Dembowski (Bündnis aktiver Fußball-Fans), Petra Rost (GenderKompetenzZentrum Berlin), Wilfried Schwetz (Diplom-Sozialwirt und Gewerkschaftsberater) & N.N. (Roter Stern Leipzig, angefragt).
Am Fr. 22. Juli, um 20.00 Uhr, im FAU-Lokal, Lottumstr 11., Berlin-Prenzlauer Berg.

Kauf dich glücklich!

Mit frischen Ideen holt Findus das Genre des Sach-Comics in die Literaturwelt zurück. Das hat schon seine Kleine Geschichte des Anarchismus gezeigt. Im Juli erscheint nun ein weiteres historisches Comic, dass er zusammen mit Luz Kerkeling kreiert hat: Die Kleine Geschichte des Zapatismus. Sie liefern damit einen spannenden und bildreichen Einstieg in eine facettenreiche soziale Bewegung, die viele emanzipatorische Bewegungen weltweit inspirierte und weiterhin bereichert.



Findus & Luz Kerkeling: Kleine Geschichte des Zapatismus. Ein schwarz-roter Leitfaden.
Unrast Verlag, Münster 2011
72 Seiten für 8,90 Euro
ISBN 978-3-89771-041-2

FAU-Ticker

FAU-Kongress 2011 verurteilt die private Verwertung des Werks von Rudolf Rocker, einem der bekanntesten Anarchosyndikalisten des 20. Jahrhunderts. Hintergrund ist die Verfolgung verschiedener Publizisten mittels des Urheberrechts. +++ FAU Leipzig ruft bei einer Betriebsversammlung die MitarbeiterInnen des CCC-Callcenters zu Engagement auf, insbesondere die Arbeitszeiterfassung und die Lohnfortzahlung an Feiertagen müssten angegangen werden. +++ Am Workers' Memorial Day 2011 widmete sich die FAU Nürnberg der LeiharbeiterInnen in japanischen Atomanlagen. +++ FAU Hannover informiert in Kooperation mit der Clean Clothes Campaign und unterstützt durch die türkische Band Bandistas über die verheerenden gesundheitlichen Folgen der Sandbestrahlung trendiger „used look"-Jeans. +++ Kampf gegen Arbeitslosigkeit: FAU Leipzig fordert Rechtsanspruch auf Vermittlungsgutschein für alle Erwerbslosen. FAU Kiel kritisiert Bürgerarbeit im Arbeiter- und „Problem-Viertel" Kiel-Gaarden als Lohndrückerei und ruft zur Gegenwehr auf. +++ FAU Münsterland gibt Sonderausgabe ihres Magazins „Interhelpo" mit Schwerpunkt Arbeitsmigration heraus. +++ FAU München startet im Sommer eine Veranstaltungsreihe in den Bereichen Geschichte, Theorie und Praxis. +++ FAU Freiburg erörterte die Betriebsübernahme als Antwort der Beschäftigten auf Schließungsdrohungen der Bosse. +++ FAU Südwestsachsen unterstützt Forderung nach einem „Alternativen Jugendzentrum" in Zwickau. +++ FAU Hannover solidarisiert sich mit selbstverwaltetem Zentrum in Hannover-Linden. +++ FAU Frankfurt setzt Info-Stände in der Innenstadt fort. +++ FAU Freiburg positioniert sich gegen weitere Privatisierung kommunalen Wohneigentums im Breisgau und regt direkte Aktionen wie Mietstreiks an. +++ FAU Leipzig erklärt sich solidarisch mit MitarbeiterInnen der von Schließung bedrohten Teldas-Callcenter. +++ Regionaltreffen Ost nimmt Allgemeines Syndikat Dresden in die FAU auf. +++ FAU Münsterland sucht LeiharbeiterInnen für anonyme Interviews einer WDR-TV-Dokumentation (Kontakt siehe unten).

Ohne Frage, wir befinden uns inmitten einer Zeitenwende. Das Wirtschaftssystem wackelt, und an einigen Ecken droht es gar zu kollabieren. Mit den aktuellen Entwicklungen etwa in Spanien und Griechenland (siehe S. 9 und 11) besteht sogar eine kleine Hoffnung, dass der revolutionäre Funke von Nordafrika auf Europa überspringen könnte – gleichwohl die Situationen dies- und jenseits des Mittelmeers nur schwer zu vergleichen sind. Inwieweit sich diese Tendenzen fortsetzen und ob sich mit ihnen auch eine reaktionäre Gegenbewegung aufschwingen wird, lässt sich zurzeit schwer sagen.

Sicher aber ist schon jetzt, dass das Jahr 2011 bleibende Spuren hinterlässt. Ob das auch auf Deutschland zutreffen wird, bleibt jedoch fraglich. Eine erstaunliche Friedhofsruhe herrscht hierzulande. Warum sich hier keine andere Entwicklung zeigt und warum in einem Land wie Ungarn in der Krise sogar die faschistische Reaktion marschiert (siehe S. 10), wird in nächster Zeit verstärkt zu diskutieren sein, wenn wir nicht weiter von den Entwicklungen überrascht oder überrollt werden wollen.

Um das Stellen von Weichen ging es denn auch auf dem alljährlichen FAU-Kongress, der wie gewohnt zu Pfingsten tagte. Von Bedeutung dürfte hier die Neuausrichtung der Kampagne „Finger weg vom Streikrecht!" sein. Nachdem die Initiative zur gesetzlichen Wiederherstellung der Tarifeinheit – auch durch einen Wirbel gewerkschaftlicher Solidarität über Organisationsgrenzen hinweg – vorläufig gescheitert scheint (siehe S. 5), gilt es nun, offensiv für eine Ausweitung des bisher kläglichen Streikrechts in der BRD einzutreten. Zugleich wird man auch mögliche weitere Angriffe auf das Streikrecht im Blick haben müssen. Denn solche liegen derzeit in der EU voll im Trend (siehe S. 11). Von Interesse ist daher sicherlich auch, welche betrieblichen Freiräume bereits in der Gegenwart möglich sind. Die FAU zumindest wird nun auch die Möglichkeiten libertär-ökonomischer Strukturen im Rahmen ihrer Gewerkschaftsstrategie ausloten (siehe S. 7).

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht aber ein eher kurioses Thema. Sommerlaune und Bewegungsdrang haben uns darauf eingestimmt, einmal den Blick auf die sportive Seite der Gesellschaft zu richten. Das bunte Treiben auf den Sportplätzen ist schon lange nicht mehr nur ein schöner Zeitvertreib, es ist inzwischen Teil einer beachtlichen Ökonomie, die ganze sozioökomische Umfelder prägt und in der sich ebenso Interessenkonflikte abspielen. Dass dies auch größere politische Dimensionen hat, zeigt schon der Blick in die Geschichte, etwa auf die historische Arbeitersportbewegung oder die Gegenolympiade in Barcelona zu den Spielen im nationalsozialistischen Berlin 1936. Vieles Interessantes über die andere, weniger unterhaltsame Seite des Sports haben wir euch deshalb mit dieser Ausgabe zusammengestellt.

Viel Spaß beim Lesen! Auch wenn es sich nicht immer um erfreuliche Dinge handelt.

Holger Marcks (Redaktion Globales)



FAU-Block auf der Demo gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt a.M. (siehe S. 7). (Foto: agfreiburg)

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96

Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>

Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124

Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr

Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>

Lübeck........... Kontakt über Hamburg

Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975

Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>

Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Essen............. Kontakt über Duisburg

Köln .... Kontakt über <kontakt-west@fau.org>

Krefeld .... Kontakt über Duisburg

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Treffen 2. bis 5. Di. im Monat ab 20.00 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de

Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, letzter Fr. im Monat 19.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. (war: Gesundheit): Sektion Sozialwesen, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr <faub-soziales@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Mo. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion IT und Elektro, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>

Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04

Gransee.......... Kontakt über Berlin

Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Ilmenau .... Kontakt über Meiningen

Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.

Meiningen .... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>

Potsdam .... Kontakt über Berlin

Suhl .... Kontakt über Meiningen

Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt

Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So. im Monat ab 18 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, jeden 2. & 4. Freitag: anarchosyndikalistische Kneipe im Infoladen „Gartenstraße 19" ab 18.00 Uhr, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).

Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe

Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Gießbergstr. 41–47, 34217 Kassel, www.fau.org/kassel

Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.

Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>

Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen

München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://projekte.free.de/faum/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h

Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>

Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W

Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr

Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Dribbeln, flanken, organisieren

Interview mit Ulf Baranowsky, Geschäftsführer der deutschen Fußballspielergewerkschaft VDV

Sie ist naturgemäß eine der kleinen Gewerkschaften hierzulande: die Spielergewerkschaft Vereinigung der Vertragsfußballer (VDV). Hinter die Kulissen des Fußballbetriebs blickte die DA zusammen mit VDV-Geschäftsführer Ulf Baranowsky.

Wie gestaltet sich heute die soziale Situation von Profifußballern in Deutschland?

In den ersten vier Ligen sind etwa 2.500 Profis hauptberuflich beschäftigt. Knapp 10% davon verdienen so viel, dass sie am Ende ihrer Karriere ausgesorgt haben. Dem stehen aber gut 25% entgegen, die insbesondere am Karriere-Ende erhebliche Probleme haben, oft hoch verschuldet sind und den Sprung ins Berufsleben nicht schaffen. Dazwischen verteilen sich alle denkbaren Abstufungen.

Ein Hauptproblem besteht darin, dass viele Spieler, die zumeist als sehr junge Menschen ihre Laufbahn als Profisportler beginnen, ihre Berufsausbildung vernachlässigen. Die Bereitschaft zur beruflichen Fortbildung während ihrer aktiven Zeit ist zudem relativ gering – nur rund ein Viertel der Spieler kümmert sich darum. Solange kein direkter Leidensdruck da ist, blenden viele mehr oder minder aus, wie es mit ihnen nach der Profikarriere weitergehen soll.

Von welchem Gehaltsniveau muss man eigentlich ausgehen?

Ein sehr kleiner Teil bezieht Gehälter, die sich monatlich im sechsstelligen Bereich bewegen. Das betrifft grundsätzlich nur Spitzenspieler der Topclubs der ersten Liga, die auch international spielen. Doch schon zum Mittelfeld der ersten Liga nehmen die Gehaltshöhen erheblich ab, dieser Trend setzt sich in der zweiten Liga fort. In der dritten erzielen Spieler schon eher Durchschnittsgehälter, in der vierten Liga arbeiten nicht wenige sogar auf Minijob-Basis, müssen dafür aber an durchschnittlich sechs Tagen pro Woche zur Verfügung stehen. Für die dritte Liga gehe ich davon aus, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage die Bezüge bei Neuverträgen eher sinken. Was die Regionalliga angeht, stellen wir sogar eine Tendenz zur Deprofessionalisierung fest.

Worin bestehen die wichtigsten Tätigkeitsfelder der VDV?

Die VDV wurde 1987 von Profis für Profis gegründet, und ist mittlerweile auch von DFB, Ligaverband und DFL als Gewerkschaft anerkannt. Wir bieten beispielsweise an, den Spielern bei ihrer Karriereplanung zur Seite zu stehen. Dafür beschäftigen wir mit Frank Günzel einen eigenen Laufbahncoach, der Spieler ausführlich berät, sowohl in Gruppenkursen als auch in Einzelgesprächen. Dabei geht es von Anfang an darum, zu sehen, welche Möglichkeiten der jeweilige Lebenslauf für ein Berufsleben nach der Sportlaufbahn aufweist und wo Defizite liegen, etwa welche Abschlüsse fehlen und wie diese nachgeholt werden können – z. B. im Fernstudium.

Auch im Umgang mit Behörden, Gesprächen mit den Arbeitsagenturen und Bewerbungen unterstützen wir unsere Mitglieder, die wirtschaftlich und bei der Arbeitssuche oft unter enormem Druck stehen. Ferner arbeiten wir intensiv mit Bildungsträgern zusammen, um z. B. Fernkurse passgenau für Fußballprofis zu gestalten. Momentan kümmern wir uns auch darum, für ausländische Kollegen englischsprachige Angebote zu erstellen.

Wie hilft die VDV arbeitslosen Spielern weiter?

Wir veranstalten ein Trainingscamp für vereinslose Spieler und Rekonvaleszenten, das derzeit im Sommer stattfindet und etwa drei Monate dauert. Die Spieler erhalten hier auch die Möglichkeit, sich mittels Datenbanken und Videos Spielervermittlern zu präsentieren. Wir selber sind nicht vermittelnd tätig. Die Aussichten sind nicht schlecht, zuletzt konnten 85% wieder einen Verein finden.

Ab wann müssen sich Nachwuchsspieler mit den Problemen des Profigeschäfts auseinandersetzen?

Wir suchen auch die Nachwuchsleistungszentren auf, halten dort Vorträge und organisieren Kurse, um die Jugendspieler frühzeitig über ihre Chancen und Risiken zu informieren. Besonders achten wir darauf, dass die Vereine ihre Nachwuchsspieler anhalten und darin unterstützen, ihren Schulabschluss zu machen. Die meisten Vereine leisten hier gute Arbeit.

Bildunterschrift: Auch für Sportler bringt Courage am Arbeitsplatz Risiken mit sich. Für seinen Kung-Fu-Kick gegen einen rassistisch pöbelnden Nazi erhielt Eric Cantona 1995 ein halbjähriges Berufsverbot.

Mit unserem neuen Projekt „Fit for Job" sprechen wir gezielt Eltern und Nachwuchsspieler an, um sie auf den Beruf als Fußballprofi vorzubereiten. Natürlich gelingt nur den wenigsten der Sprung in den Vollprofi-Bereich, aber in den Halbprofi-Bereich doch einigen. Und da ist es wichtig zu wissen: Wie verhalte ich mich, wenn der erste Spielervermittler vor der Tür steht, wer darf überhaupt mein Berater sein, was für Verträge kann ich abschließen, wie bin ich abgesichert, wie muss ich mich privat absichern, wie ist das mit der Vereinbarkeit von Beruf und Profifußball? Da versuchen wir, Eltern und Jugendliche zu sensibilisieren.

Wie steht die VDV zu Spielervermittlern?

Jeder Spieler muss selbst entscheiden, ob er die Dienste eines Spielervermittlers in Anspruch nehmen will. Viele Profis fühlen sich alleine in Vertragsgesprächen überfordert und sind dann dankbar für professionelle Unterstützung. Seriöse Spielervermittler leisten oft gute Arbeit, kosten aber auch entsprechend viel Geld. Warnen müssen wir hingegen vor den schwarzen Scharfen der Branche.

Zuletzt wurde in den Medien verstärkt über psychische Probleme von Fußballprofis berichtet. Inwiefern gibt es einen Zusammenhang mit der sozialen Situation?

Die körperlichen und seelischen Belastungen sind im Profifußball sehr hoch. Psychische Probleme aufgrund von Leistungsdruck und Zukunftsängsten sind viel weiter verbreitet als allgemein bekannt und treten zum Teil sehr massiv auf. Die Spieler sprechen darüber oft nur unter vorgehaltener Hand. Wir selbst bieten professionelle psychologische Beratung an, auch anonym. Hier sind aber vor allem die Vereine gefordert.

Wie stark ist das aktive Engagement eurer Mitglieder?

Wir sind keine Firma, kein Dienstleister, sondern eine Gewerkschaft, die von ihren Mitgliedern mitgestaltet wird. Viele Profis engagieren sich intensiv, bringen neue Ideen für Projekte und Kampagnen ein, machen auf Probleme aufmerksam. Auch unter den prominenten Spielern gibt es viele, die auf Solidarität setzen. Spieler wie etwa unser Spielerratsmitglied Gerald Asamoah oder unser Vizepräsident Christoph Metzelder sind hier regelrechte Meinungsbildner.

Wie sieht es im Frauenfußball aus? Gibt es Überlegungen, in Deutschland eine Profiliga einzuführen?

Während sich die Frauennationalmannschaft bereits große Sympathien und hohe Reichweiten erspielt hat, gilt es nun, auch den Frauen-Klubfußball weiter voranzubringen. Dies wird allerdings kein leichter Weg, denn für die meisten Spielerinnen in der Frauen-Bundesliga ist der Fußball bisher eher Hobby als Beruf. Insbesondere durch die WM im eigenen Land eröffnen sich dem Frauenfußball in diesem Jahr aber neue Chancen auf dem Weg der Professionalisierung. Bei der VDV sind natürlich auch die Bundesliga-Frauen herzlich willkommen.

Interview: Matthias Seiffert

Kolumne Durruti



WM 2010. Fefczak putscht sich auf mit Heinrich Heine: „Fatal ist mir das Lumpenpack / das, um die Herzen zu rühren / den Patriotismus trägt zur Schau / mit all seinen Geschwüren". Holt sich Mut und dunkle Motive bei Arthur Schopenhauer: „Ich lege hier für den Fall meines Todes das Bekenntnis ab, dass ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwänglichen Dummheit verachte und mich schäme, ihr anzugehören". Dann, ohne Sturmhaube und Fluchtauto, nur mit einer gut präparierten Vorrichtung in der Hosentasche, mischt Fefczak sich unter die Infizierten. Den schwarz-rot-goldenen Gesichtsporsche zwischen Lippe und Nase gepappt, benimmt er sich auch so. Das hat er im bezaubernden Kurzfilm *Dawn of the Dorks* von Eric Esser gelernt, in dem den Deutschen nach Genuss von Gammelfleisch Fanschals und Oberlippenbärte wachsen. Mit unaufhörlichen Fangesängen und durch Ankotzen machen sie ihre Mitmenschen ebenfalls zu nationalen Zombies. Vom Kapitalismus hat Fefczak gelernt, dass vorhandene Dummheit manchmal am besten mit dem Vortäuschen von noch mehr Dummheit bekämpft werden kann. Oder so.

Im Mediamarkt hat er ganz legal eine dieser Fernbedienungen gekauft, die sich für alle möglichen TV-Geräte verwenden lässt. Sie ahnen, was kommt. Er setzt sich vor ein beliebiges Lokal, bestellt ein Kaltgetränk und reicht unverdächtig Walkers-Chips der Sorte „German-Bratwurst" an umhergrapschende Wurstfinger. Dabei ist er sich sicher, sein Umfeld gleich lässig und gemein in tumultartige Konfusion zu versetzen. Schon bei der zweiten Ecke, als der Ball gefährlich scharf in den Strafraum fliegt, nutzt er die spielverderbende Installation in seiner Tasche. Klick, und schon ist es aus mit Khedira und Podolski, der große Bildschirm pechschwarz. Die Aktion „Deutschland abschalten" auf Sendung.

Das Maulen steigert sich von „Ey, was ist denn jetzt los" hin zu „Du Hurentochter, mach' das Ding wieder an". Zunächst schnallt der Wirt das noch schnell. Nach längerem Gewurschtel am Kabel drückt jemand erfolgreich auf den Anschalter. Nicht sofort, sondern erst während eines gut aufgezogenen Angriffs wiederholt er die Störung. Und als dann einige ihr technisches Laienwissen zum Besten geben, fliegt das erste Bier. Plötzlich schaltet sich, haha, der Fernseher aber wie von Geisterhand selbst wieder an. „Geht mal aus dem Bild, ihr Opfer", werden die hektischen Retter der Nation, die noch an den Knöpfen des Geräts hocken, nun angemacht.

Als wieder alle sitzen, schaltet Fefczak einen Gang höher. Er wählt den Sendersuchlauf, im langsamen Modus. Das kann dauern. Besonders, wenn man wieder andere Funktion aktiviert, gerade wenn der Wirt herausfindet, wie er auf „Abbrechen" klickt.

„So langsam wird es Zeit für Freibier", versucht ein Gast seine Schicksalsgenossen zur Plünderung aufzurufen. Einer sagt: „Alter, wenn du Deutschland bist, dann kriegst du das jetzt hier mal klar". Dann ist die Tür auf für so etwas wie: „Döner machen ist was anderes als Fernseher anmachen, du Molukke, dreckiger Fidschi, du." So macht Partyotismus wohl erst richtig Freude. Das „Deutschland, Deutschland", welches einige Cafébesucher mutzusprechend anstimmen, immer wenn Fefczak den Bildschirm streiken lässt, hat fast schon etwas von Dada.

Mit diebischer Freude leert Fefczak genüsslich den Kaffee. Die Show fühlt sich an wie ein kühlendes Vollbad in gelungener Hinterlist und Miesmacherei. Laut lachen ist später sicherer. Zuhause im Keller, wie es sich für linke Spielverderber geziemt. Davor erst einmal ab in die durch Fußball von der Nation temporär befreite Zone namens Park.

Gerd Dembowski

TERMINE

☞Alsfeld
Do. 11. Aug. – So. 14, Aug.
Galions-Hofgemeinschaft (bei Alsfeld)
Libertär-feministisches Sommercamp für Frauen/ Lesben
Weitere Infos auf: www.anarchismus.de/frauen/a-fem-treffen.htm.

☞Berlin
Fr. 8. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
History: Proleten in Sportschuhen
Arbeitersportbewegung und Arbeiterolympiaden. Mit Matthias Seiffert.

Fr. 15. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: Aufbruch in China
Klassenzusammensetzung und Streiks in der „Volksrepublik". Mit Frido Wenten.

Fr. 22. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Diskussion: Wettbewerb total
Release der neuen DA (siehe auch S. 1).

Fr. 29. Juli, 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: 20 Jahre Betriebsbesetzung Stahlwerk Hennigsdorf
Zeitzeugen berichten. Mit Film „...och wennet bloß Schrott is". Veranstaltung der Sektion Bau & Technik.

Fr. 5. Aug., 20.00 Uhr
FAU-Lokal, Lottumstr. 11
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung in die Gewerkschaftsarbeit der FAU Berlin.

☞München
Mo. 11 Juli, 19.30 Uhr
EineWeltHaus - Raum U20, Schwanthaler Straße 80
Vortrag und Diskussion: Call Center - Widerstand und gewerkschaftliche Perspektiven

☞Nürnberg
Di. 19. Juli, 19.00 Uhr
Villa Leon (Schlachthofstr. 1) & AKN (Kernstr. 46)
Ausstellung: 75. Jahre Spanischer Bürgerkrieg
Organisiert von FAU Nürnberg & „Pueblo en armas". Infos zum Programm auf www.sbk.blogsport.de/programm-nuernberg.

Veranstaltungsrundreise
Ismail Küpeli (BuKo Internationalismus | DA-Autor) wird über die politische und ökonomische Krise, die neoliberale „Krisenbewältigung" und die wachsenden sozialen Proteste in Portugal berichten.
Mi. 13.7. Köln, Autonomes Zentrum (20.00 Uhr) | **Do. 14.7. Duisburg**, Djäzz (20.00 Uhr) | **Di. 19.7. Münster**, Don Quijote (20.00 Uhr) | **Do. 21.7. Hamburg**, Centro Sociale (19.30 Uhr) | **Fr. 29.7. Bochum**, Soziales Zentrum (19.30 Uhr).

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org/termine

Die Kunst des richtigen Wehtuns

Soziale Verantwortung im Arbeitskampf – aktuelle Erfahrungen und Überlegungen zur Streikkultur

Der Frühling fiel hierzulande nicht gerade heiß aus. In Ermangelung sozialer Brände, wie sie das neue Jahr in anderen Ländern brachte, richtete sich die Aufmerksamkeit auf wenige größere Streiks, etwa den Kampf der Lokomotivführer für einen bundesweit einheitlichen Tarifvertrag, den Streik am Charité-Krankenhaus in Berlin und die Abwehrkämpfe von RedakteurInnen etlicher Tageszeitungen, denen eine Verschlechterung der Tarife drohte.[1] Sie wurden z.T. kontrovers diskutiert, weil sie – wie viele Streiks – Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben hatten, sei es auf Fahrgäste, Patientinnen oder Zeitungsleser. Natürlich sind diese Arbeitskämpfe legitim, und das Wehklagen in den Medien über die Streikauswirkungen wirkt geradezu hysterisch.[2] Allerdings sei auch der Einwand erlaubt, dass die Wahl der Kampfformen manchmal Züge eines Automatismus annimmt: Entziehung der Arbeitskraft – basta!

Dass eine Modifikation der Kampfformen immer möglich ist, zeigte bereits 2006 der Streik bei der Müllabfuhr in Baden-Württemberg. Dort gingen die Belegschaften nach Wochen des unbefristeten Streikens dazu über, die Arbeit zeitweilig wieder aufzunehmen, um in der Folge kurzfristiger in den Streik zu treten. Die „Arbeitgeber" sollten dadurch schlechter abschätzen können, wann gestreikt und wann gearbeitet wird. Zudem sollte der Einsatz privater Firmen als Streikbrecher teuer und unplanbar werden. Die Rechnung ging letztlich auf.

Es lohnt sich also zu überlegen, welche Kampfformen unter den gegebenen Umständen am zielführendsten sind. Und zwar nicht nur unter dem Aspekt des unmittelbaren Erfolgs, sondern auch in Hinblick auf die Entwicklung einer breiten Bewegung mit antikapitalistischer Zielsetzung. Insbesondere dort, wo Menschen existentiell von der Arbeitsleistung anderer abhängig sind, etwa im Pflege-, Gesundheits- oder Sozialbereich, erlangt die Streikproblematik größere Relevanz. Taktisches Feingefühl ist gefragt. Im Folgenden soll es um die generellen Möglichkeiten so genannter „kundenfreundlicher" Arbeitskampfformen gehen. Die aktuellen Ereignisse dienen dabei als Anlass, die Problematik und Lösungskonzepte aus syndikalistischer Sicht darzustellen.[3]

Der Streik der GDL

In den vergangenen Monaten bestreikte die GDL die Deutsche Bahn (DB) und sechs Privatbahnen.[4] Zunächst richtete sich der Streik gegen den Güterverkehr, später wurde auch der Personenverkehr einbezogen. Damit waren auch die Bahnreisenden vom Streik betroffen. Dennoch gab es – und trotz der üblichen Stimmungsmache vieler bürgerlicher Medien à la „Streik macht Pendler wütend!" (*Bild*) – eine nicht zu verkennende Solidarität in der Bevölkerung. Doch wie viel größer hätte die Unterstützung sein können, wenn der Streik andere Formen angenommen hätte?

Dass es auch anders geht, zeigt etwa der Straßenbahnstreik 1990 im australischen Melbourne. Dort fuhren die Bahnen pünktlich wie immer – aber zum Nulltarif. Nur die Kassierung des Fahrgelds wurde bestreikt und die Streikenden sorgten dafür, dass ihre Fahrgäste nicht durch KontrolleurInnen „belästigt" wurden.[5] Solche Methoden ließen sich weiterdenken: So könnten EisenbahnerInnen in den Bahnhöfen nette, effizienzwidrige Angebote machen, z.B. kostenlose Getränke und zusätzliche Infodienste, Fahrgästen mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck helfen usw. Gekoppelt mit gezielten Arbeitskampfmaßnahmen, etwa gegen die Unternehmenszentrale, wäre eine solche renditefeindliche Fürsorglichkeit ideal, um die Rolle der Verkehrsmittel als Institution der öffentlichen Daseinsvorsorge zu unterstreichen und die Profitorientierung des Unternehmens in Frage zu stellen.

In dieser Hinsicht sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Allerdings bleibt stets zu erwägen, inwieweit eine breite Sympathie in der Öffentlichkeit den handfesten ökonomischen Druck eines Streiks ersetzen kann. Wo Unternehmen stark von ihrem Image abhängen, kann sie durchschlagend wirken, woanders an der Ignoranz der Bosse abprallen.[6] Dabei muss eine Solidarisierung von KundInnen nicht nur symbolisch sein; in ihrer Rolle als KonsumentInnen können sie ebenfalls, etwa durch Boykott bzw. Konsumstreik, ökonomischen Einfluss nehmen.[7]

Der Charité-Streik

Die Grenzen eines mechanisch verstandenen Streikkonzepts zeigte der im Mai an der Charité geführte Arbeitskampf. Nach der Urabstimmung rief ver. di Anfang Mai zu einem unbefristeten Streik auf und forderte für die Beschäftigten 300 Euro brutto mehr im Monat. Am ersten Streiktag beteiligte sich nach ver.di-Angaben ein knappes Fünftel der 10.000 Beschäftigten. Nur vier Tage später wurde der Streik ausgesetzt, nachdem die Klinikleitung ein verbessertes Angebot vorgelegt hatte.

Es ist stets ein Spagat, im Pflegebereich zu streiken. Man möchte die eigenen Interessen wahren, fühlt sich aber zugleich den PatientInnen verantwortlich. Und auch ver. di hatte im Vorfeld des Streiks mit der Klinikleitung eine Notdienstvereinbarung getroffen, damit alle lebensbedrohlich Erkrankten behandelt würden. So gesehen, wirkte die Betriebsleitung am Streik planerisch-partnerschaftlich mit.

Letztlich endete der Streik mit der Annahme eines halbherzigen Kompromisses durch die Gewerkschaftsmitglieder.[8] Die nächsten Konflikte zeichnen sich aber bereits ab, da die Problematik der Arbeitsbelastung bisher – auch im Streik selbst – nur unzureichend thematisiert wurde. Chronische Unterbesetzung an vielen Stationen und das Fehlen eines effizienten Springerdienstes sorgen dafür, dass die Situation nach wie vor brisant ist.

Hätte man auch hier durch die Wahl anderer Kampfformen einen erfolgreicheren Streik führen können? Was wäre etwa gewesen, wenn man die Büros der Charité-Leitung besetzt und das leitende Personal zumindest stundenweise festgesetzt hätte? Das hätte ihre Bereitschaft zum Einlenken vermutlich erhöht und zugleich die Patientenversorgung kaum beeinträchtigt. Man hätte so womöglich mehr erreicht als mit einem komplizierten und unangenehmen Teilstreik, den man so nur führt, weil man sich an ritualisierten Aktionsformen festklammert. Ein Blick über den nationalen Tellerrand zeigt, dass solche Mittel in anderen Ländern (z.B. in Frankreich) durchaus Anwendung finden. Allerdings ist so etwas leicht postuliert. Denn wie hoch die Bereitschaft der KollegInnen zu solch militanteren Aktionen wäre, bleibt derzeit fraglich.

Der „Scheißstreik"

Wer in keinem herkömmlichen Betrieb sondern eher vereinzelt arbeitet, wie dies im Pflegebereich oft der Fall ist, verfügt häufig nur über geringe Druckmittel. Und überhaupt: Wie kann man kämpfen, ohne den betreuten Personen zu schaden? Dazu gibt es viele Diskussionen, etwa wie sie rund um den so genannten „Scheißstreik" geführt wurden.[9] Dieser fand 2009, ausgehend von Berlin, in der Behindertenassistenz statt,[10] wo Löhne um die 6,50 Euro, befristete Arbeitsverträge und die Nichtexistenz von Nachtzuschlägen üblich sind.

Es war kein Streik im klassischen Sinne, sondern eher eine Protestaktion. Sie richtete sich gegen „unterschiedliche private und gemeinnützige Pflegedienstanbieter, an die paritätischen Wohlfahrtsverbände, politischen Entscheidungsträger, Zeitarbeitsfirmen, Vermittler von ausländischen Billigpflegekräften und alle anderen, die als einzigartiges Interessenskartell dafür sorgen, den gesamten Pflegebereich in den Niedriglohnsektor zu drücken", wie es in einem Flyer hieß. Die Kampagne bestand vor allem darin, mit Kot befüllte Röhrchen an die für die miserablen Arbeitsbedingungen Zuständigen zu schicken. Sie war anscheinend eine Verlegenheitsreaktion, weil man nicht wusste, wie man effizient kämpfen kann, ohne den Pflegesubjekten zu schaden.

Die Beteiligung am Scheißstreik blieb eher mäßig, resümierte damals die DA, die dabei auf den „rein symbolischen Charakter" der Aktion verwies: „denn das Versenden eines Kotröhrchens hat natürlich keine direkten Auswirkungen auf die eigenen Arbeitsbedingungen". Und weiter: „Stattdessen wäre Aktivismus direkt im Betrieb mit klar zu benennenden Verantwortlichen, also den Geschäftsführungen, wesentlich greifbarer als Appelle und Proteste, die politischen Druck aufbauen sollen. Andererseits sollte der Scheiß-Streik ... den nicht gerade organisierungswütigen AssistentInnen auch die Möglichkeit geben, und sei es nur auf symbolischer Ebene, ein erstes Mal gegen die miesen Arbeitsbedingungen zu protestieren."[11] Wie sich das Dilemma von Pflegerinnnen und Assistenten in Arbeitskämpfen möglichst effizient lösen lässt, bleibt jedoch nach wie vor unbeantwortet.

Fazit

Der „gute alte Streik" ist in vielen Bereichen und Situationen nach wie vor unersetzlich, verlangt aber zusehends nach flankierenden Maßnahmen. Anderswo hat die klassische Arbeitsniederlegung an Gewicht eindeutig eingebüßt. Insbesondere für kleine oder verstreute Berufsgruppen gibt es kein Patentrezept. Sich zu vernetzen und auf die Stärke der selbstbestimmten direkten Aktion zu besinnen, ist aber niemals falsch. Dazu gehört auch, sich klar zu machen, dass ein Netzwerk von Streikkomitees besser dazu geeignet ist, eine Branche zu leiten, als eine Konzernleitung, die der Gewinnmaximierung verpflichtet ist, oder ein Ministerium, das der Staatsräson als oberstem Prinzip dient. Man müsste ebenso den Mut aufbringen, das Konzept Arbeitskampf konsequent zu Ende zu denken.

„Das Streikrecht und dessen Wahrnehmung waren schon immer eine Machtfrage", schreibt dazu Mag Wompel: „In Zeiten des Klassenkampfes von oben durch abnehmenden Bedarf an menschlicher Arbeitskraft stellen wir auch die abnehmende Bereitschaft des Kapitals zu Kompromissen fest. Anders ausgedrückt: Die Androhung von Streiks kann ein Kapital, das unter (selbst erzeugten) Überkapazitäten leidet, kaum schrecken". Und weiter regt sie an: „Es ist offensichtlich, dass legale Arbeitskampfmittel nur legal sind, weil sie nicht wirken. ... Wenn Hartz-Gesetze und Privatisierungen der Lebensvorsorge selbst prekäre Arbeitsplätze alternativlos machen, müssen die Lohnabhängigen ... ihre sonst zersplitterten einzelbetrieblichen Kämpfe zu gesellschaftlichen und politischen machen".[12] Für einen solchen gesamtgesellschaftlichen Anspruch bedarf es jedoch auch die Klarheit, dass das Gegenüber kein legitimer „Sozialpartner" ist. Die private bzw. staatliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Ressourcen muss in Frage gestellt werden.

Statt beim Arbeitskampf in sensiblen gesellschaftlichen Bereichen tausendfach PatientInnen oder PendlerInnen zu treffen, kann es schonender und kampfstrategisch zielführender sein, die neuralgischen Punkte eines Unternehmens anzugreifen, etwa mit konsequent durchgeführten Blockaden. Voraussetzung dafür ist freilich eine gewisse Militanz, d.h. die persönliche Bereitschaft zumindest eines Teils der Kämpfenden, das Risiko spürbarer Konsequenzen für ihre Aktionen in Kauf zu nehmen. Allerdings sollte man bedenken, dass etwa das Ausbaden strafrechtlicher Konsequenzen auch Kräfte zehrt. Außerdem bergen derlei Methoden die Gefahr einer „Elitenbildung", wenn zu viel Einfluss in den Händen risikobereiter AktivistInnen liegt. Ohne Frage aber ist es erstrebenswert, die Möglichkeiten flexibler bzw. flankierender Kampfformen auszuloten, die dem sozialen Umfeld möglichst wenig schaden – den Bossen aber umso mehr!

Will Firth

Anmerkungen

[1] Zur Situation bei den Printmedien siehe „Wortarbeit in der Krise" (*DA* Nr. 202).
[2] Siehe dazu die Kolumne Durruti in der *DA* Nr. 205.
[3] Der historische Syndikalismus kannte dafür auch die „Aktion der sozialen Verantwortlichkeit", auf die hier leider nicht eingegangen werden kann.
[4] Zum Redaktionsschluss hatte die GDL Tarifverträge mit der DB und dem privaten Schienengüterverkehr abgeschlossen, die damit für rund 90% aller Lokführer gelten. Bei einigen kleinen Bahnunternehmen dauern Verhandlungen und Arbeitskampfmaßnahmen noch an.
[5] Siehe „Melbourne 1990: Direkte Aktion im Nahverkehr" (*DA* Nr. 187).
[6] Gerade im Bahnbereich (einem sog. „natürlichen Monopol"), ist die Konkurrenz zur DB ja gering, so dass sie sich kaum um Kundeninteressen und -wünsche kümmern muss.
[7] Dabei sind auch effiziente Aktionseinheiten denkbar, indem die Interessen von KundInnen einbezogen werden. So hat z.B. die italienische Basisgewerkschaft COBAS bereits bei Arbeitskämpfen im Nahverkehr auch Verbesserungen für die Fahrgäste gefordert.
[8] Eine Anhebung der Löhne soll stufenweise bzw. prozentual erfolgen, bis sie zum Dezember 2014 das Niveau des bundesweit geltenden Tarifvertrages im öffentlichen Dienst erreichen. Einige Verbesserung gibt es in Sachen Kündigungsschutz und Weihnachtsgeld.
[9] Siehe www.jenseits-des-helfersyndroms.de.
[10] Allein in Berlin gibt es annähernd 200 sog. „AssistenznehmerInnen". Die ca. 1.000 Beschäftigten, die für sie arbeiten, sind zum überwiegenden Teil bei drei großen Assistenzanbietern angestellt.
[11] Siehe „Aktiv gegen scheiß´ Zustände" (*DA* Nr. 194).
[12] www.prager-fruehling-magazin.de/article/641.streiks-wild-und-politisch.html.

Ein hausgemachtes Problem

Die Entmachtung der christlichen CGZP hat maximal eine Marktbereinigung zur Folge, die Misere löst sie nicht

Auf dem Arbeitsmarkt rumort es gewaltig. Noch ist die Vollzeitstelle mit unbefristetem Arbeitsvertrag das Ziel vieler Beschäftigter – die Arbeitswelt driftet aber auseinander und das Ziel rückt vielfach in weite Ferne. Vor allem, weil die Leiharbeit und andere „atypische“ Verträge immer weiter ausufern. Nachdem im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise in Deutschland die allseits gefürchteten Massenentlassungen relativ lautlos, ja unbemerkt über die Bühne gegangen sind – nämlich in der Leiharbeit mit gut 200.000 Betroffenen – erklimmt die „Zeitarbeitsbranche“ seit 2010 neue Höhen. Dieses Jahr überflügelte sie mit 900.000 ArbeiterInnen das Vorkrisenniveau und der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) rechnet damit, dass die Zahl der verliehenen Beschäftigten noch 2011 erstmals die Millionengrenze überschreitet.

Auf der einen Seite stehen also die Festangestellten, die oft überarbeitet sind, weil Stellen eingespart und die Arbeitsbelastung erhöht wurden. Auf der anderen Seite steht eine moderne Form der Arbeitssklaverei: LeiharbeiterInnen oder auch Leasingkräfte. Bei den Wörtern zucken viele zusammen. Ständig auf Bereitschaft, werden sie angerufen, sollen in Spitzenzeiten aushelfen und gehen daran nicht selten zugrunde.

Bis 1967 war die sogenannte „Arbeitnehmerüberlassung“ in der Bundesrepublik Deutschland gesetzlich verboten. Die Thematik war auch danach lange eher als Randerscheinung zu betrachten. Ausgerechnet die rot-grüne Regierung änderte dies jedoch: Mit dem „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, auch Hartz I genannt, nahm die Zeitarbeitsbranche seit 2003 an Fahrt auf. Auch im Baugewerbe wurde die Leiharbeit zugelassen, Voraussetzung waren damals aber noch allgemein gültige Tarifverträge. Dies war großen Teilen der Wirtschaft ein Dorn im Auge und so wurden bis zum vollständigen Inkrafttreten der Gesetze zum 1. Januar 2004 die ersten speziell für die Leiharbeit gültigen Tarifverträge abgeschlossen.

Equal Pay-Prinzip ...

Das gesetzliche „Equal Pay – Equal Treatment“, das verhindern soll, dass ZeitarbeiterInnen zu schlechteren Bedingungen als Festangestellte eingestellt werden, kann laut Gesetz nur durch derartige Tarifverträge umgangen werden. Das „Equal Pay“-Prinzip wurde mit weiteren derartigen Abschlüssen fast vollständig gekippt. Das Ergebnis: Kaum vorhandene materielle Absicherung geht einher mit sozialer Isolierung, denn durch die Konkurrenz und die oft wechselnden Betriebsstätten können keine Beziehungen zu KollegInnen aufgebaut werden. Das Fehlen von sozialen Netzwerken innerhalb der Belegschaft führt so oft zum sozialen Abstieg und unterbindet nebenbei Solidarisierung und Selbstorganisierung der Belegschaft.

Heutzutage ist fast der gesamte Leiharbeitsmarkt durch Tarifabschlüsse nicht an das „Equal Pay“-Prinzip gebunden. Neue Hoffnung für viele LeiharbeiterInnen brachte erst eine Klage des Landes Berlin und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gegen die Abschlüsse der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP). Im Dezember 2009 hatte das Landesarbeitsgericht Berlin die CGZP für tarifunfähig erklärt (siehe *Direkte Aktion* #197), dies wurde am 14.12.2010 vom Bundesarbeitsgericht bestätigt: Somit kann die Organisation seitdem keine Tarifverträge mehr abschließen. Das Bundesarbeitsgericht ließ offen, ob die Tarifunfähigkeit auch rückwirkend gelte, das Landesarbeitsgericht Berlin annullierte im Mai 2011 schließlich auch die alten CGZP-Tarifverträge. Nun können die 200.000 ArbeitnehmerInnen Lohnnachzahlungen einfordern; zudem drohen den Leiharbeitsfirmen auch Nachforderungen seitens der Sozialversicherungsträger. Für die Wirtschaft bedeutet dies allein zwei bis drei Milliarden Euro an Nachzahlungen. Unberücksichtigt bleibt dabei allerdings die Tatsache, dass auch DGB-Gewerkschaften Leiharbeitstarifverträge abgeschlossen haben, die zur Umgehung des „Equal Pay“-Prinzips dienen.



... oder Spaltung des Arbeitsmarktes?

Die Stadt Hamburg hat inzwischen angekündigt, LeiharbeiterInnen nur noch zu den Bedingungen der Festangestellten zu beschäftigen. In der Hansestadt seien 2.200 LeiharbeiterInnen im öffentlichen Dienst beschäftigt, die nun die gleichen Rechte wie ihre festangestellten KolleginnenKollegen bekommen sollen. Der Senat plant außerdem, „den Missbrauch von Leiharbeit im öffentlichen Dienst, in Anstalten des öffentlichen Rechtes und allen seinen Beteiligten zu verhindern“. Es bleibt abzuwarten, wie dies umgesetzt wird, zumal die Landesregierung auch hier in das übliche Muster verfällt, für negative Konsequenzen der Leiharbeit deren vermeintlichen Missbrauch verantwortlich zu machen.

Eine Einschränkung der Ausbreitung der Leiharbeit wäre dennoch dringend notwendig. Der Arbeitsmarkt spaltet sich immer weiter und lässt die Anzahl der sogenannten „working poor“ wachsen. Inzwischen sind 18% der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor angesiedelt. Viele Menschen gehen nur noch dem sozialen Status wegen einer beruflichen Tätigkeit nach: um den Anschluss nicht zu verlieren. Finanziell macht Arbeit oft keinen Sinn, da der Lohn auf Hartz IV-Niveau oder sogar darunter liegt. Bezeichnend ist auch, dass sich deshalb immer mehr Beschäftigte gezwungen sehen, ihre Dumpinglöhne mit Hartz IV aufzustocken. In der Konsequenz stellt dies nichts als eine öffentliche Subventionierung von Löhnen unter dem Existenzminimum dar. Letzteres bezifferte die Bundesregierung für Alleinstehende zuletzt auf stattliche 638 Euro im Monat.

Andreas Potzlow

Kleinlautes Abrücken von der BDA

Nach Druck der Basis gibt DGB die Initiative für „Tarifeinheit“ auf. Die FAU will Streikrecht nun weiter stärken.

Sekt und Schnittchen gab es diesmal nicht, stattdessen eine schmallippige Presseerklärung, die mit ganzen drei Sätzen wohl zu den kürzesten der Welt gehört: Anfang Juni kündigte der DGB-Vorstand das Joint-Venture mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) zur Knebelung des Streikrechts auf. Auslöser für diesen Beschluss war u.a. die Entscheidung des ver.di-Gewerkschaftsrats von Ende Mai, die „Tarifeinheitsinitiative“ nicht länger mitzutragen. Die Dienstleistungsgewerkschaft hatte zu den Initiatoren des arbeitnehmerfeindlichen Vorstoßes gehört, lenkte nun aber ein, nachdem klar geworden war, dass ein Festhalten an der Initiative auf dem ver.di-Kongress im September 2011 zum politischen Fiasko des Vorstands werden würde.

Ein Jahr lang hatten Unternehmer- und DGB-Verbände für eine gesetzliche Einschränkung des Streikrechts abhängig Beschäftigter und kleiner Gewerkschaften zugunsten der großen „Mehrheitsgewerkschaften“ getrommelt. An die „Friedenspflicht“ sollten nicht nur die vertragsschließende, sondern auch alle anderen Gewerkschaften gebunden sein. Der Vorstoß zielte vor allem auf die Berufs- und Spartengewerkschaften, hätte aber auch die Branchengewerkschaften der FAU getroffen. Deshalb wandte sich die anarchosyndikalistische Gewerkschaftsföderation unter dem Motto „Finger weg vom Streikrecht!“ gegen die Arbeitsfront der Spitzenverbände. Grundsätzlich hat eine Gewerkschaft an der Seite der Beschäftigten und der Belegschaften zu stehen, nicht an der Seite der Bosse.

In der Debatte um die „Tarifeinheit“ geht es nicht nur um die Tarifvielfalt, sondern um das unveräußerliche Recht der Beschäftigten, für ihre Belange aktiv zu werden und auch zu kämpfen. Das Auseinanderfallen der DGB/BDA-Initiative ist hier nur ein Etappensieg. Interessierte Kreise aus Politik und Wirtschaft diskutieren weiter Mittel und Wege, das Streikrecht einzuschränken – etwa durch obligatorische Schlichtungsverfahren. Es sind also weitere Angriffe zu erwarten, und das obwohl Deutschland in Bezug auf Gewerkschaftsfreiheit schon jetzt nur Entwicklungsland ist.

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wird sich die FAU, das beschloss der FAU-Kongress 2011, verstärkt für ein uneingeschränktes Streikrecht einsetzen. Das Recht auf Arbeitsverweigerung ist Teil der persönlichen Selbstbestimmung und daher als ein grundlegendes Menschenrecht aufzufassen, auch wenn es effektiv nur kollektiv ausgeübt werden kann. Ein echtes Recht auf Streik darf nicht auf tarifliche Auseinandersetzungen beschränkt sein, sondern muss auch so genannte politische Streiks einschließen. Es bedeutet nicht nur volle Aktionsfreiheit für Gewerkschaften, sondern auch: Unantastbares Recht auf Streik für alle Beschäftigten selbst, egal ob und wo sie gewerkschaftlich organisiert sind. Dass eine solche „Steilvorlage“ für Arbeitskämpfe noch kein Garant für die Wahrung der Arbeiterinteressen ist, sieht man im europäischen Umland. Dass sie dennoch notwendig ist, verdeutlicht die Reallohnentwicklung der letzten zehn Jahre.

André Eisenstein

§§§-Dschungel

Aktuelle Entwicklungen im Arbeitskampfrecht

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Wandlung seiner Rechtsprechung in punkto Streikrecht vollzogen. Die wesentlichsten Neuerungen erfahrt Ihr hier.

Solidaritätsstreiks nicht per se verboten

Die Liberalisierung begann das BAG mit seinem Urteil vom 19. Juni 2007 (Az.: 1 AZR 396/06), in dem es vollkommen überraschend Solidaritätsstreiks – auch Unterstützungsstreiks genannt – nicht mehr von vornherein für rechtswidrig erklärte. Der Solidaritätsstreik, in anderen Ländern von jeher erlaubt, war bis dato in Deutschland verboten. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er lediglich der Unterstützung eines anderen Arbeitskampfes dient.
Allzu große Freude ist jedoch fehl am Platz. Denn bereits in seinen Leitsätzen schränkt das BAG die Rechtmäßigkeit auf solche Streiks ein, die „der Unterstützung eines in einem anderen Tarifgebiet geführten Hauptarbeitskampfs dienen“. Solidaritätsstreiks, die der Durchsetzung von politischen Forderungen dienen, bleiben also nach wie vor verboten.
Darüber hinaus muss der Solidaritätsstreik – wie jeder andere Streik – nach Auffassung des BAG verhältnismäßig sein.
Für die Verhältnismäßigkeitsprüfung setzt das BAG bei dem Solidaritätsstreik besondere Kriterien an. So ist vor allem die Nähe oder Ferne des Unterstützungsstreiks zum Hauptarbeitskampf zu beachten. Dabei kommt es jeweils auf den konkreten Einzelfall an. Entscheidend ist hierbei die räumliche, wirtschaftliche und branchenmäßige Nähe zwischen den Arbeitskämpfen. Bestehen gemeinsame wirtschaftliche Verflechtungen, wie es etwa in verschiedenen Unternehmen eines gemeinsamen Konzerns regelmäßig der Fall sein dürfte, spricht vieles dafür, dass der Solidaritätsstreik nicht per se unverhältnismäßig ist.
Die zaghafte Wandlung der Rechtsprechung zum Solidaritätsstreik ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Rechtsprechung ist aber noch weit entfernt davon, alle Formen des Solidaritätsstreiks als rechtmäßig anzuerkennen.

Flashmob-Aktionen als neues Arbeitskampfmittel

Mit dem Urteil vom 22. September 2009 (Az.: 1 AZR 972/08) setzte das BAG seine liberalere Rechtsprechung zum Streikrecht fort. In dem Urteil bestätigte es die Auffassung des Landesarbeitsgerichts Berlin, dass Flashmob-Aktionen zulässige Arbeitskampfmittel von Gewerkschaften sein können. Der Begriff Flashmob bezeichnet einen kurzen, scheinbar spontanen Menschenauflauf auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen, bei denen sich die Teilnehmer oft persönlich nicht kennen und ungewöhnliche Dinge tun.
Dem Urteil lag eine Flashmob-Aktion von ver.di während eines Arbeitskampfes im Einzelhandel zugrunde. Ver.di hatte über SMS zum Einkauf in einer bestreikten Filiale eines Einzelhändlers aufgerufen. Allerdings sollte jeweils nur ein Cent-Artikel gekauft werden. Zudem wurden die Teilnehmer aufgefordert, Einkaufswägen mit nichtverderblichen Lebensmitteln zu füllen und diese im Geschäft stehen zu lassen.
Flashmob-Aktionen sind nach den Ausführungen des BAG nicht bereits deshalb rechtswidrig, weil sie nicht klassisch gewachsenen Arbeitskampfmitteln wie etwa dem Streik oder Boykott entsprechen. Vielmehr sei das Arbeitskampfrecht offen für neuere Entwicklungen. Voraussetzung sei aber, dass durch die Arbeitskampfmittel keine „Disparität“ im Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften entstehe. Laut dem BAG bestehe diese Disparität nicht grundsätzlich bei Flashmob-Aktionen. So könnten sich die Arbeitgeber mit einer vorübergehenden Betriebsschließung oder der Ausübung ihres Hausrechts hinreichend gut vor derartigen Arbeitskampfformen schützen. Um einen solchen Schutz aber effektiv gewähren zu können, macht das BAG die Bekanntgabe der Urheberschaft der Flashmob-Aktion während ihres Ablaufs zur Rechtmäßigkeitsvoraussetzung.
Eine Beeinträchtigung des „eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs“ sei zudem aufgrund der aus Artikel 9 Abs. 3 GG resultierenden Koalitionsfreiheit gerechtfertigt. Das sieht der Arbeitgeberverband naturgemäß ganz anders, weshalb er eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht hat.

Partielle Aufgabe des Beamtenstreikverbots

Eine weitere Liberalisierung, die zwar nicht durch das Bundesarbeitsgericht sondern durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erfolgte, stellt das Urteil Nr. 68959/01 vom 21. April 2009 dar. Danach verstößt ein grundsätzliches Streikverbot für alle Beamten gegen die Vereinigungsfreiheit in Art. 11 EMRK. Ausnahmen könne es nur für bestimmte Beamtenkategorien geben. Vereinfacht gesagt sind das nur solche Beamte, die für den Bestand und die Funktionsfähigkeit eines Staates unabdingbar sind. Diese Rechtsprechung wurde mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 15. Dezember 2010 (Az.: 31 K 3904/10 O) nunmehr erstmals auch in der deutschen Rechtsprechung berücksichtigt. In dem Fall, den das Verwaltungsgericht zu entscheiden hatte, wurde eine Geldbuße gegen einen streikenden Lehrer für unzulässig erklärt. Allerdings konnte das Gericht die Streikteilnahme selbst nicht für rechtmäßig erklären. Dieser Feststellung stand das im Grundgesetz normierte Streikverbot des Beamtentums entgegen, das im Gesetzesrang höher steht als die EMRK.
Bizarre Folge ist, dass der Streik eines verbeamteten Lehrers im Rahmen eines Arbeitskampfes, den seine nichtverbeamteten Kollegen führen, zwar rechtswidrig ist, aber keine disziplinarrechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen darf.

Dirk Feiertag,
Rechtsanwalt in der Kanzlei FSN-Recht, Leipzig

Freiberufler-Stammtisch
der FAU Berlin
jeden zweiten Montag im Monat
Kontakt: faub-freie@fau.org

Früh übt sich

Wiederholt wurden Minderjährige im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr mit Waffen vertraut gemacht. Während der „Offenen Tür" in der Karfreit-Kaserne im oberbayerischen Brannenburg wurden kleine Kinder an Maschinen- und Sturmgewehr gelassen um Krieg zu spielen. Das linke Bündnis „Rabatz" lieferte dafür Belege in Form von Fotomaterial. Bei einer weiteren Öffentlichkeitsveranstaltung der Gebirgsjäger Bad Reichenhall wurden Kinder unter Anleitung von Soldaten mit dem Zielerfassungssystem von Panzerfäusten vertraut gemacht. Die Kinder durften auf eine Miniaturstadt zielen, die eigens für die Veranstaltung aufgebaut wurde und den Ortsnamen „Klein-Mitrovica" trug. Hintergrund: Die Soldaten waren in der Vergangenheit im Rahmen eines KFOR-Einsatzes u.a. für die Stadt Mitrovica im Kosovo eingeteilt.

A.L.

Arier-Ausweis

Der Antrag auf Einführung eines Art „Ariernachweis" (Spiegel) wurde kurz vor der Abstimmung auf dem Burschentag in Eisenach zurückgezogen. Zuvor hatte der Dachverband „Deutsche Burschenschaft" (DB) über den Ausschluss der Verbindung „Hansea" zu Mannheim diskutiert, da eines seiner Mitglieder einer „außereuropäischen populationsgenetischen Gruppierung" angehöre und nicht von der deutschen „geschichtlichen Schicksalsgemeinschaft" abstamme. Kurz: Der Betroffene hat chinesische Eltern und sei somit nicht „deutsch genug". „Die DB vereint jene Studentenverbindungen unter ihrem Dach, die offen nazistische Positionen vertreten. Schon vor dem Nationalsozialismus fanden sich in der DB die Bünde zusammen, die dann auch mit ihrem völkischen Nationalismus, Antifeminismus und glühenden Antisemitismus zu den stärksten Unterstützern der NSDAP gehörten" (gegenburschentage.blogsport.de).

A.L.

Ausweg verbaut

Fördermittel für Arbeitslose werden gekürzt – Gründungszuschuss nur noch als Ermessensleistung



...jetzt geht's an die Wolle!

Bei den Arbeitslosen gehen die Kürzungen trotz positiver Steuerprognose auch nach der Krise weiter. Nach Regelsatz und Arbeitslosenrente kommen jetzt die „Förderinstrumente für den Arbeitsmarkt" unters Messer. Zwischen 2012 und 2015 sollen insgesamt 8 Milliarden Euro eingespart werden: Gekürzt wird bei Hilfen für Ältere, Weiterbildungen und beim Gründungszuschuss. Für letzteren liegen die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit derzeit bei 1,8 Milliarden Euro. Nächstes Jahr sollen es nur noch 400 Millionen Euro sein. Die Reform tritt am 1. April 2012 in Kraft – nur den GründerInnen will man bereits am 1. November 2011 an die Wolle.

Beim derzeitigen Gründungszuschuss werden für neun Monate Arbeitslosengeld zum „Lebensunterhalt" plus 300 Euro zur „sozialen Absicherung" gezahlt. Dies ist die einklagbare Pflichtleistung. Danach schließen sich optional sechs Monate mit 300 Euro an. Die Selbstständigkeit muss 90 Tage vor Ablauf des ALG-Anspruchs beginnen.

Der Druck soll nun steigen: Statt 90 müssen noch 150 Tage Anspruch auf ALG bestehen. Die erste Phase ist drei Monate kürzer und die zweite Phase dafür drei Monate länger. Entscheidend ist allerdings die Umwandlung von einer Pflicht- in eine Kann-Leistung, mit der die Arbeitslosen den SachbearbeiterInnen ausgeliefert sind. Nach jahrelangen Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung wird einem nun mit staatlicher Gutsherren-Mentalität à la Hartz IV die Tür vor der Nase zugeknallt.

Um die Kürzungen zu rechtfertigen, beklagt Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen „Mitnahmeeffekte" erfolgreicher GründerInnen, die es auch so geschafft hätten, und scheiternde „Notgründungen" von Arbeitslosen, die nicht fähig zur Selbständigkeit seien und deshalb vom Staat vor sich selbst geschützt werden müssten. Das Geld sei also fehlgeleitet.

Zu einem anderen Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB): Der Gründungszuschuss sei erfolgreich, denn fünf Jahre nach der Gründung wären immer noch zwischen 55 und 70 Prozent der Geförderten selbständig. Selbst der Chef der Arbeitsagentur hält ihn für ein bewährtes Mittel, da er im Jahr 140.000 Menschen helfe.

Statistiken zeigen aber auch, dass viele Selbständige nur umetikettierte Lohnabhängige sind. Das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn ermittelte 2010 rund 417.600 gewerbliche Existenzgründungen, von denen 80% die Rechtsform „Einzelunternehmen" wählten. Hinzu kamen ca. 61.000 FreiberuflerInnen. Also jährlich über 350.000 neue Solo-Selbständige, die versuchen, einen Ausweg aus ihrer Misere zu finden.

Für viele, die durch das Raster von Zertifikaten, Abschlüssen und geradlinigem Lebenslauf fallen, ist Selbständigkeit eine Chance, sich dennoch eine Existenz ohne lebenslange Niedrigstlohnjobs, ohne Chef im Nacken oder Abhängigkeit vom Arbeitsamt aufzubauen. Eine Existenz ohne Urlaub und Krankengeld in Kauf zu nehmen, ist aber auch keine einfache Entscheidung.

Das Problem von Prekarität und Vereinzelung ist jedoch kein individuelles: Auch FreiberuflerInnen und Selbständige können sich organisieren und sich bei Aufträgen, gegen Honorarklau und Lohndumping helfen. Für die modernen TagelöhnerInnen bietet die gegenseitige Hilfe Schutz und die Möglichkeit, gemeinsam doch noch einen richtigen Ausweg zu finden.

Thomas Winzer

Lückenbüßer

Ein Kommentar von Ludwig Unruh



Das amtlich bestellte Orakel, bekannt unter dem bescheidenen Kürzel „Rat der Wirtschaftsweisen", hat sich pünktlich zum Sommerloch wieder gemeldet: Die Deutschen leben zu lang und arbeiten zu wenig. Dass sie immer älter werden, könnte man ja noch verknusen – wenn sie nur die deutschen Tugenden pflegen würden. Statt von der Wiege bis zur Bahre die Stellung an der Arbeitsfront zu verteidigen, räkeln sie sich aber in der sozialen Hängematte. Und mit ihren „lückenhaften Erwerbsbiografien" erzeugen sie zahlreiche weitere Lücken: von der sattsam bekannten „Versorgungslücke" über die „Finanzierungslücke" und die „Rentenlücke" bis zur „Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte". Da können wir von Glück reden, dass die „ausländische Nachfrage" wenigstens die „Output-Lücke" der deutschen Industrie geschlossen hat. Also: Renteneintrittsalter rauf, schlaue und fleißige Ausländer rein!

Sie wollen uns damit wohl vergessen lassen, dass wir trotz nachlassender Tugenden immer noch so fleißig sind, dass die Produktivität der deutschen Wirtschaft beinahe jedes Jahr schneller steigt als die „demografische Lücke" aufklaffen kann. Zudem könnten wir, wären wir genauso forsch wie unsere Weisen, selbst ein wenig orakeln. Dann kämen wir vermutlich recht bald zu der Annahme, dass wir bei weiter ansteigendem Arbeitsstress immer seltener jenes biblische Alter erreichen werden, welches uns seitens der auch ohne entsprechendes Alter weise gewordenen Wirtschaftsweisen prophezeit wird. Auch würde sehr schnell klar werden, dass es einzig und allein darum geht, den Druck auf dem Arbeitsmarkt so zu erhöhen, dass den „Arbeitsplatzbesitzern" die deutschen Tugenden nicht abhandenkommen.

Dabei bauen die Weisen ganz sicher auf die Gedächtnislücken des gemeinen Deutschen, der – ebenso wie seine Kollegin – das Einmaleins des Klassenkampfes verlernt hat: Nur durch ökonomischen Druck von unten sind die Bosse dazu zu bewegen, unsere Finanzierungslücken zu schließen.



Big-Brother-Awards an Zoll und an Daimler

Auch in diesem Jahr verlieh der in Datenschutz-Kreisen renommierte Verein FoeBuD wieder die „Big Brother Awards" an Institutionen, „die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen". Im Bereich Arbeitswelt standen der Zoll (Finanzministerium) und die Daimler AG im Rampenlicht. In der Laudatio heißt es, das vom Zoll „angepriesene Zertifizierungsverfahren für Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte" (kurz: AEO) empfehle Unternehmen, die in die USA exportieren, den „Abgleich mit dortigen Antiterrorlisten". Eine Rechtsgrundlage gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz fehle für dieses Vorgehen jedoch. Der Stuttgarter Autobauer wurde seinerseits stellvertretend für eine Reihe weiterer Großunternehmen ausgezeichnet: Von 2004 bis 2009 habe Daimler von allen BewerberInnen Blutproben verlangt – heute betreffe dies noch immer alle KandidatInnen für den Produktionsbereich. Flächendeckend sei diese „freiwillige" Praxis auch bei der BASF, bei der Deutschen Börse, bei K+S, Linde, bei Salzgitter Stahl und ThyssenKrupp sowie bei zahlreichen Landesrundfunkanstalten der ARD nicht unbekannt. (AE)

Handy-Erfassung auf Demo in Dresden

Im Rahmen der Proteste gegen die Nazidemo am 19. Februar 2011 in Dresden wurden ausgehende und eingehende Handy-Anrufe sowie versendete SMS-Texte umfassend ausgespäht. Das berichtete die *taz*. Ingesamt seien über eine Million Daten erfasst und gespeichert worden, darunter auch die Positionen der Handy-BesitzerInnen, die sich innerhalb eines Gebiets in der Dresdner Südvorstadt aufhielten. Ein solche sog. „Funkzellenauswertung" war ursprünglich zur „Aufklärung von schwerem Landfriedensbruch" vorgesehen. Die Staatsanwaltschaft Dresden prüfe das Vorgehen der Polizei derzeit noch, vermute aber, so die *taz*, einen Rechtsbruch. (AL)

Studie: Videoüberwachung nutzlos

Einer Studie im Auftrag der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zufolge bringt die Videoüberwachung keinen zusätzlichen Nutzen bei der Verhinderung und Aufklärung von Straftaten in der U-Bahn. In dem Untersuchungszeitraum sei die Anzahl der Straftaten leicht angestiegen, die Erfolgsquote sei aufgrund der geringen Wiedererkennbarkeit von Personen und der zeitaufwändigen Sichtung des Materials gering. Die Studie, die vom Berliner Büro für angewandte Statistik durchgeführt wurde, erfolgte im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Evaluation der Videoüberwachung, die ihre Auswirkungen untersuchen und so die Verhältnismäßigkeit garantieren soll. Als Reaktion auf die Vorlage eines Zwischenberichtes der Wissenschaftler kündigte das Unternehmen den Forschungsauftrag. Waren die Forschungsergebnisse dem Auftraggeber nicht genehm? Der Humanistischen Union zufolge wurde die Studie erst auf ihren Druck hin veröffentlicht, die BVG habe vorher versucht, das Dokument zurückzuhalten. Ungeachtet der Erkenntnisse dieser Untersuchung plant die BVG eine weitere Ausweitung der Videoüberwachung. Unter anderem begründet sie das mit mehreren Fällen schwerer Körperverletzung in den letzten Monaten, durch die sie die Bevölkerung offener für eine Verschärfung der Überwachung sehen. (DC)

Aufrüsten für den Cyberkrieg

Am 16. Juni hat Bundesinnenminister Friedrich offiziell das „Nationale Cyber-Abwehrzentrum" eröffnet. In der dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unterstehenden Einrichtung sollen u.a. Angehörige verschiedener Geheimdienste, der Bundespolizei und des Zolls Angriffe auf IT-Systeme staatlicher oder wirtschaftlicher Institutionen untersuchen. Die Eröffnung des Abwehrzentrums fällt in eine Zeit zahlreicher aufsehenerregender Hacks, z.B. der Computersysteme des IWF, des amerikanischen Rüstungskonzerns Lockheed Martin oder des japanischen Elektronikkonzerns Sony. Bereits 2007 wurden zahlreiche estnische Webseiten von russischen Hackern angegriffen, auch direkte Angriffe auf staatliche Infrastruktur, wie die Sabotage iranischer Nuklearanlagen mit dem Wurm Stuxnet seien denkbar. Zahlreiche Staaten wie Frankreich, China oder die USA arbeiten an ähnlichen Institutionen. Eine im Mai 2011 veröffentlichte Strategie des US-Verteidigungsministeriums für einen sog. Cyberkrieg sieht vor, besonders schwere Angriffe mit elektronischen Mitteln solchen mit konventionellen Waffen gleichzusetzen. Dies könnte auch Angriffe mit konventionellen Kriegswaffen auf die betreffenden Staaten zur Folge haben. (DC)

Verblühende Landschaften



Nachrichten aus dem braunen Sumpf

Es gibt Landstriche, in denen es noch beschwerlicher ist als anderswo, libertäre Ideen zu verbreiten, geschweige, sie mit eigenen Strukturen praktisch zu machen. Es sind Gegenden, in denen jeder Ansatz in diese Richtung Gefahr läuft, von Neonazigewalt erdrückt zu werden, während die Staatsmacht entweder zuschaut oder die Opfer selbst verantwortlich macht. An dieser Stelle zwei Beispiele aus dem schönen Sachsen:

Dresden: Polizei auf Nazis' Spuren

Bereits am 19. Februar wurde der jährliche Neonaziaufmarsch durch ein breites Bündnis verhindert. Abseits der Route aber zogen Neonazis marodierend durch einige Stadtteile. 250 von ihnen griffen das libertäre Wohn- und Kulturprojekt „Praxis" mit Steinen und Feuerwerkskörpern an. Die Polizei schaute zu. Am 3. Mai, nur wenige Wochen, nachdem die Polizei nicht in der Lage war, die „Praxis" zu schützen, überfiel sie nun ihrerseits das Projekt und trat dabei die Rechte der Beschuldigten mit Füßen. Als Grund für die Durchsuchung wurden Ermittlungen zur Bildung einer kriminellen Vereinigung angegeben. Zynisch dabei ist, dass die Polizei dabei stolz „Steine, die als Wurfgeschosse dienen könnten" als Ermittlungserfolg präsentierte – dieselben Steine, die erst durch die Untätigkeit der Polizei Mitte Februar von den Neonazis auf das Gelände geworfen werden konnten. Weitere Infos auf: www.libertaeres-netzwerk.info.

Limbach-Oberfrohna: Pöbel-Nazis und Razzia-Bullen

Im schönen Städtchen Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz sind Neonaziangriffe nichts Neues. So wurde etwa ein alternativer Jugendklub so lange attackiert, bis die Mietverträge gekündigt wurden, und alternativ aussehende Jugendliche auf der Straße zusammengeschlagen – alles ganz normal. Wie auch an Pfingsten. Da pöbelten Neonazis vor einem von linken Jugendlichen bewohnten Mietshaus herum und griffen dieses schließlich an. Die Polizei reagierte zunächst nicht, und als sie nach langer Zeit doch erschien, schenkte sie den Angreifern keine Beachtung. Die BewohnerInnen des Mietshauses konnten sich dagegen über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beklagen: Sie mussten nach dem Neonaziangriff eine Razzia über sich ergehen lassen. Die Polizei rechtfertigte das alles mit „linksextremistischer Gewalt" und Waffen, die sie gefunden hätte, was die lokale Presse fleißig abschrieb. Das gefundene „Schwarzpulver" entpuppte sich jedoch bald als Sand für ein Schulprojekt. Zu spät – die Zeitung war schon gedruckt. Weitere Infos auf: www.schwarzerpeter.blogsport.de.

Zusammengestellt von Gz

Grenzen des Amateurhaften

Der Fußballverein Roter Stern Leipzig sucht einen Weg zwischen Basisdemokratie und Professionalisierung

Fußball erscheint häufig als reiner Kommerz: die Aushängeschilder des Sports sind Millionäre in der internationalen Ligen, Spieler und Trainer wechseln jährlich die Vereinstrikots und zahlreiche Clubs sind börsennotiert oder das Prestigeobjekt reicher Unternehmer, Ölscheichs oder osteuropäischer Oligarchen. Auch vermeintlich alternative Vereine, die sich in dieser Sphäre bewegen, haben nicht unbedingt alternative Strukturen und sind denselben Marktzwängen unterworfen.

Die meisten Fußballvereine bewegen zwar sich in anderen Gefilden, denn alle Spielklassen unterhalb der 2008 eingeführten eingleisigen Dritten Liga werden dem Amateurfußball zugerechnet. Tatsächlich hat aber auch hier eine umfassende Kommerzialisierung eingesetzt. Bereits in der viertklassigen Regionalliga sind Jahresetats von 1,5 Millionen Euro keine Seltenheit, selbst in der fünftklassigen Oberliga üben einige Spieler keinen Beruf neben dem Fußball aus.

Vereine, die keine zahlungskräftigen Sponsoren auftreiben können, um die Lizenzauflagen des DFB bezüglich der Stadionausstattung zu erfüllen, können entweder nicht aufsteigen oder übernehmen sich finanziell und gehen – wie in den letzten Jahren mehrfach in der 3. und 4. Liga geschehen – insolvent bzw. können nur durch sechs- oder siebenstellige öffentliche Subventionen davor bewahrt werden.

Millionenschwere Etats, teure Spieler und drohende Insolvenzen sind noch nicht das Problem des Roten Stern Leipzig (RSL). Der 1999 gegründete alternative Fußballverein aus dem Leipziger Stadtteil Connewitz hat gerade ungeschlagen den Aufstieg in die Bezirksliga Leipzig Nord, den fünften Aufstieg in der Vereinsgeschichte, geschafft. Vor zwölf Jahren war der Verein mit dem Anspruch angetreten, es anders zu machen: basisdemokratisch strukturiert ohne die sexistischen und rassistischen Tendenzen, die in einigen anderen Vereinen zutage treten. Auch in die Breite ist der Verein inzwischen gewachsen, bei rund 400 Mitgliedern umfasst er ein gutes Dutzend Frauen-, Männer- und Jugendmannschaften sowie andere Sportarten wie Basketball oder Schach.



Quelle: Roter Stern Leipzig

Seit seiner Gründung hat der Rote Stern sich als alternativer Verein verstanden. Geschäftsführer Adam Bednarsky erklärt, dass alle Entscheidungen im Konsensprinzip auf dem wöchentlichen Plenum beschlossen würden. Die meisten Funktionen im Verein werden von Ehrenamtlichen übernommen, also das Catering, die sportliche Leitung und die Geschäftsführung. Auch die Spieler und der Trainer der ersten Mannschaft erhalten keine Aufwandsentschädigungen, wie bei anderen Vereinen in der gleichen Liga durchaus üblich. Alle zahlen, wie andere Vereinsmitglieder, ihren Mitgliedsbeitrag und sogar ihr Ticket im Bus, mit dem die Roten Sterne zu Auswärtsspielen fahren. Beim Vereinsfest standen die Spieler der Ersten hinter dem Zapfhahn und schenkten Bier aus.

Dennoch hat man beim RSL die Erfahrung gemacht, dass der Verein ein Niveau erreicht hat, auf dem nicht mehr alles so nach dem „Do it yourself"-Prinzip erfolgen kann wie in der ersten Saison, als man mit zwei Mannschaften den Spielbetrieb in der 11. Liga aufnahm. Für Bednarsky ist in dieser Hinsicht schon seit Jahren „das Ende der Fahnenstange" erreicht. „Man kann nicht irgendwen zur Polizei schicken, um das Sicherheitskonzept für die neue Saison auszuhandeln", erklärt er. Ein Verein, der vier Fußballplätze zu betreuen hat, gerade in einen Sozialtrakt investiert und allein rund elf Fußballmannschaften hat, könne nicht mehr alle Tätigkeiten ehrenamtlich durchführen. Insbesondere, da viele Mitglieder der ersten Stunde inzwischen Familien gegründet oder zeitaufwändigere Berufe haben. Trotzdem hat der Rote Stern das Ziel, weiter aufzusteigen, „so weit unsere sportlichen Füße uns tragen". An weiterer Professionalisierung führe kein Weg vorbei. Dennoch steht die Basisdemokratie nicht zur Disposition. Bednarsky betont, dass auch Festangestellte dem wöchentlichen Plenum gegenüber rechenschaftspflichtig wären. Es sei durchaus möglich, dass eine gewählte und vom Verein bezahlte Person spezifische Aufgaben ausführt, wenn das „vernünftig strukturell flankiert" werde. Zudem fördere die Basisdemokratie den ehrenamtlichen Einsatz, weil „die Leute so sehen, was im Verein zu tun ist" und sich besser einbringen könnten.

Daniel Colm

Pech gehabt

Engagierte Arbeiterin erstreitet nach Kündigung eine hohe Abfindung. Die Akte Merkur ist geschlossen, vorerst.

Ein Mitglied der FAU Berlin konnte im Mai einen Konflikt mit der Merkur-Spielothek, dem Marktführer der deutschen Spielhallen, für sich entscheiden. Ihr war im April gekündigt worden, nachdem sie begonnen hatte, im Kreis ihrer KollegInnen für die Etablierung einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe und eines Betriebsrates zu werben. Dies war der Geschäftsleitung wohl zu Ohren gekommen. An Gründen, sich bei Merkur zu organisieren scheint es nicht zu fehlen: Klagen gibt es über weitreichende Eingriffe des Betriebes in das Privatleben seiner Angestellten. So soll es immer wieder zu sehr kurzfristigen Dienstplanänderungen gekommen sein und MitarbeiterInnen, die unter dem Verdacht standen, eine Liebesbeziehung miteinander zu führen, sollen unter Druck gesetzt und mit Kündigung bedroht worden sein. Außerdem liegen Berichte vor, dass Videoaufnahmen im Betrieb zur Kontrolle der ArbeiterInnen eingesetzt werden. Gegen diese und andere Missstände wollte die Betroffene etwas tun. Leider war das Klima im Betrieb dafür ungünstig. Im persönlichen Gespräch machten die KollegInnen klar, dass sie sich nicht trauen, im Betrieb für ihre Rechte und für Verbesserungen einzustehen. So ist eine Perspektive für eine kämpferische Gewerkschaft im Betrieb vorerst nicht vorhanden. Dabei wären die Bedingungen für entschlossenen Widerstand aufgrund der Umstände gar nicht so schlecht. Im Mai hat der Berliner Senat eine deutliche Verschärfung des Spielhallengesetzes beschlossen. Begleitet wird diese Gesetzesverschärfung von einer Bundesratsinitiative des Landes Berlin, die es dem Staat leichter machen soll, Spielhallen zu verbieten. Am 16. Mai kam es dann zu einer Razzia in verschiedenen Berliner Spielhallen. Überprüft werden sollte damit, ob die BetreiberInnen sich an die Bestimmungen zum Betrieb einer Spielhalle und den Jugendschutz halten. Betroffen von dieser Maßnahme war u.a. eine Merkur-Filiale. Merkur steht momentan also unter Druck und würde sich kaum über weitere Negativ-Publicity freuen.

Der gekündigten Arbeiterin half dies bei ihren Versuchen, etwas im Betrieb zu bewegen, leider nicht. Die ungerechtfertigte Kündigung aber wollte sie nicht auf sich sitzen lassen. Mit Unterstützung der FAU Berlin reichte sie Klage beim Arbeitsgericht ein und forderte eine ausgesprochen hohe Abfindung. Mit Erfolg: Merkur ließ sich auf diese Forderung weitgehend ein. An der Situation für die Beschäftigten bei den Merkur-Spielotheken hat sich damit freilich noch nichts geändert. Menschen, die sich für Verbesserungen einsetzen wollen, können sich gerne an die FAU wenden. Auch ihre ehemalige Kollegin würde ihn dann wieder mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Florian Wegner

Die guten Unternehmen

Die DA *sprach mit Jochen von der FAU Hamburg über Kollektivbetriebe und deren Bedeutung für eine libertäre Ökonomie.*

Zuletzt gab es hierzulande nach 1968 eine Gründerzeit für Kollektive. Heute ist es still geworden um diese „Branche". Gibt es sie noch, die Kollektivbetriebe, und wie ist ihre Lage?

Es gibt sie noch, aber viele haben deutliche Kompromisse gemacht. Das reicht von massiver Selbstausbeutung auf der einen Seite bis zu Konstruktionen wie ‚Geschäftsführer-Kollektiv' auf der anderen. Längere Zeit zu überleben, ohne die politischen Ansprüche aufzugeben, funktioniert eigentlich nur für Kleinbetriebe in ökonomischen Nischen.

Wodurch unterscheiden sich kollektive von „normalen", kapitalistischen Betrieben?

Ein Kollektivbetrieb muss sich unserer Auffassung nach an drei Prinzipien orientieren: (a) basisdemokratische Entscheidungsstrukturen und Organisationsaufbau, (b) Orientierung an der Idee des Gemeineigentums bzw. des Gemeinnutzens und (c) Entwicklung von Alternativen zur Marktwirtschaft. Das erste lässt sich unter kapitalistischen Bedingungen noch einigermaßen umsetzen. Die anderen beiden jedoch lassen sich mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht einmal theoretisch vereinbaren. Deshalb liegen hier auch die größten Probleme bei der Umsetzung und zugleich die größten politischen Potentiale.

Zum FAU-Kongress 2011 hat die FAU Hamburg ein „Positionspapier Kollektivbetriebe" vorgelegt. Was war euer Ziel?

Bei der Aufarbeitung des großen Krachs bei Café Libertad ist uns klar geworden, dass unser Verhältnis als Gewerkschaft zu Kollektivbetrieben ganz allgemein ziemlich intuitiv ist. Kollektivbetriebe sind irgendwie die ‚guten Unternehmen', aber was ein ‚gutes Unternehmen' eigentlich ausmacht, ist nicht recht klar. Hier sollte unser Papier Abhilfe schaffen.

Der Kongress richtete eine Arbeitsgruppe zu dem Thema ein. Was kam dabei heraus und wie geht es weiter? Plant die FAU nun auch den Aufbau einer „Wirtschaftsföderation"?

Im Prinzip ja. Kollektivbetriebe zu gründen reicht nicht. Wir brauchen eine ‚Libertäre Ökonomie', und Kollektivbetriebe sind da nur ein Element. Zunächst muss jedoch konzeptionell entwickelt werden, wie eine ‚Libertäre Ökonomie' konkret funktionieren könnte. Da gibt es einen Haufen Unklarheiten und offene Fragen. In der AG haben wir uns vorgenommen, zunächst einmal die Beschlüsse der CNT zu diesem Thema auszuwerten. Dann sehen wir weiter.

Meldungen aus der FAU

Erster Mai: Streik frei!

In Frankfurt positionierten sich Mitglieder und SympathisantInnen der FAU mit einem Transparent direkt vor der Haupttribüne des DGB, um die Basis der Einzelgewerkschaften auf den unsäglichen Kurs ihrer Spitzenfunktionäre in Sachen Tarifeinheit aufmerksam zu machen. Mit großem Interesse wurden mehrere tausend Flugblätter, die über die Hintergründe des skurrilen Ansinnens aufklären, angenommen. Auch in Kiel, Freiburg und anderen Städten verwehrten sich Mitglieder der FAU gegen jeglichen Versuch, die Möglichkeiten des Arbeitskampfes gesetzlich weiter einzuschränken. Während der DGB-Hauptkundgebung in Kassel protestierten Aktive der im März gegründeten und gewerkschaftsübergreifenden Initiative „Hände weg vom Streikrecht" mit einem an Gasluftballons befestigten Transparent ebenfalls gegen das gemeinsame Projekt von BDA und DGB. Inzwischen hat der DGB diese Initiative aufgegeben (siehe S. 5).

Berlin & Bremen: Leiharbeit abschaffen!

Ebenfalls am 1. Mai führte die FAU Berlin einen „Spaziergang gegen Leiharbeit" durch, an dem sich bis zu 120 TeilnehmerInnen beteiligten, darunter auch GewerkschafterInnen aus Italien, Frankreich und Spanien. Die Gruppe Atze Wellblech, die in vielen ihrer Lieder miese Arbeitsbedingungen thematisiert, begleitete die Aktion musikalisch. In zahlreichen Slogans wurden bei besten akustischen Bedingungen in der Friedrichstraße sowohl die ungleiche Behandlung der LeiharbeiterInnen angeprangert als auch die Lohnarbeit als solche in Frage gestellt. Der FAU Berlin ist damit eine kämpferische Gewerkschaftsdemonstration auch abseits des sozialdemokratischen Mainstreams gelungen. Anlässlich einer Leiharbeitsmesse bezog Ende Mai u.a. auch die FAU Bremen Position gegen den modernen Menschenhandel. Überschattet wurde der Protest von Gewalt seitens einer Sicherheitsfirma der Messe. Fast ein Dutzend Schergen griffen die AktivistInnen gezielt mit Tritten und Faustschlägen an. Die Polizei griff, so die FAU Bremen weiter, nicht ein.

Frankfurt/M.: IMK auflösen!

Am 22. Juni beteiligten sich in Frankfurt a.M. mehr als 2.000 Menschen unter dem Motto „Wir kommen um zu stören! IMK auflösen!" an einer Demonstration gegen die Innenministerkonferenz. Aufgerufen hatte auch die FAU Frankfurt. Die Kritik der Straße richtete sich gegen die Abschottung Europas, die Ausgrenzung und Migration, die allgegenwärtige Überwachung und „Antiterrorgesetze", die staatliche Diskriminierung von Sexarbeiterinnen und vieles mehr. Durch den Protest gegen die rücksichtslose Abschottung nach außen und die Aufrüstung gegen potentielle soziale Konflikte im Inneren haben sich die Verantwortlichen auf die Füße getreten gefühlt. In den Wochen zuvor hatte es mehrere Kriminalisierungsversuche gegen die Demo-OrganisatorInnen gegeben.

„Sport, der die Arbeiter befreit“

Arbeitersportbewegung und Arbeiterolympiaden 1925–1937

In der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg existierte in Europa eine eigenständige Arbeitersportbewegung, die insgesamt drei Arbeiterolympiaden durchführte. In den meisten zu Beginn des 20. Jahrhunderts populären Sportarten fanden sich Arbeitersportvereine, die in eigenen Verbänden organisiert waren und eigene Meisterschaften austrugen. Von 1913 an schlossen diese sich in der Confédération Sportive Internationale du Travail (CSIT) mit Sitz in Belgien zusammen, die internationale Veranstaltungen organisierte.

Der Ursprung des organisierten Arbeitersports liegt nicht zuletzt in der Ausgrenzung durch bürgerliches Vereinswesen begründet: Arbeitern war zumeist die Mitgliedschaft verwehrt, nicht selten ausdrücklich durch die Satzung. Auch Frauen war zunächst der Beitritt zu bürgerlichen Sportvereinen unmöglich; so sperrte sich etwa Pierre de Coubertin, Begründer der modernen Olympischen Bewegung, vehement gegen die Beteiligung von Frauen an den Spielen. Es blieb gar nichts anderes übrig, als eigene Vereine zu gründen. In Deutschland entstanden erste Arbeiterturnvereine Anfang der 1890er Jahre, die ersten Frauensportriegen um 1895. Mit der zunehmenden Begeisterung für den Fußball nahm auch der Arbeitersport einen Aufschwung, und Mitte 1919 wurde schließlich der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) als Dachverband gegründet.

Als Teil einer selbstbewussten proletarischen Kulturbewegung entwickelte sich eine Einstellung zum Sport, die sich wesentlich von der bürgerlichen unterschied. Im Mittelpunkt standen nicht Leistungsprinzip und Wettkampf, sondern körperliche Bewegung als gesundheitsfördernde Maßnahme sowie das Erleben von Gemeinschaft und Solidarität. „Sport im Interesse der Arbeiterklasse“, so der deutsche Arbeitersportfunktionär Fritz Wildung (1872–1954), „heißt Sport treiben, der die Arbeiter befreit“. Die Einführung der modernen Olympischen Spiele, die unter dem Motto „höher, schneller, stärker“ standen, stieß denn auch bei der Arbeitersportbewegung auf wenig Gegenliebe. Doch während die neuen Olympischen Spiele ein wachsendes öffentliches Interesse fanden, blieben die ersten internationalen Veranstaltungen der Arbeitersportbewegung weitgehend unbeachtet. Dies änderte sich schlagartig, als die CSIT sich dazu durchrang, den Begriff „Olympiade“ zu übernehmen und mit eigenen Inhalten zu belegen.

Die erste Arbeiterolympiade 1925

Die Arbeiterolympiaden sollten keine bloßen Gegenveranstaltungen sein, sondern vielmehr die Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung demonstrieren. Sie folgten einem eigenen Rhythmus und liefen nach selbst festgelegten Prinzipien und Regeln ab; allerdings waren sie ebenso in Sommer- und Winterspiele aufgeteilt. Leistungssport und der in einigen Sparten wie etwa dem Boxen in den Anfängen begriffene Profisport wurden abgelehnt, stattdessen der Breitensport propagiert. So waren neben athletischen Wettkämpfen auch „allgemeine Freiübungen“ Teil der Arbeiterolympiaden, die einem breiten Publikum offenstanden.

Die ersten Sommerspiele wurden vom 24. bis 28. Juli 1925 im neugebauten Waldstadion in Frankfurt a.M. abgehalten, die Winterspiele in Schreiberhau im Riesengebirge (das heutige Szklarska Poreba in Polen). Besonders die Spiele in Frankfurt trugen einen deutlich politischen, klassenkämpferischen Charakter. Während der Spiele wurde Frankfurt kurzum zur „Kultur- und Revolutionsstadt“ erklärt, die Spiele selbst standen unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“. Am „Tag der Massen“, dem 27. Juli, beteiligten sich 100.000 Menschen an den Freiübungen, ein bis heute unerreichter Rekord für Olympische Spiele. Insgesamt sahen 450.000 ZuschauerInnen die Spiele im Waldstadion, an denen 3.000 Athleten aus zwölf Ländern teilnahmen.

9:0 für Nichtdeutschland

Die zweite Arbeiterolympiade fand vom 19. bis 26. Juli 1931 in Wien im neu gebauten Praterstadion statt. Die mit 4.000 DarstellerInnen aufwendig gestaltete Eröffnungsfeier zeigte die Geschichte der Arbeiterbewegung, die darin gipfelte, dass ein riesiger „Kapitalistenkopf“ zerstört wurde, woraufhin sich das ganze Stadion erhob und die Internationale sang. Wie schon in Frankfurt und Schreiberhau waren auch die Spiele in Wien frei von nationaler Symbolik. Es gab weder Fahnen noch nationale Embleme, es wurden auch keine Nationalhymnen gespielt. Genauso wenig nannte man die teilnehmenden Abordnungen „Nationalmannschaften“. Zu dieser Zeit war es allgemeiner Konsens in der Arbeiterbewegung, sich nicht mit der Nation, sondern der Klasse zu identifizieren. Das Kräftemessen von Nationalmannschaften, wie bei den bürgerlichen Olympiaden üblich, wurde hingegen als Kriegstreiberei verurteilt. Die Arbeiterolympiaden versuchten, die teilnehmenden Sportlerinnen und Sportler als Mitglieder einer gemeinsamen, weltumspannenden Bewegung zu zeigen.

Herausragender Spieler in Wien war ein gewisser Erwin Seeler, Vater des späteren HSV-Stars Uwe Seeler (siehe hierzu den Beitrag auf S. 14). Beim Finalspiel im Fußball zwischen der deutschen und der ungarischen Auswahl erzielte er sieben von neuen Treffern. Insgesamt nahmen an den Spielen in Wien 25.000 Sportler in 117 Disziplinen teil.



Zehn-Centavos-Briefmarke herausgegeben zur Olimpiada Popular

Volksolympiade 1936

Im Vorfeld der anstehenden (bürgerlichen) Olympischen Spiele in Berlin 1936 wurde in vielen Ländern hitzig über einen Boykott diskutiert. Nicht nur befürchteten viele – wie sich zeigen sollte, zu recht –, dass das nationalsozialistische Deutschland die Spiele für Propagandazwecke missbrauchen würde. Vor allem schien es mehr als fraglich, ob diese Spiele dem olympischen Anspruch gerecht werden könnten, alle teilnehmenden SportlerInnen ungeachtet ihrer Hautfarbe und Herkunft gleich zu behandeln. Auch eine freie Berichterstattung schien zweifelhaft. Viele Staaten, allen voran die USA, zeigten sich besorgt und erwogen alternative Möglichkeiten.

Die eigenständige Arbeitersportbewegung war indessen im Niedergang begriffen. Zum einen waren zunehmend talentierte Sportler in den bezahlten Leistungssport übergewechselt (im Boxen gab es bereits ein Profisystem, in anderen Sparten, wie dem Fußball, wurden Spieler indirekt vergütet), so dass sich allmählich eine allgemeine Sportkultur zu entwickeln begann, zum anderen waren die Arbeitersportverbände in Deutschland, Italien und Österreich durch die jeweiligen Diktaturen zerschlagen worden. Vor allem die Auflösung des mitgliederstarken und einflussreichen ATSB schwächte die Bewegung sehr.

Unter dem Vorzeichen der links-bürgerlichen Volksfrontregierungen in Spanien und Frankreich reifte schließlich die Idee einer alternativen Olympiade in Barcelona, die von der CSIT unterstützt wurde; Barcelona deshalb, weil es 1931 bei der Wahl des Internationalen Olympischen Komitees für den Austragungsort der Sommerspiele 1936 Berlin erst in der Stichwahl unterlegen war. Wenn nun das mittlerweile nationalsozialistisch regierte Deutschland als Veranstalter untragbar wurde, wäre Barcelona Austragungsort der Wahl, so die Schlussfolgerung. Die Spanische Republik erklärte folglich auch als erster Staat, nicht an den Spielen in Berlin teilzunehmen und lud die Welt zur „Volksolympiade“ (wohl in Anlehnung an „Volksfront“) vom 22. bis 29. Juli 1936 in Barcelona. Hier hätten auch echte Nationalmannschaften teilnehmen sollen. Streng genommen wäre Barcelona demnach keine Arbeiterolympiade gewesen, sondern nur der alternative Austragungsort der bürgerlichen Olympiade zum boykottierten Berlin. Dank der Unterstützung aus dem Arbeitersport wäre diese jedoch in gewisser Weise eine Verschmelzung beider Olympiaden geworden. Doch dazu kam es nicht: Nachdem sich das NOK der USA am 8. Dezember 1935 mit einer knappen Mehrheit von 58:56 Stimmen für eine Teilnahme in Berlin entschieden hatte, zerschlug sich die Hoffnung auf einen internationalen Boykott, der Barcelona als eigentlichen Austragungsort hätte erscheinen lassen. Aller aufwendigen Werbung für Barcelona zum Trotz folgten die meisten NOK dem US-amerikanischen Vorbild und meldeten für Berlin. Somit blieb Barcelona nur die Rolle als Gegenolympiade.

Aus dem Stadion in die Revolution

Obwohl sich die meisten Länder für Berlin und gegen Barcelona ausgesprochen hatten, war die Begeisterung in Spanien für die Spiele im eigenen Land immens. Die Spiele wurden schließlich um drei Tage vorverlegt, so dass die Spiele in Barcelona sechs Tage vor Beginn der Spiele in Berlin geendet hätten. Die offizielle Begründung lautete, man wolle so der allgemeinen Begeisterung und Ungeduld entgegenkommen. Der Gedanke, dass SportlerInnen, die schon für Berlin gemeldet waren, auf diese Weise es in Erwägung zögen, an beiden Olympiaden teilzunehmen, mag dabei vielleicht auch eine Rolle gespielt haben.

Bei den teilnehmenden Mannschaften handelte es sich zwar nicht um die offiziellen Nationalmannschaften, doch hatten insgesamt 6.000 SportlerInnen aus 22 Ländern ihre Teilnahme angekündigt. Darunter waren auch etliche namhafte Athleten, die sicher auch in Berlin Medaillenchancen gehabt hätten. In den USA, Großbritannien und Frankreich riefen Arbeitersportverbände und Gewerkschaften ihre SportlerInnen auf, statt in Berlin in Barcelona teilzunehmen, den Beschlüssen ihrer jeweiligen NOK zum Trotz, und nicht wenige folgten dem Ruf. Es gelang sogar, jeweils eine deutsche und italienische Auswahl zusammenzustellen. Zum Teil handelte es sich um SportlerInnen im Exil, es gab aber auch solche, die ganz bewusst inkaufnahmen, ihr Heimatland nicht mehr wiedersehen zu können bzw. nach der Rückkehr aus Barcelona in größte Schwierigkeiten zu geraten. Einer ganzen Reihe von deutschen bzw. italienischen AthletInnen wurde die Ausreise verwehrt; andere landeten später in Haft, oder im KZ.

Die Eröffnungsfeier am 19. Juli 1936 in Barcelona bedeutete gleichzeitig das Ende der Spiele. Denn just an diesem Tag putschte das Militär, der Spanische Bürgerkrieg brach aus, und das von der anarchosyndikalistischen CNT dominierte Barcelona wurde von revolutionärem Enthusiasmus ergriffen. Die Spiele konnten unter diesen Umständen nicht mehr ausgetragen werden. Die meisten SportlerInnen reisten ab. Etwa 200 jedoch, vor allem aus Italien und Deutschland, schlossen sich der revolutionären Bewegung an und kämpften in den antifaschistischen Milizen, die innerhalb der folgenden Tage gebildet wurden.

Eine Ersatzveranstaltung für die ausgefallene Volksolympiade fand schließlich 1937 in Antwerpen statt, dieses Mal wieder als „Arbeiterolympiade“. Sie sollte die letzte bleiben.

Matthias Seiffert

Ein Trikot für den Scab

Streiks, Aussperrungen, verschleppte Verhandlungen – auch im internationalen Profisportwerden Arbeitskämpfe geführt

Selbst der höchstbezahlte Profifußballer ist immer noch abhängig beschäftigt und hat so seine Probleme mit den Arbeitsbedingungen. Die Ziele von Spielergewerkschaften, wie etwa der VDV in Deutschland (siehe S. 3), sind allerdings etwas anders gelagert als die von klassischen Gewerkschaften. Während Fortschritte wie Zahlungsverpflichtungen für Urlaubsgeld und die Berücksichtigung von Prämien im Krankheitsfall eher unspektakulär am Verhandlungstisch erreicht wurden, schaffte es insbes. das Bosman-Urteil von 1995, auch außerhalb der Sportressorts Schlagzeilen zu machen (siehe S. 1).

Ein echter Arbeitskampf mit dem klassischen Mittel des Streiks steht jedoch in den meisten europäischen Ländern noch aus. In Spanien wurde im April 2010 ein angedrohter dreitägiger Ausstand in der Primera División abgewendet – dabei ging es um die Zahlung ausstehender Gehälter. In Italien drohte man im Dezember 2010 damit, einen Spieltag der Serie A zu bestreiken, weil die Liga in den neuen Kollektivvertrag zwei Klauseln aufnehmen wollte: Erstens sollten Spieler ohne Einspruchsrecht transferiert werden können, wenn sie beim neuen Verein keine finanziellen Einbußen in Kauf nehmen müssten und mindestens vergleichbare Aussicht auf Erfolg haben würden. Zweitens sollte das Training von Stammspielern und Ergänzungsspielern getrennt werden. Die Liga lenkte auch hier rechtzeitig ein.

Und doch ist der letzte Fußballstreik in Europa nicht lange her: Im Mai 2011 wurde in der ersten norwegischen Liga der 9. Spieltag nicht angepfiffen – die Profis kämpften u.a. um einen besseren Kündigungsschutz und das Recht auf freie Schuhwahl. Dass der Kicker-Ausstand international kaum wahrgenommen wurde, hatte keinen Einfluss auf den Erfolg des Streiks: Nach dem ausgefallenen Spieltag kam es zu einer schnellen Einigung.

Konterspiel im Arbeitskampf

Ganz anders sieht es in den USA aus, wo die vier professionellen Sportligen mit ihren Clubs als regelrechte Wirtschaftsunternehmen operieren und die Spieler seit den 1950er Jahren in Gewerkschaften organisiert sind. Kam es in den 1970er oder 80er Jahren zu einem Arbeitskampf, handelte es sich fast immer um einen Streik, später wurden die Spieler zumeist ausgesperrt. Denn durch eine Gesetzesänderung können Arbeitgeber seit geraumer Zeit sehr einfach Streikbrecher (scabs) einstellen – solange es sich nicht um einen Streik wegen „unfairer Arbeitspraktiken" handelt. Unter dieses Stichwort fällt zwar auch die Weigerung eines Arbeitgebers, mit der zuständigen Gewerkschaft zu verhandeln, aber um dies zu umgehen, genügt es ja schon, an Verhandlungen teilzunehmen und nur kleine Zugeständnisse anzubieten.

Aus diesem Grund sind viele US-Gewerkschaften dazu übergegangen, sich nicht zu einem Streik provozieren zu lassen und stattdessen sog. Slowdowns, eine „weiche" Form des Streiks, einzusetzen: Die Beschäftigten machen nur das, wozu sie verpflichtet sind („Dienst nach Vorschrift"), Überstunden werden verweigert und die Produktivität wird durch besonders intensive Befolgung etwa von Sicherheitsbestimmungen gesenkt. Die Gewerkschaften versuchen so, dem Arbeitgeber eine Reaktion zu entlocken: im Idealfall eine ernsthafte Verhandlungsaufnahme – oder aber eine Aussperrung. Denn wenn die Beschäftigten ausgesperrt sind, besteht für sie Arbeitsplatzsicherheit und sie können die sozialen Leistungen für Arbeitslose in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund versucht jede Seite, die Gegenseite dazu zu bringen, als erste zu handeln.

Im American Football, der Sportart mit den größten Einschaltquoten in den USA, gab es den ersten Streik im Jahr 1982. Er dauerte 57 Tage und hatte zur Folge, dass die Saison von 16 auf neun Spiele pro Team zusammengestrichen werden musste. Zudem wurde der Superbowl Champion durch ein geändertes Playoff-System ermittelt. Die Spielergewerkschaft NFLPA erstritt damit eine Erhöhung des Spieleranteils an den Einnahmen der Clubs.

Sechs Jahre Nachspielzeit

War der Streik von 1982 noch erfolgreich, kehrten sich 1987 die Vorzeichen um. Der Streik wirkte auf Gewerkschaftsseite völlig ungeplant. So wurde es versäumt, eine Streikkasse einzurichten. Viele Spieler streikten zwar, doch die Liga ließ die Spiele einfach mit einigen Streikbrechern und billigen, neu verpflichteten Ersatzspielern austragen. Trotz des vier Wochen andauernden Streiks fiel so nur ein einziger Spieltag aus. Die Fernsehsender übertrugen diese Spiele und versuchten alles, um den Eindruck zu erwecken, die Qualität des Spiels hätte dadurch nicht sehr gelitten. Letztlich musste die Gewerkschaft einlenken und der Streik wurde beendet. Zugleich legte die NFLPA ihren Gewerkschaftsstatus ab. Denn aufgrund einer Besonderheit im US-Recht sind kartellrechtliche Klagen einzelner Spieler zulässig, wenn keine Gewerkschaft für sie existiert. Es sollte bis 1993 dauern, bis die kartellrechtlichen Klagen so weit fortgeschritten waren, dass man sich wieder an den Verhandlungstisch setzte. Es wurde ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen, der u.a. Spielern bedingt die Möglichkeit bot, bei abgelaufenen Verträgen zu einem anderen Team zu wechseln.

Nach diesem Streik mit seinen sechs Jahren andauernden Klagen fühlte man sich auf beiden Seiten als Verlierer. Und so sollte es bis ins Jahr 2011 dauern, dass wieder ein Arbeitskampf entbrannte. Dieses Mal legte die NFLPA gleich zu Beginn den Status einer Gewerkschaft ab, was die Liga mit einer Aussperrung beantwortete. Zur Zeit laufen verschiedene Klagen gegeneinander, der Ausgang ist noch ungewiss.

Für einen europäischen Fan, bei dem schon die Drohung genügt, einen einzigen Spieltag zu bestreiken, damit er sich große Sorgen um seine Lieblingssportart macht, mag das schon drastisch klingen. Doch im Eishockey, in der NHL, fiel 2004/2005 sogar die komplette Saison einem Spielerausschluss zum Opfer. Und in der NBA, der Basketball-Liga schlechthin, gab es 1998/1999 eine Aussperrung, die zu einer Saisonverkürzung auf 50 Spieltage führte. Die Popularität der Liga nahm dadurch deutlich ab, die Zuschauerzahlen sanken dauerhaft um einige Prozentpunkte. Trotzdem wird schon jetzt befürchtet, dass es zur nächsten Saison erneut zu einem Streik oder einer Aussperrung kommen wird – die Verhandlungen über einen neuen Kollektivvertrag stehen an.

Boris Mayer & Elke Wittich



Streiks im American Football taugen auch als Stoff für Hollywood. Die Guten sind hier allerdings die Streikbrecher.

Die Welle brechen

Kleiner Überblick zur aktuellen Aufstandsbekämpfung in der arabischen Welt

Blackwater-Gründer Erik Prince baue eine Söldnerarmee für die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) auf, meldete Mitte Mai die *New York Times* und sorgte damit auch in Deutschland für ein kurzes Rauschen im Blätterwald. Die Aufregung ist verständlich angesichts der blutigen Geschichte des Militärunternehmens Blackwater (u.a. Massaker an unbewaffneten ZivilistInnen im Irak) und der Nähe von Prince zur christlichen Rechten in den USA. Bisher ist folgendes bekannt: Die rund 800 Söldner werden derzeit in Abu Dhabi für die Niederschlagung von Unruhen und Aufständen, insbes. seitens der zahlreichen „Gastarbeiter" aus Pakistan und Südostasien, trainiert. Die Machthaber in den Emiraten sehen in den MigrantInnen, die schlecht bezahlt und ohne bürgerliche Rechte sind, eine große Gefahrenquelle. Es wird spekuliert, ob die Aufstellung dieser Truppe auch im Zusammenhang mit Konflikten zwischen den Emiraten und dem Iran stehe.

Allerdings ist es nötig, die Entwicklungen in den VAE ein wenig zu relativieren. So sind diese Söldner bisher nicht zum Einsatz gekommen, und bereits heute besteht die staatliche Armee in den Emiraten z.T. aus ausländischen Soldaten, nicht zuletzt aus Pakistan. Die Offiziere werden in Großbritannien und den USA ausgebildet. Es handelt es sich also weniger um ein völlig neues Phänomen, sondern vielmehr um eine Ausweitung der bisherigen Praxis in den VAE.

Ebenso ist nicht zu erwarten, dass andere arabische Staaten ab jetzt verstärkt auf westliche Söldnerarmeen setzen werden – nicht zuletzt weil etwa der Einsatz von US-Söldnern gegen die eigene Bevölkerung dem jeweiligen arabischen Regime jegliche Legitimation rauben würde. Bisher setzen die Regimes im Nahen Osten und Nordafrika bei der Aufstandsbekämpfung und Niederschlagung von Unruhen mehrheitlich auf „einheimische" Repressionsorgane.

Je nach Stärke und Ausprägung der Opposition werden unterschiedliche Apparate eingesetzt. Zunächst sind es die bekannten Akteure und Maßnahmen: Geheimdienste und Polizei halten Ausschau nach Oppositionsgruppen, die dann observiert und möglichst früh zerschlagen werden sollen. Wenn diese Maßnahmen nicht greifen und eine (bewaffnete) Opposition sich etablieren kann, werden staatliche Armeeverbände und paramilitärische Konterguerilla-Truppen eingesetzt, wie es schon im Algerischen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren geschah. Dabei werden nicht selten von staatlichen Akteuren Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübt, die dann der Opposition untergeschoben werden. Auch offene Aufstände in Städten werden mit militärischen Mitteln niedergeschlagen: So wurde 1982 die syrische Stadt Hama nach einer Rebellion der islamistischen Muslimbruderschaft von den Spezialkräften der syrischen Armee eingekesselt und zurückerobert. Bei den Kämpfen wurden 20.000 bis 30.000 Menschen getötet. Auch bei der gegenwärtigen Niederschlagung der Unruhen in Syrien werden wieder Spezialkräfte eingesetzt.

Solche Spezialkräfte bilden den loyalsten Teil der staatlichen Repressionsorgane. Sie dienen, neben der Bekämpfung der Opposition, auch dazu, das Regime gegen Putschversuche aus der Armee selbst zu schützen. Beispielhaft dafür sind die Republikanischen Garden in Syrien und Ägypten, die als einzige größere Militäreinheiten in den jeweiligen Hauptstädten positioniert sind.

Auch bei den gegenwärtigen Revolten in der arabischen Welt greifen die Regime auf „einheimische" Repressionsorgane zurück. Aufstandsbekämpfung durch ausländische Truppen, seien es Söldner oder reguläre Soldaten, ist in relevantem Umfang nur in zwei Fällen zu beobachten: So wird seitens der Rebellen und einiger politische Beobachter dem libyschen Regime vorgeworfen, Söldner aus anderen afrikanischen Staaten einzusetzen, um die Proteste niederzuschießen. Besser dokumentiert ist der zweite Fall: Nach Massenprotesten rief die Regierung in Bahrain Mitte März den Ausnahmezustand aus und bat Saudi Arabien und die VAE um militärische Unterstützung. Die beiden Golfstaaten schickten 2.000 Soldaten und Polizisten, wobei jedoch unklar ist, ob diese sich an der Niederschlagung der Proteste beteiligten oder lediglich zum Schutz der Erdölanlagen eingesetzt wurden.

Bisher sind staatliche Akteure führend im blutigen Geschäft der Aufstandsbekämpfung. Dies wird wohl, jenseits spektakulärer Fälle, auch in den nächsten Jahren so bleiben. Für die Revoltierenden dürfte es ohnehin wenig ausmachen, ob ein „einheimischer" Soldat oder ein ausländischer Söldner den Knüppel schwingt oder den Abzug betätigt.

Ismail Küpeli

Schlaglichter aus Griechenland

Nach einem Jahr kapitalistischer Schocktherapie zerfällt die griech. Gesellschaft zunehmend in sich bekämpfende Gruppen. Längst ist klar, dass ein teilweiser Schuldenerlass oder eine Umschuldung unumgänglich ist. Während allein auf schweiz. Konten ca. 600 Mrd. Euro der griech. Oligarchie gehortet werden, kann der Staat seine Schulden von 350 Mrd. nicht abbezahlen.
Bevor es zur Umschuldung kommt, wollen multinationale Konzerne (wie Siemens, Telekom, Deutsche Bank) sich den Rest gesellschaftlichen Reichtums unter den Nagel reißen. Häfen, Flughäfen, Strom- und Wasserwerke, Telefongesellschaft und Banken sollen privatisiert werden. Der Widerstand breiter Teile der Bevölkerung geht weiter: **10.5.** Hetzjagden auf MigrantInnen von FaschistInnen unter Augen der Polizei in Athen. AnarchistInnen verteidigen sich gegen Nazis und MAT-Polizisten, die die besetzten Häuser angreifen, in die MigrantInnen flüchten konnten | **11.5.** Generalstreik. MAT-Einheiten greifen Demoblock der AnarchistInnen und Basisgewerkschaften an. Über 100 Verletzte. Giánnis Kafkás (30) wird nur durch Notoperation gerettet. Ärztegewerkschaft EINAP spricht von „Mordversuch". Die Troika (EU, EZB, IWF) fordert „Regierung der nationalen Einheit" aus konservativer Nea Dimokratía & Pasok. Anders seien keine weiteren Maßnahmen gegen die Bevölkerung durchsetzbar | **12.5.** AnarchistInnen greifen Polizeiwache in Exárchia an | **25.5.** Überall werden zentrale Plätze besetzt. Partei- und Nationalfahnen sind unerwünscht. Ab jetzt demonstrieren und diskutieren täglich Hunderttausende auf den Plätzen im Land. Forderungen: Absetzung aller PolitikerInnen, Vertreibung der Troika, sofortiger Stopp aller Schuldenzahlungen, Selbstbestimmung, direkte Demokratie... **7.6.** Parastaatlicher Brandanschlag auf Wagen des Anarchisten Vangélis Stathópoulos | **9.6.** Am Hafen von Igoumenítsa macht Polizei Jagd auf Flüchtlinge, zerstört ihre provisorischen Behausungen | **15.6.** Erneuter Generalstreik. Versuch einer Parlamentsblockade. 10-stündige Straßenschlachten mit Polizei rund um den Syntagma-Platz. Dieser bleibt besetzt | **16.6.** Zwei weitere Pasok-Abgeordnete legen Mandat nieder. Papandréous Mehrheit bröckelt. Versucht, durch Regierungsumbildung Zeit zu gewinnen. Der größte parteiinterne Konkurrent, Evángelos Venizélos, wird Wirtschaftsminister | **17.6.** MAT-Einheiten stürmen das besetzte Haus Orfanotrofío in Thessaloníki. Nach mehrstündiger Razzia ziehen sie ab | **20.6.** Streikbeginn beim staatlichen Stromkonzern DEI gegen geplante Privatisierung | **28./29.6.** 48-stündiger Generalstreik, während das „mittelfristige" Sparprogramm im Parlament diskutiert wird | ... Sturz der Regierung?

Ralf Dreis

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: WanderarbeiterInnen rebellieren in Zengcheng

An einem Wochenende Mitte Juni kam es in Zengcheng, einer Stadt im Industriegürtel der südchinesischen Provinz Guangdong, zu einem regelrechten Aufstand von wütenden WanderarbeiterInnen. Anlass und Ausgangspunkt war ein Übergriff von Wachleuten auf eine schwangere Straßenverkäuferin im nahe gelegenen Dorf Dadun. Von dort schwappten die Proteste auf die Verwaltungsmetropole Zengcheng über. ArbeiterInnen setzten mehrere Regierungsgebäude in Brand und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Erst als die Regierung in großem Umfang Aufstandsbekämpfungseinheiten in die Stadt verlegte, beruhigte sich die Situation wieder.

Nur einige Wochen vor den Unruhen in Zengcheng war es bereits in Chaozhou zum Aufstand von hunderten WanderarbeiterInnen gekommen, die ihren Lohn in einer Keramikfabrik einforderten. Auch dort wurden nach Protesten Regierungsgebäude in Brand gesteckt und Polizeifahrzeuge angezündet. Der Versuch der chinesischen Regierung, die Verbreitung der Nachrichten über Streiks und Aufstände durch Zensur zu verhindern, erweist sich dabei als immer wirkungsloser. Durch die zunehmende Verbreitung von Smartphones gelingt es den ArbeiterInnen immer häufiger, sich gegenseitig über ihre Aktionen zu informieren und Bilder und Videoclips von Protesten zu verbreiten.

UK: Erfolgreicher wilder Streik bei der Royal Mail

In der ersten Juni-Woche konnte die Belegschaft eines Verteilzentrums der Royal Mail in London mit einem wilden Streik die Wiedereinstellung eines gefeuerten Kollegen durchsetzen. Rund 90 KollegInnen des Verteilzentrums N1 traten in einen spontanen Streik, nachdem einem langjährigen Beschäftigten wegen angeblicher „mutwilliger Zurückhaltung von Post" gekündigt worden war. Es dauerte keine drei Stunden, da erschien einer der Vorgesetzten und verkündete, der Kollege sei mit sofortiger Wirkung wieder eingestellt. Die Auseinandersetzung fand vor dem Hintergrund eines regulären Streiks bei einer Tochterfirma der Royal Mail in mehreren Postzentren überall im Lande statt. Dabei haben sich nach Aussagen der Gewerkschaft CWU auch unorganisierte KollegInnen in allen beteiligten Orten geweigert, als Streikbrecher aufzutreten. Aufgrund der geplanten Filialschließungen bei der Royal Mail sind für die nächsten Wochen weitere Streiks angekündigt.

Indien: Wieder Streik im Gurgaon-Industriegürtel

In den ersten Juni-Tagen begann ein Streik in einem Werk des Automobilherstellers Suzuki im indischen Manesar. Mehr als 2.000 ArbeiterInnen waren in den Ausstand getreten, weil die Konzernleitung die Anerkennung ihrer neuen Gewerkschaft, der „Maruti Suzuki Employees Union" (MSEU) verweigert hatte. Nach sechs Streiktagen zogen auch mehr als 1.000 ArbeiterInnen anderer Firmen zum Werkstor, um ihre streikenden KollegInnen zu unterstützen. Gleichzeitig wurde ein Unterstützungskomitee aus weiteren ArbeiterInnen-Organisationen des Gurgaon-Industriegürtels gegründet. In diesem Komitee sind u.a. Gewerkschaftsdelegierte der Werke von Hero Honda, Honda Motorcycle and Scooter India (HMSI) und Rico Auto vertreten. Die UnterstützerInnen kündigten an, den Streik auf andere Firmen des Industriegürtels auszudehnen, wenn die Forderung der ArbeiterInnen bei Suzuki nach Anerkennung ihrer Gewerkschaft nicht erfüllt werden sollte.

Irak: Öl-Arbeiter streiken

Anfang Mai demonstrierten mehr als 300 Öl-Arbeiter vor dem Hauptquartier der staatlichen Ölgesellschaft des Irak, der „Southern Oil Company". Zuvor waren die Belegschaften von Ölfeldern in Basra, Nord- und Süd-Rumalia, Albirjisya, Qurna und Majnoon in einen wilden Streik getreten. Der Streik wendete sich gegen die grassierende Korruption, außerdem forderten die Arbeiter eine Erhöhung der Löhne und eine Angleichung ihrer Arbeitsbedingungen an diejenigen der Belegschaften bei den ausländischen Ölgesellschaften im Irak. Die Demonstration in Basra wurde von Security-Kräften und anderen Schlägern des Managements angegriffen, ein Gewerkschafter für mehrere Stunden inhaftiert. Die Ölarbeiter kündigten an, erneut in den Streik zu treten, sollten ihre Forderungen nicht bald akzeptiert werden.

Brüssel: Streik am Flughafen

Die Ankündigung, dass zum Jahresende die Firma Swissport das Groundhandling am Brüsseler Flughafen von Aviapartner übernehmen werde, beantworteten Anfang Juni die Beschäftigten der Gepäckabfertigung mit einem wilden Streik. Als sich der Ausstand ausbreitete und sich auch die ArbeiterInnen anschlossen, die für die Beladung der Flugzeuge zuständig sind, mussten reihenweise Flüge gestrichen werden.

Hintergrund des Streiks ist die berechtigte Befürchtung, dass durch einen Wechsel der Servicefirma weitere ArbeiterInnen ihre Jobs verlieren oder Verschlechterungen hinnehmen müssen. Das Fachjournal *Travel News* weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Streikbereitschaft an den Flughäfen deutlich zugenommen habe. Sie versucht dies damit zu erklären, dass viele Beschäftigte sauer darüber sind, in den letzten Jahren Lohneinbußen bei gleichzeitiger Ausdehnung der Arbeitszeit und zunehmender Arbeitsverdichtung hinnehmen haben zu müssen.

Strahlender Kapitalismus

Profite der Atomindustrie basieren auch auf der Ausbeutung von Leiharbeit | Teil I

Nach der atomaren Havarie in Fukushima gibt es nun ein stärkeres Bewusstsein für die Gefahren der Atomenergie. Während Beschäftigte im Auftrag der Betreiberfirma Tepco versuchen, die schmelzenden Brennstäbe notdürftig zu kühlen, kamen in einigen Berichten auch deren Arbeitsbedingungen zur Sprache. „Das Arbeitsumfeld ist sehr hart", wurde Ende März Kazuma Yokata von der Atomsicherheitsbehörde Nisa in der japanischen Presse zitiert. Er berichtete über eine zweite Katastrophe im AKW: Den GAU beim Arbeitsschutz für die etwa 450 Beschäftigten von Tepco und seinen Subunternehmen. Diese schlafen in einem Nebengebäude der Reaktorblöcke, notdürftig mit bleihaltigen Matten vor der Strahlung abgeschirmt. Das Essen besteht aus etwas Reis, Dosenfleisch und Keksen, selbst das Trinkwasser ist knapp. Yokata berichtete von anstrengenden Arbeitstagen, von 6 bis 20 Uhr. Nach einer durchgearbeiteten Woche würden die Arbeiter ausgewechselt.

Von der Straße ins Kraftwerk

Berichtet wird auch, dass sich Arbeiter Sorgen wegen der hohen Strahlenbelastung machen. Immer wieder gibt es Kontaminierungen durch radioaktiv verseuchtes Wasser, das nahezu überall in den Reaktoren steht. „Es gibt nur sehr wenige Arbeitskräfte mit entsprechender Erfahrung", erklärte ein Mitarbeiter des Kraftwerksbauers Hitachi der Presse. Diese schreibt, Zeitarbeiter würden für einen Arbeitstag in Fukushima max. 20.000 Yen (ca. 174 Euro) erhalten. Interesse an der gefährlichen Arbeit haben viele – v.a. aus der Umgebung –, die durch den Tsunami ihre Wohnung, aber auch ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Mitte Mai kollabierte ein Leiharbeiter im Reaktor. Tepco behauptete dreist, die Todesursache sei „unbekannt". Er hätte auch erst einen Tag im AKW gearbeitet, Radioaktivität sei an ihm nicht festgestellt worden. Woanders in der Presse war dagegen zu lesen, es würde nicht auf die Vorschriften zur Arbeitssicherheit geachtet. „Sowohl Tepco als auch unser Unternehmen scheinen zu denken, dass es nur natürlich ist, wenn wir radioaktiv verstrahlt werden", wird ein Leiharbeiter zitiert.

Das ist nicht erst seit der Havarie so. Der Einsatz von Leiharbeitern im hochverstrahlten Bereich von AKWs gehört für Japans Atomindustrie schon länger zum profitablen Geschäft. Für die Reinigung der Atomanlagen stellt sie etwa Obdachlose und andere soziaI Marginalisierte ein. Bereits im Jahr 2003 schrieb David Jiménez darüber in der spanischen Zeitung El Mundo: „Matsushita schlief gerade in den vier Kartons, die in einem Park in Tokio sein Zuhause geworden waren, als sich zwei Männer näherten, um ihm einen Job in Fukushima anzubieten. Keine besonderen Fähigkeiten wären erforderlich, sie würden ihm das Doppelte von seinem letzten Job als Hilfsarbeiter zahlen, und er wäre in 48 Stunden wieder zurück." Matsushita wurde so Reinigungsarbeiter im Reaktor 1. „Wenn wir die Arbeit nicht rechtzeitig beendeten, würden sie uns nichts zahlen", so Matsushita.

Unterwürfige Gewerkschaften

Seit nun 30 Jahren ist die Anwerbung von Armen zur Ausführung der risikoreichsten Arbeiten Routine. Zwischen 700 und 1.000 Obdachlose sind daran gestorben und weitere 1.000 in dieser Zeit an Krebs erkrankt. Das ergaben Untersuchungen Yuko Fujitas, Physikprofessor an der renommierten Universität Keio. Kenji Higuchi, ein japanischer Reporter, dokumentierte das Drama der verstrahlten japanischen Bettler: „Im Lauf von mehr als 30 Jahren hat Kenji Higuchi Dutzende von Opfern der Arbeit in Atomkraftwerken interviewt, ihre Erkrankungen dokumentiert und gesehen, wie viele von ihnen geschwächt in ihren Betten dahinsiechten", schreibt Jiménez. Insgesamt arbeiten über 70.000 Menschen in 17 AKWs mit 52 Reaktoren. Neben einer Kernbelegschaft aus TechnikerInnen und IngenieurInnen bestehen die Belegschaften zu über 80% aus ArbeiterInnen ohne Ausbildung, meist rechtlosen und ungeschützten Zeitarbeitern. „Sie werden für die risikoreichsten Aufgaben eingesetzt", so Jiménez, „angefangen bei der Reinigung von Reaktoren bis hin zur Dekontamination im Falle von Lecks, oder Reparaturarbeiten an Orten, an die sich ein Ingenieur niemals wagen würde".

Die Gewerkschaftsföderation Rengo, die sich offiziell für den Bau der Nuklearfabriken eingesetzt hatte, erklärte angesichts der Katastrophe in Fukushima: „Wir zeigen Respekt und Dankbarkeit für die schnelle und passende Antwort der Regierung". Und weiter: „Wir sind bereit, uns bei Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen einzubringen, um die nationale Krise zu bestehen". Denryoku-soren, die Konföderation der Gewerkschaften in der Elektrizitätsindustrie, möchte wiederum eine Zusammenarbeit mit Tepco bei Stromunterbrechungen. „Sie unterwirft sich dem Kapital", urteilt darüber Doro Chiba, eine oppositionelle Eisenbahnergewerkschaft: „die gehorsamen, systemfreundlichen Arbeiterführer haben keine Absicht, die Ursache der gegenwärtigen Katastrophe herauszustellen oder die dafür verantwortliche herrschende Macht zu verurteilen."



Die Bild entrüstet sich über den Einsatz von „Wegwerf-Arbeitern". Ob sie die Ausbeutung von Leiharbeitern in europ. AKW ebenso bestürzend findet?

Japan ist nur ein Beispiel dafür, wie die Atomindustrie für ihre Profite Sicherheitsvorschriften missachtet und Risiken auf nahezu rechtlose und ungeschützte Leiharbeitskräfte abwälzt. Ähnliche Zustände sind auch in der europäischen Atomindustrie festzustellen. Eine Antiatombewegung, die konsequent sein will, darf die Arbeitsbedingungen in der Atomindustrie nicht länger unbeachtet lassen.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage)

Teil II über die Arbeitsbedingungen in europäischen AKWs in der nächsten Ausgabe.

Der imaginierte Fisch

Unter den erstarkenden Rechtsbewegungen in der EU nimmt Ungarn eine Vorreiterrolle ein

Es ist eine Erkenntnis der Faschismusforschung, dass Krisen nicht nur revolutionäre, sondern auch reaktionäre Potenziale mobilisieren können, dass dort, wo die gesellschaftlichen Verhältnisse instabil werden, nationalistische und autoritäre Lösungskonzepte begünstigt werden. Sicher wäre es übertrieben zu behaupten, dass sich Geschichte wiederhole, doch Ähnlichkeiten mit Europas Entwicklung im frühen 20. Jahrhundert sind nicht zu übersehen. Vielerorts ist ein Auftrieb „rechtspopulistischer" Bewegungen bis zu hin zu offen faschistischen zu erkennen. Das muss nicht unbedingt ein allgemeiner „Rechtsruck", es kann auch Ausdruck einer Polarisierung sein. In Frankreich etwa geht mit dem Erstarken des FN auch die Zunahme progressiver Kräfte einher.

Es ist eine ebenso zentrale Erkenntnis, dass Nationalismus und Autoritarismus häufig dort gedeihen, wo der innere soziale Konflikt – zwischen widersprüchlichen Interessengruppen – ausbleibt und seine Dynamik in äußere Feindbilder kanalisiert wird. Dies kann man etwa in Ungarn beobachten. Obwohl von massiven sozialen Widersprüchen geplagt, sieht das Land keine Welle sozialer Kämpfe, sondern umso mehr eine reaktionäre Machtentfaltung. Diesen Trend als „rechtspopulistisch" zu bezeichnen, wäre verharmlosend; er ist – in Form und Inhalt – offen faschistisch.

In der Tat hat sich Ungarn zum Vorreiter des reaktionären Rucks in Europa gemausert. Nicht nur verfügt die von der nationalkonservativen Fidesz geführte Regierung über eine 2/3-Mehrheit und macht davon ungeniert für antidemokratische Verfassungsänderungen Gebrauch. Auch die extrem rechte Jobbik, die auf satte 12% der Sitze kommt, ist inzwischen eine Macht, insbes. auf der Straße. Zusammen dominieren sie das politische Klima, dabei gibt es nicht wenige, die in der Jobbik die eigentlich treibende Kraft sehen. Und die hat es in sich: In ihrer Programmatik finden sich Forderungen nach einem Großungarn ebenso wie nach Abrechnung mit Minderheiten und politischen Gegnern, sie trieft dabei von Militarismus, Antiziganismus, Antisemitismus und Homophobie. Zudem betreibt sie einen paramilitärischen Arm, die (Neue) Ungarische Garde, die mit Attacken auf Sinti und Roma an pogromartigen Zuständen arbeitet.

Während die Atmosphäre im Land geprägt wird durch die allgegenwärtige fischförmige Silhouette eines imaginierten Großungarn, durch schwarzuniformierte „Pfeilkreuzler" und das „Magyarentum" beschwörende Abendgesänge, scheint die Linke gänzlich abgemeldet: Die SozialistInnen sind im Parlament an den Rand gedrängt, und auch von alternativen, geschweige libertären Bewegungen ist kaum eine Spur. Zwar gab es zuletzt Gewerkschaftsproteste – etwa gegen den Euro-Plus-Pakt und das Sparpaket –, aber auch hier nahmen viele rechte Bürgerwehren teil. Die Organisatoren distanzierten sich nicht nur nicht von ihnen, sondern hießen sie sogar willkommen.

International zieht die Faschisierung Ungarns relativ wenig Aufmerksamkeit auf sich. Womöglich wollen Politik und Medien gewissen Erklärungsnöten ausweichen. Denn während die EU inbrünstig versucht, etwa die griechische Bevölkerung zu knebeln, wird in Ungarn die Demokratie stückweise aufgehoben und Jagd auf Minderheiten gemacht. Wurde Österreich noch 1999 für die FPÖ-Regierungsbeteiligung mit Sanktionen beladen, erfahren die faschistischen Tendenzen in Ungarn (z.B. Aufhebung der Pressefreiheit und Tolerierung pogromartiger Gewalt) nur zaghafte Kritik.

Dabei nimmt Ungarn nicht zum ersten Mal eine reaktionäre Vorreiterrolle ein. Bereits 1920 konnte sich dort mit dem Horthy-Regime ein protofaschistisches System etablieren, noch bevor Italien oder Deutschland ähnliche Wege einschlugen. Auch damals zeigte sich niemand gewillt zu handeln – außer der Gewerkschaftsbewegung: Der Internationale Gewerkschaftsbund, kurze Zeit unter Vorsitz des Syndikalisten Edo Fimmen, führte eigenständig einen Boykott gegen das Regime durch. Dass die heutige Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat für so einen ehrenhaften Einsatz hat, muss jedoch bezweifelt werden.

Leon Bauer

Spanische Revolution?

In Spanien hat sich eine neue Protestbewegung gebildet. Die Erwartungen an sie sind (zu) hoch.

Was zunächst nur ein Protest gegen die Finanzkrise in Spanien zu sein schien, hat sich kurzerhand in eine ungewöhnlich breite Bewegung verwandelt. Analog zu den öffentlichen Vollversammlungen, mit denen sich die Bevölkerung Griechenlands die Straßen aneignet (siehe Randspalte S. 9), sind auch in Spanien viele Menschen dem Beispiel aus dem sog. „Arabischen Frühling" gefolgt und haben zahlreiche öffentliche Plätze besetzt. Dennoch muss klargestellt werden, dass Spanien gewiss nicht vor einer Revolution steht, wie in alternativen Medien gern dargestellt. Vielmehr ergeht sich die Bewegung bisher in Forderungen nach Reformen und ist aufgrund ihres klassenübergreifenden Charakters widersprüchlich in ihren Interessen.

Immer wieder Facebook

Die „Bewegung der Empörten", wie sie sich nennt, entstand aus einem Protest, der am 15. Mai von der Plattform „Echte Demokratie jetzt!" organisiert wurde. Dieser stand unter dem Motto: „Wir sind keine Ware in den Händen von Politikern und Bankern". Die Plattform bezeichnet sich selbst als „staatsbürgerlich und parteiunabhängig". Der Aufruf war eher von der seichten Art und enthielt eine vage Positionierung „gegen das bestehende politische System" und für „eine ethische Revolution".

An den Demos nahmen Hunderttausende Menschen Teil, davon allein 20.000 in der Hauptstadt Madrid. Dort sorgten denn auch die staatlichen Sicherheitskräfte für Hunderte von Festgenommenen und Verletzten. Es war dieses kalte Vorgehen der Polizei, das – in Solidarität mit den Gefangenen – zur spontanen Besetzung der Puerta del Sol, eines zentralen, historischen Platzes führte.

Damit fand die Bewegung eine Plattform, um ihren Protest fortzusetzen. Und nach den Angriffen der Polizei und dem Versuch, das Camp zu räumen, schlossen sich über die „sozialen Netzwerke" immer mehr Leute an, sodass sich auf dem Platz letztlich um die 6.000 DemonstrantInnen sammelten. Ende Mai, am Tag der Kommunalwahlen, dem ein umstrittenes Demonstrationsverbot vorausging, waren es sogar um die 30.000. Auf diese Weise breiteten sich die Platzbesetzungen über ganz Spanien aus.

Von Anfang an hat sich die Bewegung als „pazifistisch" präsentiert und sich gegen jegliche Gewalt ausgesprochen. Zudem hat sie sich bemüht, politische Organisationen herauszuhalten, die versuchen könnten, aus den Protesten politische Rendite zu schlagen. Trotz dieser außerparlamentarischen Ausrichtung ist die Bewegung aber keinesfalls revolutionär. Denn sie fordert „lediglich" Korrekturen in einigen Teilbereichen des Systems, wie etwa eine Änderung des Wahlgesetzes, damit den kleineren Parteien mehr Gewicht im Parlament zukommt. Dies erklärt die doch recht halbherzige Positionierung zu den Wahlen: Es wurde nicht zur aktiven Enthaltung bei den Wahlen aufgerufen, was doch die entsprechende Konsequenz gewesen wäre, wenn das Wahlgesetz tatsächlich für so „manipulativ" gehalten würde.

Iberien = Arabien?

Wie der seichte Grundkonsens schon andeutet, ist die Zusammensetzung der Bewegung sehr heterogen. Sie vereint Arbeitslose und Unternehmer ebenso wie Arme und Reiche. Ebenso gibt es zwar eine deutliche Infragestellung der PolitikerInnen (als einer Art „Kaste"), doch die Meinungen reichen von denen, die Selbstverwaltung ohne PolitikerInnen befürworten, bis zu denen, die sich von einer Änderung des Wahlgesetzes einen positiven Wandel unter den PolitikerInnen versprechen.

Dabei verfehlen insbes. die ständig nachgeplapperten Vergleiche mit den arabischen Revolten die Realität: Weder die sozialen Voraussetzungen noch die ökonomischen sind auf beiden Seiten des Meeres gleich. „Vermutlich ist die Methode der Besetzung öffentlichen Raums das einzige, das eine gewisse Verbindung darstellt", schreibt dazu das anarchistische Monatsmagazin *Todo por Hacer*. Und weiter: „Auch wenn die Besetzung von begehbarem Raum an und für sich keine wirkliche Störung für das Funktionieren einer Stadt darstellt, beinhaltet die bei kollektiven Aktionen entstehende Dynamik durchaus ein konstruktives Potenzial: … der der Normalität entrissene Raum kann dem Experimentieren von neuen Organisationsformen … von Nutzen sein."

Tatsächlich sind es die Vollversammlungen jeder Besetzung, die eine horizontale Funktionsweise haben und die die Richtlinien und



Das spanische Modell soll, wie hier in Köln, auch nach Deutschland importiert werden - bisher wenig erfolgreich.

Forderungen artikulieren. Es wurde damit bewiesen, dass keine VermittlerInnen für die politische Willensbildung gebraucht werden. Gleichzeitig wurden unterschiedliche politische Diskussionen eröffnet und die Leute haben sich selbst ermächtigt, indem die Idee gestärkt wurde, dass „wir nicht verhandeln, sondern fordern".

In diesem Prozess haben große Teile der Bewegung verstanden, dass die Besetzung kein Selbstzweck ist. Deshalb wurden auch jene Kommissionen, die sich auf die Logistik der Besetzung konzentrierten, durch Arbeitsgruppen ergänzt, die sich mit Politik, Wirtschaft, Umwelt, Transport, Gesundheit, Wohnraum, Bildung, Gefängnissen usw. befassen. Dies kann als Versuch verstanden werden, die räumlichen Grenzen der Besetzungen zu überwinden. Dies ist auch nötig. Denn ohne einen Einbezug der Interessen und Potenziale der lohnabhängigen Klasse werden die Proteste der Empörten nur ein großer Seufzer bleiben – wie schon die Antiglobalisierungsbewegung. Ohnehin würde sonst wohl die Widersprüchlichkeit dieser heterogenen Bewegung auch in ihrer Auflösung münden oder – bestenfalls – einem diffusen Aktionismus des zivilen Ungehorsams weichen.

Henry G. Ortega Spina

Streikrecht im Brennpunkt

Austausch von europäischen Basisgewerkschaften in Berlin über Gewerkschaftsfreiheit in der EU

Ende April trafen sich in Berlin diverse BasisgewerkschafterInnen zu einer Konferenz. Sie stand unter dem Motto „Europaweite Angriffe auf das Streikrecht – Wir wehren uns gemeinsam!" Ziel war es einerseits, Basisgewerkschaften aus verschiedenen Ländern zusammenzubringen, um über Angriffe auf das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit in der EU zu debattieren. Andererseits sollte dem hiesigen Publikum die Möglichkeit gegeben werden, Einblicke in Kämpfe und Probleme aus dem Ausland zu bekommen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diskutieren. Dem Aufruf folgten VertreterInnen der Intersidical Autonoma aus Zaragoza (Spanien), SUD-Solidaires (Frankreich), Serpiem 80 und IP (Polen) sowie der USI-AIT (Italien).

Die Konferenz begann mit einer Einführung in die wirtschaftliche und soziale Lage der einzelnen Länder. Hierzu wurden verschiedene Videoclips über soziale Kämpfe gezeigt, die anschließend von den KollegInnen aus den jeweiligen Ländern kommentiert wurden. Der eigentliche Konferenztag bot ihnen dann die Möglichkeit, ausführlich über ihre Kämpfe zu berichten. Es sollte nicht überraschen, dass die Tendenz zur Verschlechterung gewerkschaftlicher Rechte, insbes. zuungunsten kleiner, kämpferischer Verbände, über die Grenzen hinweg ersichtlich ist. Zugleich wurde festgestellt, dass die Zentralverbände nicht mehr in der Lage sind, den Menschen eine Antwort auf die durch prekäre Arbeitsverhältnisse und hohe Arbeitslosigkeit stetig wachsende soziale Schieflage zu geben. Gerade in Spanien hat der sozialpartnerschaftliche Kurs der großen Verbände CC.OO. und UGT das Entstehen einer Vielzahl unabhängiger und kämpferischer Gewerkschaften begünstigt, die trotz z.T. massiver Repression beachtliche Erfolge erzielen.

Vertreter der IP hingegen berichteten von ihren Versuchen, dem Problem einer betrieblichen Verankerung in Zeiten flexibler werdender Arbeitsverhältnisse dadurch zu begegnen, zunächst eine soziale Verankerung im Stadtteil zu erreichen. Im Gegensatz zu ständig wechselnden Arbeitsplätzen, sei hier – so der Gedanke – ein sozialer Zusammenhang noch erhalten. Zudem werden bei sinkenden Löhnen und gleichzeitig steigenden Mieten die Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum zentral. Auf dieser Grundlage ließe sich dann auch wieder auf betrieblicher Ebene intervenieren.

Auch wenn die Besucherzahl eher gering ausfiel, ist das Konzept der OrganisatorInnen um das Berliner „Komitee für Gewerkschaftsfreiheit" durchaus aufgegangen. Das breite Spektrum machte die Konferenz zu einer interessanten Veranstaltung jenseits von Gejammere oder eintönigen Lösungsansätzen.

Lars Röhm

Da rennt der Schweiß

Die brasilianische COB befindet sich im Konflikt mit einem Sportbekleidungshersteller

Die globale Textil- und Bekleidungsindustrie ist berüchtigt für ihre Arbeitsbedingungen. Die Sparte für Sportbekleidung ist da keine Ausnahme. Bereits 1998 organisierte die Clean-Clothes-Campaign ein internationales Tribunal gegen die (Sport-)Bekleidungsindustrie, in der 80% der Belegschaften Frauen sind, denen oft selbst der unzureichende Mindestlohn vorenthalten wird. Diverse Konzerne wurden damals exemplarisch wegen andauernder Arbeitsrechtsverletzungen, der Unterdrückung von Gewerkschaften, schlechter Arbeitsbedingungen, unzureichender Löhne und sexueller Belästigungen von Frauen verurteilt.

Auch zehn Jahre später, anlässlich der Euro 2008 und der Olympischen Spiele, berichtete die Kampagne „Fair Play" über „Hungerlöhne und menschenverachtende Arbeitsbedingungen" sowie über gewerkschaftsfeindliches Verhalten in der Branche. Letzteres drücke sich laut „Fair Play" nicht nur in Entlassungen aktiver ArbeiterInnen aus, sondern auch in Form von „Verhaftung oder sogar Gewalt". In dieser Zeit hat sich die Zusammensetzung der Beschäftigten nicht verändert. Weiterhin sind 80% der ArbeiterInnen Frauen. Auch die von diversen Konzernen eingeführten „Verhaltenskodizes" haben die Arbeitsbedingungen nicht verbessert.

Mit der Fußball-WM der Frauen gibt es dieses Jahr erneut einen Anlass, über die Zustände in der Sportbekleidungsindustrie zu sprechen. So organisiert etwa die christliche Initiative „Romero" bundesweit Veranstaltungen über den dortigen „Arbeitsalltag und Arbeitsrechtsverletzungen". Ihre zentrale Forderung dabei: ein **„Existenzsichernder Lohn für die Näherinnen in den Produktionsländern!"**

Auch die anarchosyndikalistische IAA befasst sich derzeit mit dieser Branche. Denn Ende März diesen Jahres wurde Icaro Poletto, Mitglied der brasilianischen Sektion (COB-IAA), bei FF Mercantil entlassen, wo u.a. Trikots, Kleidung und Zubehör für die Marken Lotto und Finta hergestellt werden. Poletto hatte zuvor begonnen, sich mit seinen KollegInnen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen (hohe Arbeitszeiten, starke Hitze, Lösungsmitteldämpfe und niedriges Gehalt) zu wehren. Seiner ihn unterstützenden Gewerkschaft wurde letztlich sogar mit „Pistoleros" gedroht, jenen Todesschwadronen, die in Lateinamerika eine traurige Tradition haben und bekannt dafür sind, aktive ArbeiterInnen zu ermorden.

Die COB hat darauf mit einem globalen Boykottaufruf gegen die beiden Marken Lotto und Finta reagiert. Wenn ihr diesen Kampf unterstützen wollt, könnt ihr euch an der E-Mail-Kampagne der ZSP beteiligen (siehe www.lotto.zsp.net.pl). Ihr könnt euch auch an den Fußballverein Borussia Mönchengladbach wenden, der Lotto zu seinen Sponsoren zählt.

Rudolf Mühland

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien): Demo in Madrid
Tausende CNT-AnhängerInnen versammelten sich am 4. Juni im Madrid, um gegen die Beschneidungen im Arbeits- und Sozialrecht zu demonstrieren, welche die Regierung durchzupeitschen versucht. Neben der Krise und der Unterstützung der aufkommenden Protestbewegung war v.a. die Reform im Tarifrecht ein Thema. Auf diese einigten sich jüngst Regierung, Arbeitgeber und die gelben Gewerkschaften.

CNT (Spanien): Aufruf zu Besetzungen und Ungehorsam
Die CNT fordert zu fortwährenden Mobilisierungen und Kämpfen auf, um die Probleme der Arbeiterklasse zu lösen. Die zahllosen Demos und Platzbesetzungen im ganzen Land haben die Auffassung bestärkt, dass die Menschen über organisatorische Kapazitäten verfügen, um Lösungen zu formulieren und eigene Wege aufzuzeigen, wenn sie sich entscheiden, die Protagonisten ihres eigenen Lebens zu sein.

CNT (Badajoz): Streik bei Silice
Die CNT ruft zum Streik beim IT-Unternehmen Silice auf. Der Streik zielt darauf ab, einen Stellenabbau zu verhindern und ausstehende Löhne ausgezahlt zu bekommen. Die CNT beschuldigt das Unternehmen gezielter Kündigungen und Schikanierungen. Gegenwärtig sind sechs Arbeiter gefeuert (davon vier CNT-Mitglieder), zwei haben die Firma freiwillig verlassen – aufgrund der unerträglichen Arbeitsbedingungen.

CNT (Teneriffa): Streik auf dem Postamt
Anfang Mai begannen die ArbeiterInnen des Postamtes in La Laguna einen Streik, ausgerufen vom Allgemeinen Syndikat der CNT Teneriffa. Zuvor hatte diese mehrfach die Arbeitsbelastung, Diskriminierungen unter den verschiedenen Ausliefergruppen sowie die Undurchführbarkeit der chaotischen Briefzustellung kritisiert. Im Mai fanden im gesamten Service mehrtägige Streiks statt, an denen 75% der Belegschaft teilnahmen, trotz Streikbruchs, Schikanierung und offenkundiger Versuche, den Streik für illegal zu erklären.

FORA (Argentinien): 110. Geburtstag
Am 5. Mai wurde die FORA 110 Jahre alt. Die Jubiläumsveranstaltung im ehrwürdigen Verdi-Theater in La Boca besuchten etwa 500 Menschen. Sie war weit davon entfernt, nur nostalgisch auf alte Zeiten zurückzuschauen. Die Feier war vielmehr ein Anlass, die Perspektiven der gegenwärtigen Kämpfe und einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zu analysieren

SolFed (England): Sieg gegen Office Angels
Nach einer Reihe von Aktionen und Versammlungen vor der Zeitarbeitsfirma Office Angels, die zur Adecco-Gruppe, einem führenden Leiharbeits-Multi, gehört, hat die SolFed einen kleinen Sieg errungen: Das Unternehmen sah sich gezwungen, die Löhne auszuzahlen, für die die ArbeiterInnen gekämpft haben. Für die SolFed ist das erst der Anfang. Es gibt derzeit mehr als eine Mio. Leiharbeiter in Großbritannien. Sie gehören zum am meisten ausgebeuteten Teil der britischen Arbeiterklasse.

„Diese Blutgrätsche wird ihnen präsentiert von..."

Vom Sport als Wirtschaftsfaktor und kommerzieller Unterhaltungsindustrie

Seitenblick: Financial Fair Play

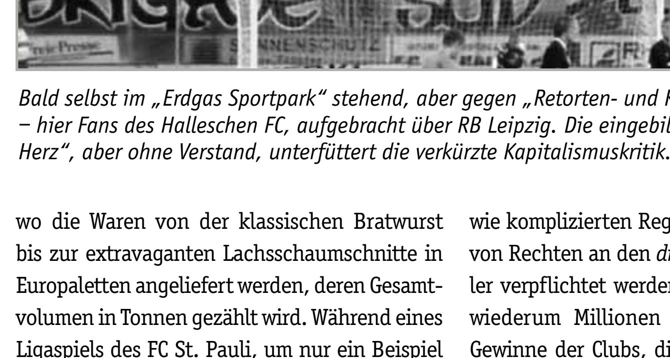
Mit dem Reglement „Financial Fair Play" (FFP) schafft der europäische Fußballverband UEFA ein Programm zur Ökonomisierung von Fußballclubs. Ganz allgemein sollen bestimmte Grenzwerte gesetzt werden, über die hinaus Clubs keine weiteren Schulden aufnehmen bzw. sich anderweitig fremdfinanzieren dürfen. Ziel ist es, Vereine dazu zu zwingen, wirtschaftlich zu arbeiten, so dass sich Einnahmen und Ausgaben weitgehend decken. Obgleich das FFP zunächst ausdrücklich nur Spitzenclubs betrifft, denen bei Zuwiderhandlung die Aussperrung aus internationalen Wettbewerben wie der Champions League droht, dürfte es sich langfristig auf den gesamten Profibereich auswirken. Zu erwarten sind u. a. moderatere Entwicklungen bei Lohnerhöhungen für Spieler und ein Abflauen von horrenden Ablösesummen. (MS)

Die jüngsten Querelen um den umstrittenen Chef des Fußballweltverbandes FIFA, Sepp Blatter, waren dramatischer Aufmacher der Hauptnachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Tagelang widmeten sie sich der Schilderung von Vorgängen innerhalb eines Sportverbandes, nebst Hintergrundinformationen und Experteninterviews. Sogar der „Kommentar" in der *Tagesschau*, für RundfunkjournalistInnen so etwas wie eine Königsdisziplin, wurde von einem Sportjournalisten gesprochen. Sport, v.a. der Fußball, ist längst nicht mehr die „schönste Nebensache der Welt", sondern steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Denn mittlerweile geht es hier um einen Wirtschaftsfaktor, an dem weder Politik noch Journalismus vorbeikommen.

Das große Geschäft

Dies verdeutlicht die Entwicklung im Fußball, dem Flaggschiff des deutschen Sports. Trotz allgemeiner, durch die Finanzkrise bedingter Wirtschaftseinbrüche erzielten die 36 Clubs der 1. und 2. Bundesliga im Geschäftsjahr 2009/10 einen Umsatzgewinn von 21,5% im Vergleich zu den letzten drei Jahren. Von den knapp 2,1 Mrd. umgesetzten Euro wurden allein 700 Mio. Euro Steuern gezahlt. „In allen zentralen Einnahmekategorien", so der Geschäftsbericht des Ligaverbandes DFL, „verzeichnete der Profifußball Zuwächse". Neben Spielererlösen sind dies v.a. Werbe- und Medieneinnahmen. Hinzu kommen Zulieferbranchen, die direkt und indirekt vom Sport profitieren. Neben allem, was unmittelbar mit Sport zu tun hat, wie Sportgerätehersteller, Sportbekleidung, Sportmedizin, Pharmazie und Fanartikeln, hat das Catering, also die Belieferung mit Speisen und Getränken, hochprofessionelle Dimensionen angenommen.

Längst geht es nicht mehr darum, im Vereinsheim Bier auszuschenken und überquellende Aschenbecher zu leeren. In den Katakomben der Sportstadien herrscht heutzutage ein emsiges Treiben, koordiniert mit Walkie-Talkies, wo die Waren von der klassischen Bratwurst bis zur extravaganten Lachsschaumschnitte in Europaletten angeliefert werden, deren Gesamtvolumen in Tonnen gezählt wird. Während eines Ligaspiels des FC St. Pauli, um nur ein Beispiel zu nennen, saufen die Fans im Schnitt für knapp 150.000 Euro Bier – auch auf dieser Ebene ein lohnendes Geschäft, an dem der Verein nur Mitverdiener ist.



Bald selbst im „Erdgas Sportpark" stehend, aber gegen „Retorten- und Kommerzclubs" wettern – hier Fans des Halleschen FC, aufgebracht über RB Leipzig. Die eingebildete „Tradition mit Herz", aber ohne Verstand, unterfüttert die verkürzte Kapitalismuskritik.

In den wenigsten Fällen sind es die Vereine, die den eigentlichen Reibach machen. Die großen Summen, die mittlerweile im Sport umgesetzt werden, wandern von der Industrie zur Werbung, von Vereinen zu Spielerberatern, aus dem Fanshop in die Kassen von Drittfirmen, die die Vermarktungsrechte erworben haben. Bilanzen von Proficlubs in Deutschland weisen bestenfalls geringe Gewinne aus; was übrig bleibt, wird zumeist in Spieler, Stadionausbau und Schuldentilgung investiert.

Völlig an den Kassen der Vereine vorbei gehen Wetteinnahmen. Allein das österreichische Buchmacherunternehmen bwin erzielte zuletzt einen Umsatz von knapp 337 Mio. Euro. Am lukrativen Geschäft mit dem Spiel-Tipp verdient eine ganze Branche mit, bis hin zu Wettkonsortien und -syndikaten und Wettberatern, die die Möglichkeit anbieten, nicht mehr selbst zu setzen, sondern sein Geld in Sportwetten anzulegen; da Sportergebnisse, ähnlich wie Aktienkurse, durchaus in einem gewissen Rahmen berechenbar sind, vielleicht durchaus eine vielversprechende Alternative zu manchem Investmentfonds einer gewöhnlichen Bank.

Unternehmenskette Sportliga

Womöglich aber stehen wir hier nur vor einer Übergangsstufe der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Ausland werden Profimannschaften schon längst als gewinnorientierte Unternehmen geführt. Englische Fußballclubs wie Chelsea London oder jüngst Manchester City sind für ihre kapitalschweren Privatsponsoren mehr als bloße Spielwiesen und Prestigeobjekte, sondern sollen langfristig für Überschuss sorgen.

In den USA, wo die kommerzielle Entwicklung des Sports am umfangreichsten und fortgeschrittensten ist, sind die Profivereine echte Unternehmen. In den vier großen Profiligen NHL (Eishockey), MLB (Baseball), NFL (Football) und der seit Jahren ungebrochen boomenden Basketball-Liga NBA herrscht ein Franchise-System, ähnlich der Imbiss-Kette McDonald's: jeder Proficlub kauft sich in der Liga ein, und ist sportlich so nur noch bedingt selbständig. Spielerverpflichtungen unterliegen einem strengen wie komplizierten Reglement; mit dem Verkauf von Rechten an den *drafts*, wo Nachwuchsspieler verpflichtet werden können, werden selbst wiederum Millionen verdient. Umsätze und Gewinne der Clubs, die in der Regel in Privatbesitz sind, erreichen für europäische Dimensionen schwindelerregende Dimensionen. Allein der aktuelle Eishockey-Meister Boston Bruins setzte im letzten Jahrzehnt kontinuierlich zwischen 80 und 90 Mio. Dollar pro Jahr um. Der mit insgesamt 67,5 Mio. Dollar dotierte Vertrag des NHL-Torhüters Rick DiPietro der New York Islanders stellt mit einer Laufzeit von 15 Jahren übrigens den längsten Profivertrag in der Sportgeschichte dar. Sport ist in den USA omnipräsent, praktisch täglich wird in einer der vier Top-Ligen gespielt. Mit Übertragungsrechten und Werbeeinnahmen werden hier schon längst Milliarden bewegt.

Fußball als Werbefläche

Für Sponsoren sind Sportgroßereignisse, wie Weltmeisterschaften oder die Fußballbundesliga, aufgrund ihrer immer noch stark wachsenden Medienpräsenz ein heiß begehrter Werbeträger. Wer heute ein Erstligaspiel besucht, wird sich vor Konsumvorschlägen kaum retten können. Und weil auf des Spielers Brust und den das Sportfeld umgebenden Banden nur begrenzt Platz zur Verfügung steht, sind die Clubs längst erfinderisch geworden. Jeder Quadratzentimeter Fläche, und sei es nur die Rückseite der Dauerkarte, wird mit Werbung tapeziert. Stadionnamen werden veräußert, so dass der Deutsche Meister 2011 nicht mehr im Westfalenstadion, sondern im Signal-Iduna-Park gekürt wurde. Der Traditionsclub Fürth wies von 1997 bis 2010 mit dem „Playmobil-Stadion" den bislang wohl wunderlichsten Namen einer Spielstätte auf.

Hinzu kommen technische Möglichkeiten wie Videogroßbildleinwände und ohrenbetäubende Beschallung, die permanente visuelle und akustische Bewerbung erlauben. Wie weit hier die Vereine gehen, gleicht mancherorts einer Grenzaustestung des Zumutbaren. Beim Bundesligisten Hannover 96 etwa wird praktisch jedes Ereignis, von der Ecke bis zum Abseits, augenblicklich auf der Videowand wiederholt, nebst der Stadiondurchsage: „diese Ecke wurde ihnen präsentiert von..."; ja, selbst die Information, dass soeben ein Spieler die Gelbe Karte sah, wird auf gleiche Weise präsentiert.

Dennoch bleibt Deutschland noch vergleichsweise moderat zurückhaltend. Nachdem der DFB 1985 dem damaligen Zweitligaclub aus Braunschweig untersagte, sich in Eintracht Jägermeister umzubenennen, hat das Verbot vom Verkauf des Vereinsnamens Bestand. Auch die Ligen heißen immer noch schlicht und sachlich Bundesliga. Das ist nicht überall so. Im Nachbarland Österreich z.B. wird in der „Tipp3-Bundesliga" gekickt, die englische Elite-Klasse im Fußball findet sich in der „Barclay's Premier League" wieder, und in der Schweiz spielen selbst die Jüngsten in der „Coca-Cola-Junior-League". In Österreich ist es darüber hinaus schon lange üblich, Vereinsnamen zu verkaufen. Fußballfans aus Salzburg können ein Lied davon singen. Je nach aktuellem Sponsor hieß ihr Verein FC Sparkasse, FC Casino, FC Wüstenrot, und seit 2005 FC Red Bull Salzburg. Letztere sponsorenbedingte Umbenennung sorgte für einigen Wirbel, war damit doch auch ein Wechsel von Wappen und Vereinsfarben verbunden. Nach ersten Fanprotesten erließ der Verein gar ein Zutrittsverbot für ZuschauerInnen, die es wagen sollten, in alten Vereinsutensilien zu erscheinen. Obwohl darauf praktisch die gesamte aktive Fanszene dem Verein den Rücken kehrte und einen eigenen Verein gründete, stiegen die Zuschauerzahlen in den Folgejahre in die Höhe.

Kommerzialisierte Kultur

Unter aktiven Fußballfans, also solchen, die den Sport nicht ausschließlich im Fernsehen, sondern im Stadion verfolgen und sich über Fanclubs und ähnliche Plattformen auch in Vereinspolitik einzumischen versuchen, sind diese Entwicklungen schon lange umstritten. Häufig ist eine Idealisierung von Amateurfußball bzw. amateurähnlichen Verhältnissen anzutreffen, als es noch nicht ums große Geld ging und Spieler noch keine „Söldner" waren, die alle zwei, drei Saisons den Verein wechseln. Dabei sind Fans längst integrierter Bestandteil der kommerziellen Entwicklung des Sports. Nicht nur, weil eine fahnenschwenkende und grölende Kulisse unverzichtbarer Bestandteil jeder attraktiven Sportübertragung ist und Eintrittskarten und Clubdevotionalien wichtige Umsatzfaktoren darstellen, sondern weil sie in ihrer Gesamtheit als Konsumenten den eigentlichen Anlass dafür darstellen, aus dem Sport ein Geschäft zu machen.

Kulturell haben Sportfans die wesentlichen Anschauungen, die dem kommerziellen Sport zugrunde liegen, längst verinnerlicht. Der alternative Ansatz des Arbeitersports, in dem es um die körperlich-gesundheitliche Selbstverwirklichung in einer solidarischen Gemeinschaft ging, ist vollständig in Vergessenheit geraten (vgl. S. 14). Die Legendenbildung um den Begriff „Amateur" schlägt gar in eine ungeahnte Richtung. Es war gerade das Bürgertum, das sich mit dem Amateurbegriff von der Arbeiterklasse abgrenzte. Nur, wer vermögend genug war, um auf Lohnerwerb zu verzichten, konnte es sich leisten, als Amateur zu spielen. In England galt Rugby nicht zuletzt deshalb als Elitesportart, weil es bis in die 1990er Jahre hinein am Amateurismus festhielt – ein Privileg der feinen Gesellschaft, die über den proletarisch-kommerziellen Fußball die Nase rümpfte.

Vom Arbeitersport zum Sportarbeiter

Die Profi-Spieler (Profi-Ligen für Frauen existieren bisher erst in den USA) von heute als charakterlose Söldner zu betrachten, wie viele frustrierte Fans es tun, ist ebenso abwegig wie der verklärte Blick auf den Amateur-Fußball (vgl. S. 7). Vielmehr handelt es sich um Berufssportler, Beschäftigte in einem neu entstandenen Zweig der Unterhaltungsindustrie. Vereinsbindung spielt hierbei deshalb eine untergeordnete Rolle, weil der einzelne Sportler seinen eigenen Broterwerb im Auge haben muss, über den jeweiligen Zwei- oder Dreijahresvertrag hinaus. Und die Freiheit bei seiner Wahl des Arbeitgebers bleibt auch nach dem Bosman-Urteil von 1995 (siehe S. 1) eingeschränkt. In Vertragsabschlüsse sind zum einen Spielervermittler involviert, mitunter genießen sogar Drittfirmen Anteilsrechte an Spielerverträgen, wie aktuell im Fall des zwischen Schalke, Hoffenheim und St. Pauli umstrittenen peruanischen Abwehrspielers Carlos Zambrano, an dessen Vertrag eine Schweizer Aktiengesellschaft 70% der Rechte besitzt.

Gerade junge, talentierte Spieler werden als regelrechte Wertanlage verwendet, die zuerst mit langfristigen Verträgen gebunden und anschließend an schwächere Vereine verliehen werden, nur um der Option willen, sie in einigen Jahren gewinnbringend verkaufen zu können. So wird selbst die Sportausbildung zum Geschäft; und Sportler regelrecht entmenschlicht, wenn mit ihnen geschachert und spekuliert wird. Der Eindruck vom millionenschweren Großverdiener täuscht ebenfalls. Den spektakulären Summen, die Schlagzeilen machen, stehen zum Teil erhebliche soziale Probleme eines Großteils von Sportprofis gegenüber (siehe hierzu Interview S. 3).

Matthias Seiffert

Im Bann des magischen Dreiecks

Die wirtschaftlichen und soziale Dimensionen von „Mega-Sport-Events“

Die Transformation von internationalen Sport-Events in durchkommerzialisierte Mega-Sport-Events hat nachhaltige Folgen für die Austragungsorte, denn hinter der populären Fassade steht eine mächtige Allianz aus dem Sport, den Medien und der Wirtschaft. Ein Mega-Sport-Event kann beschrieben werden als eine geplante und einzigartige Veranstaltung mit hohem emotialen „Wert“, die Unternehmen die Gelegenheit für Werbekampagnen oder zum Verkauf von Produkten und Dienstleistungen gibt. Maurice Roche beschreibt Mega-Events als „großangelegte kulturelle Veranstaltungen mit dramatischem Charakter, Massenattraktivität und internationaler Bedeutung“. Solche Events geschehen nicht einfach – sie werden geschaffen. Um sie kompatibel mit Geschäftsinteressen zu machen, wird der Sportwettbewerb dramatisiert und emotionalisiert, um dadurch mehr Zuschauer anzuziehen (zum Beispiel durch innovative Regeln, die Spannung erzeugen), kommerzialisiert durch Medienpräsenz (TV) und ökonomisiert durch Sponsoring und Merchandising. Die Bedeutung von Massenmedien in diesem Prozess kann gar nicht unterschätzt werden. Neue massenmediale Technologien, wie Satelliten-TV, waren eine treibende Kraft hinter der Kommerzialisierung des Sports, indem sie ein globales Publikum für Mega-Sports-Events wie die Olympischen Spiele und die Fußballweltmeisterschaften erzeugten. Generell gilt: Keine Massenmedien, kein Mega-Sport-Event.

Dieser Transformationsprozess ist eng mit dem Namen einer Person verknüpft: Horst Dassler, Sohn von Adi Dassler, dem Gründer des Sportartikelherstellers adidas. Dassler gilt als der Erfinder des modernen Sportrechtegeschäfts, bei dem einige ausgewählte globale Unternehmen exklusive Marketingrechte für ein Sport-Event kaufen. Das ‚magische Dreieck' besteht aus Sportveranstaltern, Medien und Unternehmen, untereinander verbunden durch spezialisierte Agenturen, die mit Sportrechten handeln oder Marketing- und Sponsorenkonzepte entwickeln, so zum Beispiel Sportfive (Hamburg) oder Infront Sports & Media (Zug, Schweiz). Zusammen bilden sie eine Einheit, in der zwar jede Partei ihre eigenen Interessen verfolgt, aber auch alle voneinander abhängig sind. Im Zentrum des ‚magischen Dreicks' stehen die Veranstalter, die in der kritischen Literatur als größtenteils „undemokratische Organisationen“ beschrieben werden, mit dubiosen Entscheidungsfindungsverfahren und einem Mangel an Transparenz. Sie agieren häufig eher im „Interesse globaler Ströme als lokaler Gemeinschaften“.

Das gesamte Geschäft dreht sich im Wesentlichen um den Handel mit den Sportrechten an der Veranstaltung. Zum Beispiel im Fußball: Die FIFA ist (als Eigentümerin der ‚Handelsmarke FIFA' und der Handelsmarken der einzelnen Meisterschaften) der Schlüsselakteur bei allen Angelegenheiten rund um die jeweiligen Wettbewerbe. Diese Handelsmarken bilden das Wirtschaftsgut der FIFA, die wertvollste davon ist die Marke FIFA World Cup™. Unternehmen können ein weites Spektrum von Marketingrechten erwerben, das es ihnen erlaubt, spezifische FIFA-Handelsmarken für ihre eigenen Marketingstrategien einzusetzen und von der Popularität der Spiele zu profitieren. Die wichtigsten Formen sind dabei das Sponsoring der FIFA selbst und von einzelnen FIFA-Wettbewerben, der Kauf von TV-Übertragungsrechten sowie von Lizenzen für Merchandising oder sogenannte ‚Hospitality-Programme'. In den letzten Jahren hat sich die Zusammensetzung dieser Handelsmarken zunehmend fragmentiert und ihr Anteil am Gesamtkuchen hat sich geändert. Ein Gebiet von wachsendem Interesse ist der Verkauf der ‚Hospitality-Programme' für VIP's und Geschäftspartner von Sponsoren. So beinhalten Sponsorenpakete zumeist ein substantielles Kartenkontingent (bis zu 30.000 Karten pro Unternehmen – für FIFA-Partner), mit denen Firmen ihre Geschäftspartner beglücken oder die sie bei ihren Marketingaktivitäten, zum Beispiel im Rahmen von Verlosungen und ähnlichem, einsetzen können. Dies verknappt natürlich die Zahl der Eintrittskarten, die für das allgemeine Publikum zur Verfügung stehen.

Die lokale Wirkung

Der Veranstalter spielt normalerweise keine operative Rolle bei der Ausrichtung eines Mega-Sport-Events, dies wird von der nationalen Organisation übernommen. Dennoch hat der Veranstalter, das heißt der Rechteinhaber, auf allen Ebenen und zu allen Zeitpunkten das letzte Wort. Die FIFA, zum Beispiel, stellt vielfältige Vorbedingungen, die ein Staat erfüllen muss, wenn er eine FIFA-WM beherbergen will. Neben Anforderungen an die Sportstätten, verlangt die FIFA umfassende Regierungsgarantien welche unter anderem beinhalten: erleichterte Einreise- und Arbeitserlaubnisse; spezielle Regelungen hinsichtlich Zollangelegenheiten, Telekommunikation und Bank/Währungstransaktionen; die Einrichtung eines internationalen Medienzentrums sowie diplomatische Protokollfragen.

Für die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland 2006 war zum Beispiel die ‚Knock out Anforderung', die nach Steuerbefreiung. Das hieß, die FIFA wurde für alle ihre Finanztransaktionen in Deutschland steuerbefreit, einschließlich der gesamten TV- und Marketingeinnahmen; stattdessen konnte sie ihre Steuern unter wesentlich besseren Bedingungen (4,25% vom Jahresgewinn) in der Schweiz bezahlen. Ebenso waren FIFA-Funktionäre und ihre Gäste, Schiedsrichter und FIFA-Kongress-Teilnehmer steuerbefreit für alle Einnahmen im Zusammenhang mit der Fußball-WM. Weitere Anforderungen waren umfassende Sicherheitsvorkehrungen, die in Zusammenarbeit mit der FIFA erarbeitet wurden. Für die Sicherung von Stadien, Hotels und Teamquartieren wurden die deutschen Behörden durch privates Sicherheitspersonal unterstützt – ausgewählt und bezahlt von der FIFA. Der „Krieg gegen den Terror“ wurde als Begründung für weitreichende Maßnahmen herangezogen, auch auf Kosten von Bürgerrechten, wie die Bestückung der Tickets mit RFID-Chips zeigt, die vom Bundesministerium des Inneren befürwortet und von Bürgerrechtsorganisationen kritisiert wurde.

Veranstalter und Rechteinhaber von Sportgroßveranstaltungen wie FIFA und IOC schützen die Exklusivität von Sponsoren, Lizenznehmern und die ihrer eigenen Handelsmarke mit allen verfügbaren Mitteln. Die FIFA zum Beispiel betreibt dazu ein umfassendes globales Schutzprogramm, das sogenannte Rights Protection Programm (RPP). Die Gastgeberstädte hatten dies zu unterstützen und ebenfalls im Umkreis der Stadien und der Fan-Fest-Meilen diese Exklusivität zu garantieren. Dies verursachte vielfältige Konflikte zwischen FIFA, lokalen (Klein-) Unternehmen und den Städten, aus denen die FIFA normalerweise als Gewinner hervorging. Für arme Leute, wie Klein- und Straßenhändler, kann dies drastische Konsequenzen haben. Im Vorfeld von Mega-Sport-Events werden üblicherweise örtliche „Stadtreinigungskampagnen“ gestartet, was häufig die Vertreibung von Bettlern und Obdachlosen oder gar den Abbruch von Favelas umfasst. So mussten während der Fußball-WM 2010 in Südafrika die Straßenhändler entdecken, dass die FIFA-Regeln hinsichtlich des Verkaufs von Artikeln, die Logos oder andere ‚geschützte' Marken nutzten oder imitierten, äußerst restriktiv sind; dass sie also, anstatt von dem Sportereignis zu profitieren, die Möglichkeiten ihren Lebensunterhalt zu verdienen ernstlich eingeschränkt sahen.



Findet keinen Gefallen am Sport-Event: Ein Fan von Eintracht Frankfurt im Februar 2011

Das Event als Resonanzboden für Gegenöffentlichkeit

Der globale Charakter von Mega-Sport-Events und die dominante Rolle von multinationalen Konzernen, sowohl als Sponsoren wie als Zulieferer, ist am Auffälligsten in der Sportartikelindustrie. Sport-Multis haben ihre gesamte Produktion in Weltmarktfabriken in Entwicklungsländern oder an Subkontraktoren im informellen Bereich ausgelagert. Ein wesentlicher Teil der Aktivitäten von Gewerkschaften und NGO's hat sich in den letzten Jahren auf diesen Bereich konzentriert. An der Spitze dieser Initiativen steht das Netzwerk „Play Fair“ (für die Olympischen Spiele 2012, siehe www.playfair2012.org), welches organisiert ist von der Clean Clothes Campaign (CCC), der International Trade Union Confederation (ITUC) und der International Textile, Garment and Leather Worker's Federation. Aber auch was im Gastgeberland passiert ist oft besorgniserregend, da auch dieser Bereich sich zunehmend globalisiert. Mega-Sport-Events erfordern massive Investitionen in Sportstätten. Aufträge werden meist an multinationale Konzerne vergeben, wobei sich wenig bis gar nicht um die Arbeitsbedingungen gekümmert wird. Dazu kommt, dass der Bau der Sportstätten unter äußerst rigiden Zeitvorgaben und ‚öffentlichem' Druck stattfindet. Mit Bezug auf die ‚nationale Ehre', Gastgeber eines Weltereignisses zu sein, werden Baugewerkschaften häufig Streikverzichtsvereinbarungen abgepresst und Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen als unpatriotisch denunziert. Die Angst ist oft groß, als Spielverderber hingestellt zu werden. Die Baustellen für die Olympischen Spiele in Athen 2004 können als perfektes Beispiel gelten, was unter solchen Bedingungen geschehen kann. Heike Schrader berichtete, dass es innerhalb von drei Jahren zu 13 tödlichen Arbeitsunfällen gekommen war, wobei Gewerkschaften schätzten, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher lag. Neben der Bauindustrie profitieren andere Industrien von Sportgroßveranstaltungen wie Hotel- und Gaststättengewerbe, Catering, Sicherheits- und Reinigungsdienste. Unternehmen aus diesen Bereichen, allesamt Teil des wachsenden Niedriglohnbereichs mit starker anti-gewerkschaftlicher Attitüde, versuchen ebenfalls Vertragspartner zu werden und ihren Schnitt zu machen.

Die Transformation des Sports in ‚big business' verändert nicht nur den Sport selbst, er unterminiert auch häufig Arbeitsstandards und Bürgerrechte. Wenn die Durchführung eines Mega-Sport-Events in einem Land nicht verhindert werden kann, ist es wichtig für Gewerkschaften und soziale Bewegungen, die Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen zu beeinflussen. Komplexe globale Veranstaltungen wie die Fußball-WM und die Olympischen Spiele bieten viele Gelegenheiten für strategische Kampagnen. Das Ziel sollte dabei sein, dass die Spiele „Gewerkschaftsspiele“ („union games“) werden, veranstaltet in „Gewerkschafts-Städten“ („union cities“). Dies würde meinen, dass alle Arbeiten im Rahmen eines solchen Wettbewerbs in gewerkschaftlich organisierter Weise unter dem Dach von Tarifverträgen stattfinden. Sportler würden zum Beispiel in gewerkschaftlich organisierten Hotels leben, von organisierten Busfahrern zu den Sportstätten transportiert werden, die von organisierten Bauarbeitern gebaut wurden und Kleidung tragen, die von organisierten Textilarbeitern genäht wurden. „Union games“ in „union cities“ sollten als legitimes Ziel für gewerkschaftliche Aktionen betrachtet werden. Die Olympischen Spiele 1996 in Atlanta und 2000 in Sydney zeigen, dass dies kein unrealistisches Ziel ist.

Wilfried Schwetz und Donna McGuire

Literatur

Bundesministerium des Inneren: „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Dritter Fortschrittsbericht des Stabes WM 2006 zur Vorbereitung auf die FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Berlin 2004.

Bundesministerium des Inneren: Nationales Sicherheitskonzept FIFA WM 2006. Bund-Länder-Ausschuss im Auftrag der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK), Berlin 2006.

Daya, Quraisha: *World Cup 2010: Trading on Uneven Playing Field*, in: South African Labour Bulletin, Okt./Nov. 2008.

Ehlers, Christian: Politische Grundlagen der Weltmeisterschaft 2006. Akteure, Strukturen und Prozesse im internationalen Fußball, Osnabrück 2005.

Horne, John/Manzenreiter, Wolfram: *Introduction to the sociology of sports mega-events*, in: The Sociological Review, Oxford 2006.

Kistner, Thomas: Ein Konzern wie ein Kegelclub, in: Süddeutsche Zeitung, 04.05.2006.

Kistner, Thomas: *Vive la FIFA!* in: Magazin der Süddeutschen Zeitung, 09/2006.

Kistner, Thomas/Weinreich, Jens: Das Milliardenspiel. Fußball, Geld und Medien, Frankfurt 1998.

Menzel, Oliver: Die Fußball-WM 2006, rmarktungsinstrumente und wirtschaftliche Potentiale, Saarbrücken 2006.

Preuss, Holger: The Economics of Staging the Olympics, Cheltenham und Northampton 2004.

Roche, Maurice: Mega-events and modernity, London 2000.

Schmidt, Ulrich: Event-Management im Spitzen-Wettkampfsport, Bayreuth 2006.

Schrader, Heike: Für Olympia in den Tod, Telepolis, 14.05.2004.

Über die Autoren

Wilfried Schwetz, Diplom-Sozialwirt, Labour Policies and Globalisation (M.A.).
Donna McGuire, Journalistin, Labour Policies and Globalisation (M.A.), Queensland Independent Education Union, z.Zt. Promotion Universität Kassel.
Beide arbeiten zu gewerkschaftlichen Kampagnen und strategischen Recherchen.

Was heißt hier Arbeiterclub?

Was es mit dem Mythos vom Fußball als Arbeitersport wirklich auf sich hat

Wenn linksgerichtete Fußballfans unterschiedlicher Vereine aufeinander treffen, kommt es immer wieder zum schwerwiegendsten aller Vorwürfe: „euer Verein ist doch gar kein Arbeiterclub!“, nebst umständlicher Begründungen und Kriterien, wie und woran sich erkennen ließe, was ein Verein proletarischer, und was eben ein Verein bürgerlicher Herkunft sei.

Nun, bezogen auf sämtliche Clubs der ersten vier Ligen im deutschen Fußball, ist die Antwort einfach: es sind alle, ohne Ausnahme, Vereine aus dem Bürgertum. Ob Dortmund, Schalke, St. Pauli oder Union Berlin – ein echter Arbeiterverein ist nicht darunter. Die wirklichen Arbeitervereine hießen SC Lorbeer 06 Hamburg, ASV Fichte Berlin oder Leipzig Pergau. Aber der Reihe nach.



Freie Turnerschaft Hammerbrook-Rotenburgsort
Dritter Kreis · Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes · Freier Bezirk

ANTEIL-SCHEIN

Nr. 313 · Zehn Mark · Wert Mk. 10

sind von Frau / Frl. / Herrn H. Benn

der Freien Turnerschaft Hammerbrook-Rotenburgsort als unkündbares Darlehen zur Errichtung einer Turnhalle, belegen Großmannstraße 83, übergeben.

Die Rückzahlung erfolgt durch Auslosung. Die Höhe der auszulosenden Summe bestimmt die im Januar eines jeden Kalenderjahres stattfindende Generalversammlung.

Die Bekanntgabe der ausgelosten Anteilscheine erfolgt in der „Arbeiter-Turnzeitung“ und im „Hamburger Echo“. Die Einlösung beginnt einen Monat nach erfolgter Auslosung gegen Rückgabe dieses Anteilscheines. Nicht eingeforderte ausgeloste Anteilscheine verjähren nach dem Ablauf von zwei Jahren vom Tage der Fälligkeit an gerechnet.

Hamburg, den 3. 7. 1912.

Der Obmann: · Der Vorsitzende: · Der Kassierer:

Die traditionellen Arbeitersport- und Turnvereine setzten auf eine solidarische Finanzierung aus Festen, Tombolas, Spenden oder, wie hier vom Vorgängerverein des SC Lorbeer 06 Hamburg, Anteilscheine

Deutsche Arbeitermeisterschaft

Fußball ein Arbeitersport? Nicht unbedingt. Die ersten Vereine – auch im englischen Ursprungsland – waren bürgerliche Clubs. Diese schlossen sich in eigenen bürgerlichen Verbänden zusammen, spielten in bürgerlichen Ligen und ermittelten ihren eigenen, bürgerlichen Meister.

Wenn heute in Chroniken für den Zeitraum bis 1933 Vereine als „Deutscher Meister“ aufgelistet werden, ist das zumindest irreführend. Denn dies war nur einer von zwei Meistertiteln, die parallel ausgetragen wurden. Daneben gab es die deutsche Arbeitermeisterschaft. Und dabei handelte es sich keineswegs um einen Titel zweiten Ranges. Zumindest bis Mitte der 1920er waren Spiele der Arbeiterligen ähnlich gut besucht wie die der bürgerlichen. Endspielen der Arbeitermeisterschaft wohnten 15.000 bis 20.000 Anhänger bei. Vor allem aber definierte sich Sport damals weniger über Fans und Zuschauer, sondern mehr über aktive Sportausübung. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), in dem sich 8.000 Fußballclubs organisierten, zählte noch 1931 1,2 Mio. Mitglieder.

Arbeitersport, das hieß zuallererst, eine gänzlich andere Einstellung zum Sport mitzubringen. Gemeinschaftssinn und gegenseitige Hilfe sollten im Vordergrund stehen. Es ging nicht ums Kräftemessen, ums Konkurrieren, das waren bürgerliche Werte. Völlig verpönt waren Idole. Selbst die besten Spieler wurden nur als Genossen und Kollegen betrachtet. Und das schmeckte nicht jedem.

Euch Erwin, uns Miller

Weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt war der SC Lorbeer 06 aus dem Hamburger Stadtteil Rothenburgsort (damals ein Arbeiterviertel, heute hauptsächlich ein Industriegebiet). Zweimal, 1929 und 1931, deutscher Arbeitermeister, besaß der Verein in seiner Mannschaft so etwas wie einen Star: Erwin Seeler, Vater des späteren HSV-Spielers „Uns“ Uwe Seeler. Ein Ausnahmestürmer, der Tore am Fließband knipste. Bei der zweiten Arbeiterolympiade 1931 in Wien (vergl. Beitrag auf S. 8) brachte er es zum Torschützenkönig. Doch während er nach einem furiosen Kantersieg über Ungarn noch auf Schultern aus dem Stadion getragen wurde, erntete er in Deutschland dafür harsche Kritik: Personenkult war verpönt im Arbeitersport. Dem Hafenarbeiter Seeler war das zu wenig. Er wechselte ins bürgerliche Lager, das längst auf den Mittelstürmer aufmerksam geworden war. Zuerst zu Viktoria Hamburg, dann zu den „Pfeffersäcken“ vom HSV. Ein Aufschrei ging durch die Presse der Arbeiterbewegung.

Vom „Hochmutsfimmel“ sei er befallen, ein „verirrter Proletarier“, so das *Hamburger Echo*. Er selbst rechtfertigte seinen Übertritt mit mangelnder Anerkennung seines Könnens im Arbeitersport. Die ein oder andere Mark oder indirekte finanzielle Vergünstigung dürfte jedoch wohl auch eine Rolle gespielt haben. Denn wenngleich es damals noch keine Profiliga in Deutschland gab, verstanden die bürgerlichen Vereine es dennoch schon früh, Talente an sich zu binden und fähige Spieler zu locken. Da musste nicht immer gleich Bares fließen, eine gut entlohnte Anstellung konnte ähnlich wirken – oder eben auch Handfestes.

So lockte Vereinsboss Karl Miller Ende der 1940er Deutschlands beste Fußballer ans Millerntor zum FC St. Pauli – nicht mit Geld oder Jobs, sondern mit Leckerem. Denn Miller war Metzger und saß an der Quelle für Koteletts, Schnitzel und Eisbein, was in der Nachkriegszeit mehr überzeugte als alles Geld der Welt. Und geboren war die „Wunderelf“, die 1948 gegen den späteren deutschen Meister 1. FC Nürnberg mit 1:3 nach Verlängerung im Halbfinale ausschied.

Bürgerlicher Triumph

Dem Vorbild „Old Erwins“ folgte schließlich die gesamte sportinteressierte Arbeiterschaft. Gegen Ende der 1920er gipfelte die fortschreitende Instrumentalisierung des Arbeitsports durch die beiden sozialdemokratischen Parteien in Deutschland in der Spaltung des Verbandes. Fortan gab es einen KPD- und einen SPD-Meister. Das Interesse an Spielen der beiden getrennten Ligen ließ spürbar nach. Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland endete schließlich das Kapitel des Arbeiterfußballs in Deutschland – endgültig. In der Nachkriegszeit sorgten die Westalliierten, deren Besatzungspolitik strikt anti-kommunistisch ausgerichtet war, dafür, dass traditionsreiche Arbeitervereine langsamer wieder auf die Beine kamen, als bürgerliche. Die Wiedergründung des bürgerlichen DFB wurde gefördert, die des ATSB behindert. So ist es kein Zufall, dass die meisten wirklichen Arbeitervereine heute nicht mehr existieren oder aber in der Bedeutungslosigkeit versunken sind. Der wohl einzige heute noch bestehende Verein, der dem ATSB angehörte und wenigstens im Ansatz noch über Klassenbewusstsein verfügt, ist der RKB Solidarität. Und das ist ein Fahrradclub.

Matthias Seiffert

Fit durch die Quadrate

In Mannheim wird noch heute Arbeitersport betrieben – zumindest dem Namen nach. Ein Interview mit dem „Arbeitersportverein“.

Im Herzen Mannheims, jenseits der berüchtigten Quadratstraßen, liegt der Jungbusch, das Arbeiter- und Migrantenviertel schlechthin in der Industriestadt. Und mittendrin der „Arbeitersportverein“ (ASV), in dem sich neuerdings auch eine FAU-Initiative trifft. Die DA war neugierig, was es mit dem Verein auf sich hat, und sprach mit Anne vom Organisationskomitee.

„Arbeitersportverein“ – das klingt wie ein Relikt aus alten Zeiten. Doch wann und wie seid ihr wirklich entstanden?

Die Idee des Sportvereins wurde 1989 geboren. 1990 wurde er dann gegründet, um einen Platz zu schaffen, an dem Menschen mit „antifaschistischer Gesinnung gemeinsam Kampfsport und Fitnesstraining betreiben können. Speziell für Frauen soll/kann ein Kampfsporttraining angeboten werden“, wie es in einem ersten Flugblatt hieß. Hintergrund war ein damals sehr massives Auftreten der Nazis in Mannheim. Da haben sich einige ein etwas selbstbewussteres Auftreten gewünscht, auch, um sich sicherer auf der Straße zu fühlen. Wir sind bis heute kein eingetragener Verein.

Was erwartet jemanden heute, der oder die beim ASV mitmachen möchte?

Der ASV zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass seine BesucherInnen wenig Dogmatismus an den Tag legen. Minimaler Grundkonsens ist der Antifaschismus. Das Alter ist ziemlich gemischt. Unsere Neuzugänge sind wenige Monate alt, die Ältesten, die sich so blicken lassen, sind über 60. Zwischendrin ist so ziemlich alles vorhanden. Die Altersunterschiede sind wenig spürbar. Vielleicht ist die Art der Aktivität manchmal unterschiedlich. Aber wer in den ASV kommt, will entweder trainieren, hat eigene Ideen, die er/sie umsetzen will, oder beides. Viele sind auch einfach nur Besucher.



Der Jungbusch, wie eh und jeh „der andere“ Stadtteil Mannheims

Der Name lässt ein urproletarisches Milieu vermuten. Hält der Name, was er verspricht?

Das war in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich. Der Anfang war wirklich proletarisch. Dann gab es eine Zeit, wo mehr Studierte oder Studierende im Verein waren als Unstudierte. Heute ist es gemischt. Wir haben z.B. HandwerkerInnen, PflegerInnen, DoktorInnen, Computerfachleute, Köche, Postboten und Menschen, die nicht arbeiten gehen. Was wer genau macht, interessiert aber eigentlich niemanden. Manche setzen ihre Fähigkeiten jedoch für Veranstaltungen, Umbauarbeiten oder Vokü ein.

Mannheim gilt nach wie vor als Arbeiterstadt, der Jungbusch zudem als Migrantenviertel. Wie wird der ASV im lokalen Umfeld angenommen?

Die MigrantInnen hier nehmen wohl kaum eine Notiz von uns. Sie haben ihre eigenen Orte, wo sie hingehen. Es gibt aber eine Gruppe junger türkisch/kurdischstämmiger aus Ludwigshafen, die bei uns trainieren. Ansonsten sind bei uns Menschen mit Migrationshintergrund, die sich auch sonst in der Szene bewegen. Dass Mannheim mehr eine Arbeiterstadt als eine Studentenstadt ist, schlägt sich allerhöchstens in der Kontinuität wieder. Viele der älteren sind schon lange im Verein, einige seit der ersten Stunde.

Gibt es irgendwelche Bezüge zur historischen Arbeitersportbewegung?

Ja, diesen Bezug gibt es schon. Wie damals ist der Verein nur zum Teil dazu da, sich körperlich zu ertüchtigen. Viel wichtiger ist jedoch der politische Austausch, die Diskussion und das erproben anderer Lebensweisen. Z.B. arbeitet der Verein nichtkommerziell und kooperativ, kann sich aber dennoch (oder gerade deswegen) selbst finanzieren. Er ist selbstverwaltet, niemand, der dort arbeitet, bekommt Geld. Es gibt keine hierarchischen Vereinsstrukturen. Außerdem bieten wir politischen Gruppen die Räumlichkeit, um sich zu treffen, und damit schaffen wir Freiräume, um eigene Ideen eines selbstbestimmten Lebens umzusetzen. Historisch gesehen sind wir jedoch nicht so streng wie die damaligen Sportvereine. Bei uns muss man keinen Sport machen. Man kann, wenn man will. Umgekehrt muss man auch keine Politik machen, wenn man sich nur sportlich betätigen will.

Interview: Holger Marcks

Rakis ante portas

Die „Rotzfreche Asphaltkultur" machte dieses Jahr in Köln Station – und übertraf dabei alle Erwartungen

Ein typischer Sonnentag in der Kölner Schildergasse, die Menschen drängen sich hektisch durch die Fußgängermeile, um ihre Gelüste nach Konsum, Ausdauershopping, Sightseeing etc. zu stillen. Bei durchschnittlichen 30 °C verwandelt sich der Kölner Kern in einen kochenden Strom aus zahlreichen, geistesabsenten Menschen, die scheuklappenartig aneinander vorbeirennen, ohne sich dabei auch nur einmal gegenseitig anzusehen. Hier und da einmal ein Rempler, mehr Interaktion ist kaum erkennbar. Ein ganz großes Durcheinander, ein Nebeneinander – ein Miteinander ist hier kaum möglich. Vereinzelt versuchen Menschen in Straßencafés, sich von den Anstrengungen des harten Konsumalltags zu erholen. Diese Cafés muten wie kleine Rettungsinseln an, die aus dem Strom der Menschenmassen emporragen und eben jenen das Gefühl vermitteln, wenigstens temporär den Fluten entkommen zu sein, ein Käffchen oder ein Kölsch trinken zu können, um danach dann doch wieder in den Massen zu ertrinken.

Nä, nä, Marie, es dat hee schön!

Aus der Ferne sind vereinzelte Töne zu hören, irgendjemand stimmt ein Saxophon, dann auch eine Posaune. Das basslastige Wummern eines Schlagzeuges ist zu vernehmen. Für kurze Zeit ist die Neugierde einiger Menschen geweckt. Sie lösen sich aus der Masse und folgen den Klängen. Ihre Neugierde wird belohnt, denn was sie nun sehen, ist nicht alltäglich. Vor ihnen baut sich gerade ein bunter, gutgelaunter Haufen StraßenmusikerInnen auf. In kürzester Zeit formt sich eine Art mobiles Straßenorchester mit Bläsersektion und einem Meer aus Gitarren, Akkordeons, Klarinetten, Bässen, Melodicas, Koffercellos und vielem mehr. Rund 40 MusikerInnen sind nun zu allem entschlossen und wenig später fetzen sie los. „Hier kaufst du ein", schallt es durch die Schildergasse. Dieses alte Straßenmusikstück gesungen auf der Melodie des jiddischen Klassikers „Bei mir bist du schön" wäre nirgendwo besser aufgehoben als hier. „Weil hier in dieser Stadt nur der 'ne Chance hat, wer funktioniert und konsumiert", besagt der Text weiter.

Nach dem Lied ein schallender Applaus, ob der Inhalt des Liedes oder das exklusive Ambiente dafür ausschlaggebend war, bleibt offen. Wenig später findet sich das Straßenorchester verteilt in der ganzen Gasse wieder. Zahlreiche Straßenmusikprojekte, StraßensängerInnen und MusikerInnen bevölkern nun die ganze Schildergasse. Die Rotzfreche Asphalt Kultur ist in der Stadt!

Rotzfreche Asphaltkultur

Bei der Rotzfrechen Asphaltkultur (RAK) handelt es sich um einen losen bundesweiten Zusammenschluss linker Straßen- und KleinkünstlerInnen (RAKis), der sich Ende der 70er Jahren im Schatten der neuen sozialen Bewegungen gründete. Über Jahrzehnte wurden in regelmäßigen Abständen Treffen und gemeinsame Aktionen organisiert, die dem gegenseitigem Austausch, aber auch der praxisbezogenen Umsetzung politischer Kultur dienten. Eine große Besonderheit war immer die Offenheit. Neben dem politischen Lied, waren in der RAK auch Akrobaten, Kabarettisten, Zauberer, Clowns, Jongleure und viele weitere KünstlerInnen vertreten, deren politisches Wirken oftmals nur aus dem Kontext heraus verstanden wurde. Doch auch das war stets in Ordnung, wie etwa eine Jonglagekeule als Polizeihubschrauber über Brokdorf, deren Jonglagefehler dann gleich eine unfreiwillige Komik bekam.

Die RAK war schon immer der Schmelztiegel aller aktiven Gruppen und somit veränderte sie sich von Treffen zu Treffen. 2009 gab es nach längerer Pause ein großes Revival-Treffen in Braunschweig, auf dem sich die KünstlerInnen aus den verschiedenen RAK-Jahrzehnten trafen, aber auch zahlreiche neue KünstlerInnen eingeladen wurden. Man beschloss, die RAK wiederzubeleben. Es folgte im Sommer 2010 ein RAK-Treffen in Kiel (siehe „30 Jahre Asphaltkultur", DA #200). Gemeinsam suchte man hier nach Ideen, wie man sich eine Rotzfreche Asphaltkultur im Jahre 2010 vorstellen könnte. Was ist die RAK heute? Wo will man hin? Noch während des Treffens zeichnete sich ab, dass ein nächstes Treffen deutlich länger sein müsste, um einen adäquaten Austausch gewährleisten zu können und das jetzige Treffen Köln 2011 wurde vereinbart.

RAK-Treffen Köln 2011

Dieses Jahr fand das RAK-Treffen vom 01. bis zum 05. Juni im kürzlich erkämpften AZ Kalk in Köln Kalk statt – einem bundesweit einmaligen soziokulturellen Projekt. Das ehemalige Fabrikgelände wurde 2010 besetzt und zu einem Freiraum für zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte, Politgruppen, eine Fahrradwerkstatt und vieles mehr umgestaltet und bietet nicht nur für das Kölner Umland eine nette Alternative zum gesellschaftlichen Alltagswahn. Das Gebäude verfügt über viele Räume und damit über sehr viel Potenzial für soziokulturelle Organisation, es gibt einen kleinen Kinderspielplatz und zahlreiche Möglichkeiten für Streetart und Graffiti, zwei große Säle, die zum Konzertsaal umfunktioniert werden können, einen Konferenzsaal mit Parkettboden, eine ehemalige Kantine, die als Volxküche benutzt wird. Theatergruppen proben und veranstalten ihr Programm dort und es gibt ein großes Außengelände mit Garten und Wagenstellplätzen. Das einzige Manko derzeit ist, dass es noch kein fließendes Wasser gibt und alle BenutzerInnen deswegen auf die Hilfe der Nachbarschaft angewiesen sind. Zum Glück setzt das AZ auf Stadtteil- und Nachbarschaftsarbeit und trifft in der Nachbarschaft auf sehr viele offene Türen. In der Vorbereitungsphase zum RAK-Treffen 2011 sah sich das AZ mit zahlreichen Angriffen seitens der Politik und der Medien konfrontiert, doch nicht zuletzt die gute Stadtteilarbeit in Kalk sorgte dafür, dass mit großer gesellschaftlicher Akzeptanz ein Interimsvertrag erkämpft wurde.



Das AZ in Köln-Kalk - groß, aber fast nicht groß genug für den BesucherInnenansturm zum diesjährigen Treffen der „Rotzfrechen Asphalt Kultur"

Das AZ als Location für ein RAK-Treffen brachte den einzigartigen Vorteil mit sich, dass alle KünstlerInnen und zahlreiche Gäste zentral untergebracht werden konnten, die täglichen Anfahrtswege für Straßenaktionen oder die Unterbringung von später eintreffenden RAKis wurden gut koordiniert. Die Künstler blieben somit handlungsfähig und spontan. Die zentrale Lage Kölns sorgte dafür, dass Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen konnten und so nahmen deutlich mehr Gruppen teil als noch im Vorjahr in Kiel. Zudem zählte Köln mit „Klaus der Geiger" und den Kölnern Stadtmusikanten in den 80ern zu einer Hochburg der Straßenmusik im Lande und da durfte „Klaus der Geiger" natürlich nicht fehlen. Neben dem Urgestein waren jedoch auch einige jüngere lokale MusikerInnen vor Ort. So zum Beispiel „Buchsbäume und Strauchdiebe", die Hofkapelle des AZ Kalks, oder „Marlene De in Blau". Ein großer Teil der RAKis reiste aus Berlin an, so z.B. „Früchte des Zorns", „Yok", „Konny", „die Zaungäste", „Teds'n Grog" oder „Philharmonik". In den letzten Jahren hatte sich die RAK-Szene stark in und um Berlin konzentriert und umso erfreulicher ist es, dass nun Gruppen aus ganz anderen Teilen des Landes hinzukommen oder wieder aktiv werden. Aus Kiel reiste die Straßenmusikgruppe „Schall und Rauch" an und aus Bremen „Per Definition zur Traumfigur", aus Leipzig waren „Wonach wir suchen" gekommen und „Leonhard Flieger" kam aus Heidelberg. Obwohl sich alle Gruppen irgendwo zwischen politischer Straßenmusik und Kleinkunst, zwischen Liedermachen und Akustikpunk bewegen, könnte der Facettenreichtum innerhalb des Zusammenschlusses kaum größer sein. Manche Künstler machen schon seit Jahren Straßenmusik, andere haben sich von dieser schon seit Jahren ferngehalten. Der Eine oder die Andere spielt gerne elektronisch verstärkt, andere wiederum spielen lieber unplugged. Wieder andere spielen ausschließlich im subkulturellen Milieu, weitere sogar auf Kinderfesten. Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser Unterschiede wurde auf dem Treffen viel diskutiert, geredet und geplant.

Gala-Abend

Bei den Treffen der Rotzfrechen Asphaltkultur geht es zwar ursprünglich und hauptsächlich um Wiedersehen, Austausch und Vernetzung der KünstlerInnen, trotzdem hat sich im Laufe der Zeit der sogenannte Gala-Abend etabliert. Gemeinsam organisieren alle teilnehmenden KünstlerInnen ein mehrstündiges Programm mit Festivalcharakter und finanzieren dadurch das jeweilige Treffen. Überschüsse gehen meistens an ausgewählte politische Projekte, die Unterstützung benötigen. Dieses Jahr wurden alle Erwartungen übertroffen, schon nach einer Stunde musste der Einlass wegen Überfüllung zeitweise geschlossen werden. Einige Gäste waren wie auch schon im letzten Jahr eigens aus Österreich angereist, um bei dem Gala-Abend dabei zu sein. Nach einer kurzen Zeit schafften es die Gastgeber der unerwarteten Situation Herr zu werden und alle wartenden Gäste konnten nun auf das Gelände gelassen werden. Trotz der hohen Besucheranzahl war die Atmosphäre angenehm und friedlich und selbst nach einem über sechsstündigem Programm war das Publikum auch bei leiseren Acts noch sehr aufmerksam und fair den Künstlern gegenüber. Nachdem das Bühnenprogramm mit einem großen Gemeinschaftsauftritt endete, kam es noch zu diversen spontanen Einlagen auf dem gesamten Gelände. Bis spät in die Nacht erklangen von allen Ecken und Enden des Geländes Musikinstrumente zu den zwischenzeitlich entfachten Feuertonnen und vermittelten somit ein besonderes Feeling von Lagerfeuerromantik.

Am nächsten Tag war das diesjährige Treffen auch schon wieder fast vorbei, einige KünstlerInnen hatten über zehn Stunden Zugfahrt vor sich und mussten deshalb schon morgens aufbrechen. Bevor sich die KünstlerInnen in alle Winde zerstreuten, wurde jedoch ein neues Treffen für nächstes Jahr vereinbart. Vielleicht in Halle, vielleicht in Leipzig. Außerdem soll es ein Arbeitstreffen geben, u.a. mit einem Workshop zum Thema „Politische Kunst und Geld – Zwischen Solikonzert und leben können", denn für viele KünstlerInnen stellt ihr Schaffen auch einen existenziellen Teil zur Versorgung ihrer Grundbedürfnisse dar. Die Überschüsse dieses RAK-Treffens gehen übrigens direkt an das AZ Kalk, es wird in der nächsten Zeit auf tatkräftigen Unterstützung angewiesen sein, um vielleicht in zehn Jahren wieder einmal Gastgeber für die Rotzfreche Asphaltkultur zu sein. – Das AZ bleibt, die Rotzfreche Asphaltkultur lebt!

Lukas Johannsen

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Aufständischer Anarchismus

Des letzten Rätsels Lösung: Alfredo Maria Bonanno, ein Angriff auf die bestehenden Verhältnisse

Alfredo Maria Bonanno, geboren 1937, ist ein Anarchist aus Italien, welcher mit seinen Schriften einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Idee des „Aufständischen Anarchismus" hatte. Der „Aufständische Anarchismus", der nicht als Ideologie zu verstehen ist, sondern als eine Methode, zielt auf die Zerstörung der bestehenden Verhältnisse, jener Machtstruktur, „die wir modernen Kapitalismus, post-industriellen Kapitalismus nennen", und erstrebt die Befreiung der Individuen von der Ohnmacht, den Vorschriften, den geistigen Gefängnissen und Hierarchien.

Für Bonanno stellt der Anarchismus kein feststehendes Konzept dar, sondern er begreift ihn in der Form, dass die Individuen, die sich als AnarchistInnen bezeichnen, sich selbst und ihre Leben und die Kämpfe, die sie führen, ständig hinterfragen. Außerdem sollte es nicht zu einer Trennung von Theorie und Aktion kommen, da beide eng miteinander verknüpft sind und sich permanent aufeinander beziehen. Die Individuen, die sich aufgrund ihrer Ideen des Aufstands und ihres gemeinsamen Kampfes zur Befreiung zusammenfinden, sind durch ihre Affinität zueinander miteinander verbunden und sammeln sich in kleinen selbstorganisierten Gruppen – den Affinitätsgruppen. Die Gruppen selber sind in informellen Organisationen koordiniert, in diesen gibt es weder festgelegte Programme, noch eine Beschränkung der Kampfmittel. Sie sind durch ein „aufständisches Projekt" miteinander verbunden, welches aus einer andauernden Auseinandersetzung mit jeglichen Erscheinungen der Macht resultiert. Dieses Projekt wird durch ständige Diskussionen und ein Zusammenwachsen aller Beteiligten entwickelt. Gekämpft wird mit all denjenigen, die ein reelles Interesse an der Zerstörung der Machtverhältnisse entwickelt haben, und zwar durch Basiszellen, das heißt in informellen Strukturen, wo AnarchistInnen und Nicht-AnarchistInnen temporär zusammen gegen ein festgelegtes Ziel kämpfen, um am Ende dessen wieder auseinanderzugehen, um andere Kämpfe zu erforschen.

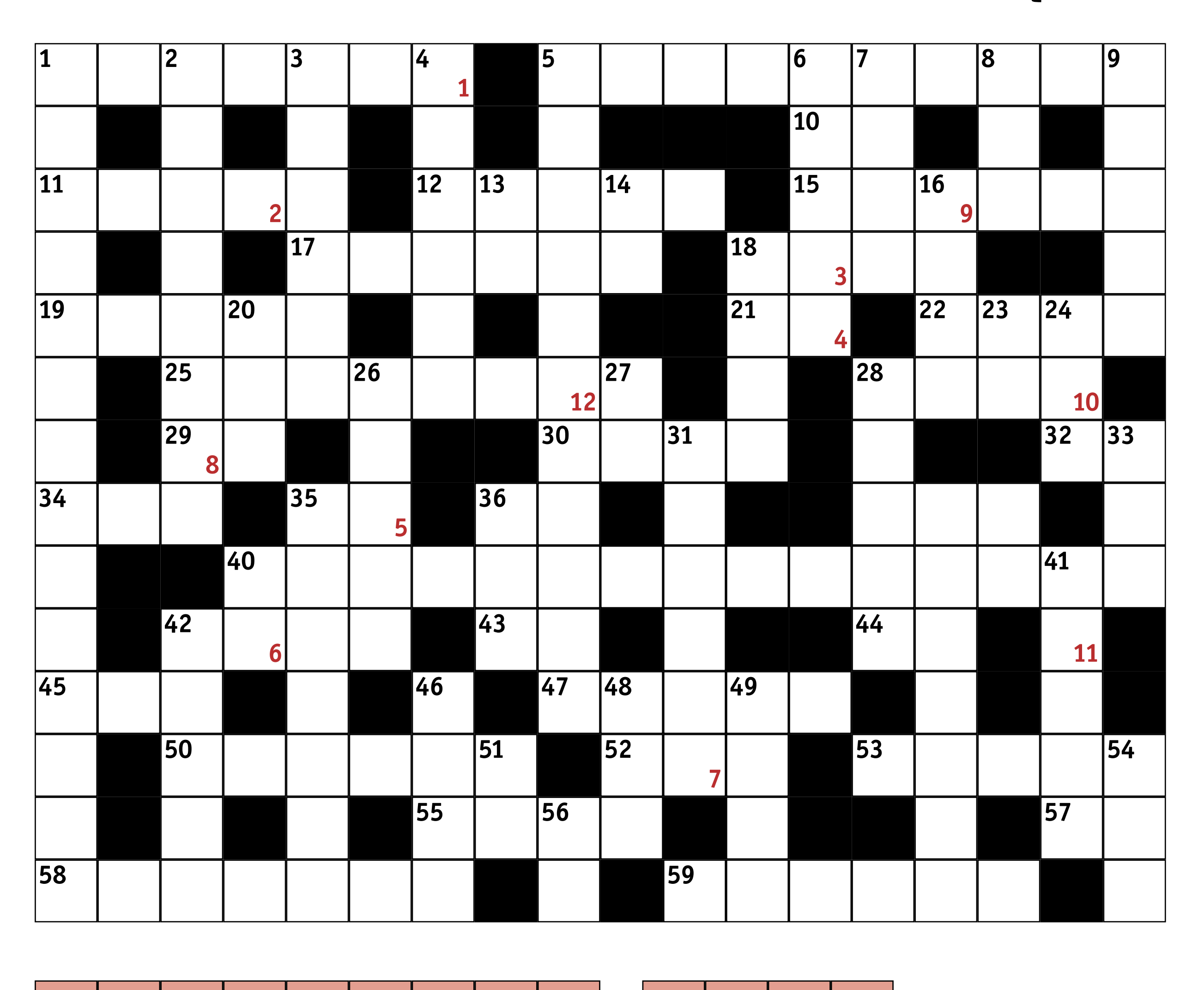
Es darf keine Kompromisse oder Abmachungen mit der Macht geben, da diese immer nur darauf abzielen, die soziale Revolution zu schwächen und zu zerschlagen: „Unter Aufstandspraxis verstehen wir eine revolutionäre Aktivität, die anstatt abzuwarten oder den Angriffen der Herrschenden einfach Widerstand entgegenzusetzen, im Sinn hat, die Kampfinitiative zu übernehmen. Die InsurrektionalistInnen sind also mit allen quantitativ ausgerichteten Praxen des typischen Abwartens nicht einverstanden, das heißt mit organisatorischen Projekten, welche vorhaben, den Eingriff in die Kämpfe abzuwarten bis ein quantitatives Wachstum stattgefunden hat, und sich unterdessen auf Propaganda und Gewinnung von AnhängerInnen beschränkt, oder auch auf eine sowohl sterile als auch harmlose Gegeninformation..."

Bonanno kritisiert Parteien und Gewerkschaften als „Strukturen zur Kontrolle und Festsetzung, mobilisiert zur sozialen und politischen Bewachung der proletarischen Kraft". Selbst linke Parteien und Gewerkschaften, entstanden als „Mittel zur proletarischen Emanzipation", werden zu aktiven KollaborateurInnen des herrschenden Systems, da sie sich die Kämpfe des Proletariats aneignen und durch ein Hoffen auf Zugeständnisse und Kompromisse von Seiten der Herrschenden die radikalen sozialen Kämpfe ersticken und zu vereinnahmen versuchen.

Anarchist Black Cross Berlin



Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 71



Waagerecht

1. Wilde Streiks 2009-10 zwangen die Herrschenden dieses südostasiat. Landes, über die Zulassung von Gewerkschaften nachzudenken 5. Arbeitskampf- oder Protestform 10. Abk. für „Antwort" im E-Mail-Verkehr 11. Zug <engl.> 12. römische Göttin der Landwirtschaft 15. ehem. Hafenlöschboot, 1985- 2004 für Aktionen von Greenpeace eingesetzt 17. streichen, löschen, zurückzahlen 18. von Leonardo da Vinci porträtierte Frau mit enigmatischem Lächeln: ~ Lisa 19. künstlich hergestellter Geschmacksstoff 21. Länderkürzel für Österreich 22. altes Wort für „Junge" <plattdt.> 25. zweite japanische Stadt, auf die die USA 1945 eine Atombombe abwarfen 28. ostfriesischer Männername 29. Kfz-Kennzeichen für Dortmund 30. abbaubare Schicht (bes. von Kohle) 32. Ölmulti, der 2010 die Katastrophe am Golf von Mexiko zu verantworten hatte 34. Frauenname <poln. Schreibweise> 35. „7, 8" 36. Gesäß <ugs.> 37. im Rückbau befindliches Kernkraftwerk (1988 stillgelegt): ~ Jülich 40. Grundversorgung durch das Gemeinwesen 42. Abschnitt oder Kapitel des Korans 43. eine sozialistische Tageszeitung <Abk.> 44. Länderkürzel für die Türkei 45. dt. Abkürzung für die von Moskau gesteuerte Gewerkschaftsinternationale (1921-38), auch Profintern genannt 47. spanischer Gruß 50. Nervengeflecht 52. „Baumhirte" in Tolkiens Herrn der Ringe 53. Festigkeit, Strenge 55. nie endend, sehr lange 57. Musikstil, der in der Skinhead- und Punkszene viele AnhängerInnen hat 58. Anwendung zum Mikroblogging 59. nicaraguanischer Diktator, der 1979 von den Sandinistas gestürzt wurde.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

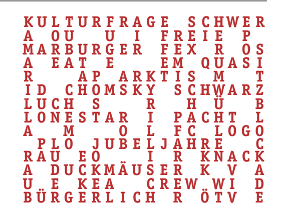
Senkrecht

1. Die letzte „Wirkstätte" Heinrich Heines (seine Bezeichnung) 2. südamerik., nicht giftige Riesenschlange 3. an diesem Wochentag hat man früher öfters blau gemacht 4. französischer Anarchist, Geograph 5. ein Arbeitskampf will auch finanziert werden ... 6. Holzschuh, der einer Arbeitskampfform den Namen gab 7. Mann oder Frau um die zwanzig 8. straußartiges australisches Wappentier 9. die Urform des Rucksacks 13. Rechtsform der meisten Genossenschaften <Abk.> 14. Kfz-Kennzeichen für Ennepetal 16. Elbe <tschech.> 18. Hauptzutat von Bier (von Wasser abgesehen) 20. Urheber des Spruchs: Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger 23. engl. für „auf" und „an" 24. Stelle, vorübergehende Beschäftigung <engl.> 26. Gerade, die bei der Drehung ihre Lage nicht verändert 27. Länderkürzel für Israel 28. Gefängnis <ugs.> 31. mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren <Dortmunder Neuschöpfung> 33. US-amerikanischer Schriftsteller, der die Genres der Kriminalliteratur, Science Fiction und Horrorgeschichte prägte 35. größere Gewerkschaft in Bangladesh, mit der die FAU solidarische Beziehungen unterhält: National ~ Workers Federation 36. persönliche Geheimzahl für Geldautomaten <Abk.> 38. die Zeit von 1815 bis zur dt. Revolution 1848 39. teure britische Automarke 40. Kfz-Kennzeichen für Duisburg 41. Geschmack, Appetit 42. 1966 gegründetes Friedensforschungsinstitut in Schweden <Abk.> 46. Kampagne innerhalb der Anti-Atom-Bewegung: X-Tausendmal ~ 48. großes Unternehmen der Elektroindustrie, 1985 von Daimler-Benz geschluckt 49. alter Männername: nicht Otto, nicht Udo 51. Abk. für eine (Neben)himmelsrichtung 54. ein Problem lösen: Die Kuh vom ~ holen 56. angesagt, in Mode.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner #205: Jörn Z. aus Neubrandenburg

Auflösung # 70



DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Florian Wagener

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 207: 19. August 2011